Wildcat

95

Winter 2013/2014

kostet €4,-
(im Ausland €5,-)

tief im Staat

Auf dieser Seite und Umschlag hinten: Leben auf der Baustelle – Wanderarbeiter in China.
Fotos: Wolfgang Müller
Eine Besprechung seines Buches »**Mingong – Die Suche nach dem Glück**« findet ihr in diesem Heft.

Wildcat 95 – Winter 2013 / 2014

Inhalt

Auf die Plätze! 7

Faschos in Griechenland:
von der Straße ins Parlament und zurück 10

Dead End: Ägypten nach dem Putsch 16

NSA: A small leak will sink a great ship 24

Buchbesprechungen
iSlaves 33
Mingong 34
Prokla / Fit für die Krise 35

Autoindustrie – Kämpfe und Klassenspaltung 36

Südafrika: Marikana ein Jahr danach 40

Streik und Streikunterstützung bei Neupack 44

Norgren: Streik und Betriebsschließung 47
Bretagne in Aufruhr ... 47

Flugblatt an ArbeiterInnen in der Bretagne 48

10 Thesen gegen die Forderung nch einem
garantierten Mindesteinkommen 50

Grüne Visionen 52

Impressum

Eigendruck im Selbstverlag, V.i.S.d.P.: P. Müller – Wildcat

Einzelheft: 4 Euro

Neue Abopreise:
Abo: 6 Hefte (incl. Versand)
Deutschland und Österreich: 20 Euro, Förderabo: 40 Euro
Abo sonstiges Ausland: 30 Euro
WeiterverkäuferInnen: 8 Expl. der aktuellen Nummer 16 Euro

Bestellungen:
Brief: Wildcat, Postfach 80 10 43, 51010 Köln
eMail: versand@wildcat-www.de
oder per Abo-Formular auf unserer Website.

Konto:
Shiraz e.V.; Kto.-Nr. 7064509
Postbank Köln; BLZ 370 100 50

Kontakt: redaktion@wildcat-www.de

Archiv und Aktuelles: www.wildcat-www.de

Infoladen ARCHIVEXEMPLAR
Kommunale LESEN
INFOLADEN LEIPZIG

Lampedusa liegt unter der Wall Street

Wir leben in brutalen Zeiten; in den letzten Monaten mehrere hundert Tote vor Lampedusa, in vielen Ländern Mobilisierungen, Pogrome, Morde gegen MigrantInnen, unter anderem in Ungarn und Tschechien, in Marokko, in Moskau. Auch in der BRD gibt es wieder massive rassistische Mobilisierungen gegen Flüchtlinge und MigrantInnen aus Rumänien und Bulgarien, besonders gegen Roma. In Frankreich zerrten Polizisten eine 15-jährige während eines Schulausflugs aus dem Bus, um sie abzuschieben. Daraufhin protestierten tagelang die Schüler auf Pariser Straßen, blockierten Schulen... Auch die MigrantInnen kämpfen: In Italien haben sie mit Riots die Hälfte der Lager außer Betrieb gesetzt. In der BRD gab es 2013 in fast jedem Bundesland selbstorganisierte Kämpfe. Unter anderem in Hamburg und Berlin erhielten die Flüchtlinge auch Solidarität und konnten einiges durchsetzen. Die Asylpolitik der EU ist am Ende – der Widerstand in Europa wächst.

Dagegen wird immer weiter hochgerüstet und die militärische Vorbereitung auf innere Unruhen vorangetrieben; seit Juni 2012 wurden in der BRD 30 »Regionale Sicherungs- und Unterstützungskompanien« (RSU) aufgebaut. Sie sollen die Sicherheit militärischer Anlagen und des deutschen Luft- und Seeraums gewährleisten und bei »innerem Notstand« Amtshilfe leisten – also bei Massenstreiks und sozialen Unruhen eingreifen.

1992 (Kroatien- und Bosnienkrieg, Rostock Lichtenhagen, Abschaffung des Rechts aufs Asyl) **und 1999** (Kosovokrieg, kurz danach die Hartz-Gesetze) **haben wir den direkten Zusammenhang zwischen Krieg, Flüchtlingspolitik und Sozialpolitik kennengelernt.** Auch heute benutzt der Staat die Flüchtlinge z. B. aus dem Syrienkrieg, um die Außengrenzen weiter zu militarisieren, sozialstaatliche Regularien zu verändern und allgemein gegen »Armutszuwanderer« zu hetzen.

In diesem Heft beschäftigen wir uns kaum mit den Kämpfen der MigrantInnen und mehr mit dem »tiefen Staat«; Strukturen, die sehr viel mit Imperialismus und Abwehr von MigrantInnen zu tun haben. Nach dem Putsch in Ägypten [Seite 16 ff.] und dem NSA-Skandal [Seite 24 ff.] läuft bis hinein in bürgerliche Medien eine Diskussion über den *tiefen Staat*, den *Staat im Staat*, über *Geheimarmeen* und *Postdemokratie*... Und dieser schlägt zurück: Der britische Geheimdienstchef bezeichnete Presseartikel zu den Snowden-*Leaks* als »Geschenk und Hilfe für Terroristen«. Die Worte waren offensichtlich mit Billigung der britischen Regierung strategisch gewählt. Es folgte ein Artikel des Boulevardblatts *Daily Mail*, garniert mit Zitaten aus dem Umfeld von Premierminister Cameron: Die *Leaks* hätten der Sicherheit der westlichen Welt »den größten Schaden der Geschichte« zugefügt.

Japan verbot Anfang Dezember mit einem »Gesetz zum Schutz von Staatsgeheimnissen« Presseberichte über seinen tiefen Staat, über Sicherheitsprobleme in Fukushima usw. Auch hier wieder der Zusammenhang zum Krieg: die Regierung will die in der

Verfassung festgeschriebene pazifistische Grundausrichtung ändern und Japan wieder zu einer militärischen Macht in Ostasien machen. Und ohne ein solches Gesetz teilen andere Geheimdienste die dafür notwendigen Infos nicht mit Japan.

NSU und tiefer Staat

In der BRD waren nach dem Auffliegen des NSU Verweise auf den »tiefen Staat« noch als Verschwörungstheorie abgetan worden. Auch hier ändert sich inzwischen die Debatte.

Bereits im August schrieben Hajo Funke und Micha Brumlik in den *Blättern für deutsche und internationale Politik,* der »tiefe Staat«existiere in Ansätzen auch in der BRD. Sie verstehen darunter die »möglichst geheim gehaltene Institutionalisierung eines ›Ausnahmezustandes‹, der die Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik zum Souverän jedenfalls über die Sicherheit macht – vorbei an Parlament und Regierung.«

»Vorbei an Parlament und Regierung« wischt geschickt über die Frage hinweg, *wie* der aus der türkischen Diskussion stammende Begriff auf die Realität hier passt: Herrscht in den Apparaten unterhalb der Ministerebene Übereinkunft, das Treiben von Faschos zu vertuschen und zu verharmlosen? Eine Art »Staatsräson«, um das Image der BRD nicht zu beflecken? Oder geht es um eine absichtsvolle, routinemäßige Systematik und operative Steuerung etwa des NSU? Und wird die Regierung damit gestützt oder gestürzt?

Die türkischstämmige Integrationsministerin in Baden-Württemberg und Teile der türkischen Presse setzten den NSU mit dem »tiefen Staat« in der Türkei gleich. (»Was der Tiefe Staat in der Türkei, ist der NSU in der Bundesrepublik«.) Damit wollten sie die staatliche Unterstützung dieser Mörder deutlich machen – Bilkay Öney wurde dafür abgewatscht und musste öffentlich Abbitte leisten. Ihr Vergleich passt aber nur halb: In der Türkei bilden hochrangige Militärs, Parlamentarier und Mafiabosse den »tiefen Staat«. Diese Machtstrukturen verfolgten eigene Interessen gegenüber der Regierung und wechselten diese auch mal aus (z. B. Militärputsch 1980). Das ist in der BRD gar nicht nötig, hier herrscht parteienübergreifender Konsens, die Staatsräson über alles andere zu stellen.

Auch hier meldete sich in den NSU-Untersuchungsausschüssen ein »Staat im Staat« zu Wort und pochte darauf, seine Funktionen nur erfüllen zu können, wenn für ihn demokratische Regeln nicht gelten. Dieser »Staat im Staat« arbeitet aber nicht gegen die Regierung. Klaus-Dieter Fritsche zum Beispiel, von 1996 bis 2005 Vizepräsident des BfV, danach Geheimdienstkoordinator im Bundeskanzleramt, seit 2009 Staatssekretär im Innenministerium, weigerte sich, dem NSU-Untersuchungsausschuss seine Informanten im Umfeld des NSU anzugeben und begründete das so: »Es dürfen keine Geheimnisse bekannt werden, die das Handeln des Staates beeinträchtigen könnten. ... Das Staatswohl ist wichtiger als parlamentarische Aufklärung«. Fritsche wird der »heimliche Innenminister Deutschlands« genannt.

Jede Institution des Staates hat auch ein Eigenleben, jede staatliche Stelle organisiert sich erst mal selber. Aber wenn ein Geheimdienst seinen Machtbereich – auch mit illegalen Methoden – schützt, ist das noch kein »tiefer Staat« im Sinne der Türkei. Das wird er erst dann, wenn er diese Macht für eigene Zwecke und gegen die Regierung einsetzt.

Besser passt der Begriff »Staat im Staat«: Einfluss auf die Entwicklung, Zugriff auf Schlüsselressourcen, unabhängig von den politischen Veränderungen – aber servil der jeweiligen Regierung gegenüber. Diese Kontinuität ist in Deutschland historisch sehr deutlich: der Verwaltungsapparat und große Teile von Justiz, Polizei, Militär haben drei Systemwechsel – 1918, 1933, 1945 – weitestgehend unangetastet überdauert. Aber auch neueste Forschungen zum BND zeigen, dass sogar dieser aus der »Organisation Gehlen« entstandene Dienst immer treuer Diener der jeweiligen Bundesregierung war. Die Brandt-Regierung hat ihn reformiert (und den Verfassungsschutz massiv ausgeweitet) – auch dabei sind keine alten Nazi-Seilschaften aus dem Ruder gelaufen. Jede Regierung benutzt Parallelstrukturen, die schmutzige Jobs außerhalb der öffentlichen Kontrolle erledigen. Das sind in der Regel die Geheimdienste und ihre Hilfstruppen. Mit solchen »Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein«, wie Franz Josef Strauß schon wusste. Und sie dürfen vor allem nicht zu stark werden, sich nicht unverletzbar fühlen.

Privatisierung und Pinkerton

Im Zuge der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wurden auch Teile der Kriegsführung (durch Söldner und Firmen wie *Blackwater*) und der Repressionspolitik (*Security*firmen) privatisiert. Und so wie Betriebe auslagerten, wurden auch staatliche Funktionen dezentralisiert. Die sogenannte »staatliche Sicherheitsarchitektur« hat in den letzten zwanzig Jahren einen großen qualitativen Sprung gemacht: Privatisierung der Kriege, Dezentralisierung der Repressionsfunktionen, Ausweitung der Geheimdienste, das Verschmelzen staatlicher Überwachung mit dem Geschäftsmodell von Firmen wie *Google* und *Amazon*...

»Privatisierung heißt Kriminalisierung der Gesellschaft«, kommentierte Elmar Altvater am 21.10.2013 in der *jungen Welt*. Und das gilt nicht nur für die Manipulation des Libor, des Goldpreises und der Währungen durch Großbanken. Das gilt vom Bauunternehmer bis zur Regierung, und von Siemens über die Fußball- bis zur Autoindustrie. Gerade als die Bundesregierung die neuen europäischen CO_2-Richtlinien kaputt gemacht hatte, ging bei der CDU eine Großspende von fast 700 000 Euro vom BMW-Hauptaktionär ein. »BMW hat Merkel im Sack«. Tage darauf wechselte Eckart von Klaeden, Merkels rechte Hand im Kanzleramt, als Cheflobbyist zu Daimler – »die Staatsanwaltschaft prüft« wegen »Vorteilsannahme« und »Vorteilsgewährung«.

Sozial viel wichtiger als diese Veränderungen in der »Welt des großen Geldes« ist die Privatisierung der Repression, Privatknäste, die wachsende Bedeutung von Mafia- und Rocker-Strukturen, die allgegenwärtigen *Securities*...

Private Hilfstruppen (Söldner, aber auch Faschos und Islamisten) haben die Kriege brutalisiert. Private *Security*-Firmen wirken anders und langen anders hin als verbeamtete Ordnungshüter, siehe Amazon, siehe die überzogenen Pfeffersprayeinsätze der Bahn*securities* und die Tasereinsätze der privaten Unibullen in den USA, siehe Security-Firmen gegen Streiks. – Womit wir im Übrigen wieder am Ausgangspunkt sind: Die berüchtigte *Security*firma (damals hieß das noch »Detektei«) *Pinkerton* wurde im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts in den USA von Fabrikbesitzern für die Zerschlagung von Streiks angeheuert und ging dabei ungeheuer brutal vor. Ihre Werkschutzeinheiten übertrafen oft die Stärke der regulären Armee. Ihre Methoden reichten vom brutalen Überfall mit Waffengewalt über gezielten Mord bis zum Anheuern von Streikbrechern. Die Karriere Pinkertons hatte im amerikanischen Bürgerkrieg begonnen, als er für den Norden die »Aufklärung« organisierte; das war der Ursprung der amerikanischen Geheimdienste. 1999 wurde die Firma Pinkerton vom schwedischen Konzern *Securitas AB* übernommen.

Strategie der Spannung

Der NSU hatte viele Verbindungen ins Söldnermilieu und einige wichtige Verbindungen zu Rockerclubs. Aus Italien, Griechenland und der Türkei wissen wir, dass »tiefe Strukturen« aus Militärs, rechten Politikern und Unternehmern in solchen Milieus ihre Fußtruppen beim Vorgehen gegen soziale und politische Bewegungen rekrutier(t)en. Dass die Taten des NSU staatlich eingebetttet waren, haben wir als »Strategie der Spannung« zu fassen versucht. In Italien wurde dieser Begriff geprägt für die Serie von Bombenanschlägen und bewaffneten Angriffe von 1969 bis 1980, mit denen soziale und politische Bewegungen eingeschüchtert und diffamiert werden sollten. Darüber hinaus wollten die in Geheimlogen organisierten Militärs, Geheimdienstler, Unternehmer und Faschisten mit diesen Taten aber auch die Regierungspolitik ändern, oder sogar die Regierung stürzen. Insofern passt auch der Begriff »Strategie der Spannung« nur halb auf die BRD, denn hier haben die Geheimdienste den jeweiligen Regierungen zugearbeitet, und die Taten des NSU begleiteten und exekutierten die Regierungspolitik. Der Bombenanschlag in der Keupstraße passte politisch genau zu den damaligen Angriffen Schilys auf die »Parallelgesellschaften«.

Migranten kennen aus ihren Heimatländern oft staatliche Terrorstrategien, die Angst verbreiten sollen. Sie erlebten an den »Döner-Morden« direkt, wie das unglaublich rassistische Vorgehen der Bullen die Wirkung der Morde vielfach verstärkte. Und wie die staatlichen Repressionsorgane dadurch noch mehr Befugnisse erhielten, um das Umfeld der Opfer zu destabilisieren. Aus migrantischer Sicht die Mord- und Anschlagsserie des NSU als staatliche »Strategie der Spannung« zu fassen, verweist auf eine weitere Ebene. Angst zu verbreiten ist nicht zwecklos. Wer

Angst hat, akzeptiert elende Behausungen, schlechtere Arbeitsbedingungen und niedrigere Löhne. Dieser *klassenpolitische* Zusammenhang gilt genauso für die aktuelle innenpolitische, polizeiliche und rassistische Mobilisierung gegen rumänische und bulgarische ArbeiterInnen.

Und er lässt sich auch an Griechenland zeigen. Die *Goldene Morgenröte* funktioniert dort als Securitytruppe und Mörderbande für Mafia-Unternehmer. [Seite 10 ff.] Zudem hat sie rassistische Ansichten in Massenmedien salonfähig gemacht. Und da viele Bullen mit ihnen sympathisieren, wird ihre Hetze gegen MigrantInnen nach wie vor toleriert – auch nachdem ihre Führungskader im Knast sitzen.

Auf der anderen Seite erhalten antirassistische Initiativen Zulauf, verknüpfen sich mit der Antifa und organisieren sich zunehmend besser. Auch die soziale Mobilisierung gegen die Krisenpolitik erstarkt (»soziale Küchen« kochen auf öffentlichen Plätzen in den Städten für Leute ohne Kohle, medizinische Einrichtungen und Apotheken versorgen Leute kostenlos, Direktverkauf von Nahrungsmitteln, usw.). Sobald solche Strukturen aber über den Selbsthilfecharakter hinausgehen, werden sie von der Regierung im Rahmen der Extremismusdoktrin immer wieder brutal niedergeschlagen und jede Form sozialer Mobilisierung kriminalisiert.

Der Gefängnisplanet und die gefährlichen Klassen

Die andere Seite der Überwachung sind Killerdrohnen und Ausweitung des Knastsystems. *Offiziell* sitzen weltweit über zehn Millionen Menschen im Gefängnis – die meisten davon in den Vereinigten Staaten und China, wo insgesamt fünf Millionen einsitzen. Der weltweite Durchschnitt liegt bei 144 Gefangenen pro 100 000 Einwohner, in den USA sind es 716, in Russland 475, in Polen 217, in der BRD 79 – allerdings steigt diese Zahl gerade stark an.

Deshalb ist es ungeheuer wichtig, dass die Kämpfe in diesem planetaren Knastsystem weitergehen. Im Sommer 2013 lief in den USA bereits die dritte Streikwelle (vgl. *Wildcat* 91, Herbst 2011: »Streiks in den US-Knästen«)

Am 8. Juni 2013 haben geschätzte 33 000 Gefangene in kalifornischen Knästen einen Hungerstreik gegen Einzelhaft und andere Arten der Folter im Knast angefangen. In Kalifornien sind ungefähr 12 000 Menschen in Einzelhaft gesperrt, oft über Jahre in fensterlosen Kammern. Das richtet sich vor allem gegen (angebliche) Gangmitglieder, die andere denunzieren sollen. Als Antwort auf den Streik wurde die Temperatur in den Knästen gesenkt, Streikführer wurden in noch härtere Isolation gesteckt. Trotzdem gaben die letzten Streikenden erst nach zwei Monaten auf.

Auch in Kanada streikten im Herbst Gefangene gegen den geringen Lohn, den sie für ihre Arbeit kriegen. Der wurde um zwei Dollar gesenkt, der Preis für Dinge wie Seife schoss dagegen in die Höhe. Monate vorher hatte sich ein Streik von Knastangestellten ausgebreitet, da die Situation aufgrund von Einsparungen und Überbelegung außer Kontrolle geraten sei.

Tja, die radikale Linke!

Die deutschen Geheimdienste erleben ihren größten Skandal, aber die radikale Linke kann nichts draus machen. Warum?

Weil sich NSU und NSA nicht verstehen lassen, ohne *über den Staat hinaus* zu denken! Wir dürfen nicht den Fehler machen, nach geheimen Schaltzentralen zu suchen oder den »guten Staat« gegen den »tiefen Staat« stärken zu wollen. Stattdessen sollten wir begreifen, wie der permanente Ausnahmezustand die Herrschaftsform in der Krise ist und *den Staat selbst* ins Fadenkreuz unserer Kritik nehmen.

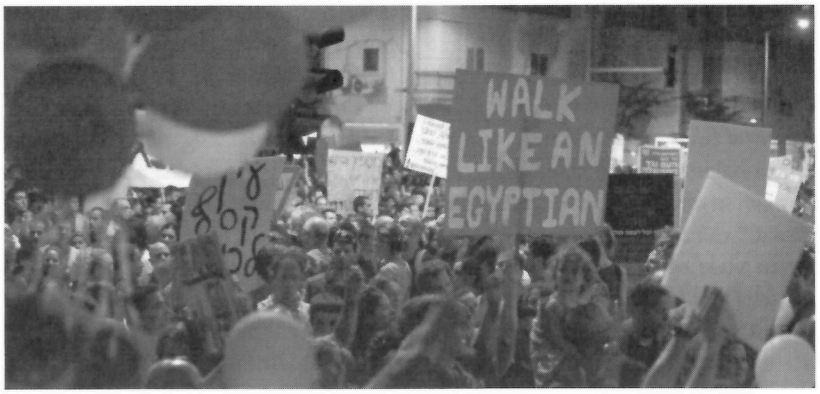
Die radikale Linke hat sich zu lange mit der »Zivilgesellschaft« einseifen lassen. Sie muss ganz grundlegende Dinge wieder lernen: Dass der Staat für uns kein Kampfterrain ist, dass es keinen Dialog mit Geheimdiensten und keine Zusammenarbeit mit Kriegsbefürwortern geben kann.

Vielleicht entsteht in den weltweiten Kämpfen der »gefährlichen Klassen« eine *neue* radikale Linke, die wieder für die Revolution kämpft und damit auf der Höhe der Zeit ist. Wenn wir frei sein wollen, müssen wir *alles* umstürzen – was man gerade am Beispiel Ägypten gut sehen kann.

Der Zuschnitt des Hefts spiegelt die Phase der Konterrevolution, für die 2013 auch steht. Das nächste Heft wird aber wieder einen deutlich anderen Zuschnitt haben – denn eins ist sicher: Der tiefe Staat ist nicht das Subjekt der Geschichte! Das sind nach wie vor die Kämpfe...

Stuttgart, 9. Dezember 2013

Auf die Plätze!



Seit Beginn der Krise haben weltweit viele Millionen Menschen gegen ihre Auswirkungen protestiert. Bereits 2008 gab es *Food-Riots* in vielen Ländern der »Peripherie«, in den »Schwellenländern« von Vietnam bis Indien und China auch Streiks und Streikwellen. Im »Westen« gab es Demos und kleinere Streiks, Studiproteste in England, Kalifornien und vor allem Chile, Schüleraufstand in Frankreich... Die Aufstandsbewegung in Nordafrika vor drei Jahren hat es – neben all ihren regionalen Auswirkungen – den Protesten in Europa und den USA ermöglicht, sich in einen weltweiten Zusammenhang zu stellen, und neue Formen des Protests inspiriert.

Der Funke springt über

Die Selbstverbrennung des Mohamed Bouazizi im Dezember 2010 war in Tunesien der Auslöser für eine riesige Protestbewegung, die sich kurz darauf auf Ägypten ausbreitete und von den Medien mit dem Titel »arabischer Frühling« belegt wurde. Für viele von uns war es das erste Mal, eine so riesige Bewegung gewissermaßen »live« mitzuerleben, eine Bewegung, die jeden Tag wuchs und nicht nachgab. Die sich traute, die Machtfrage zu stellen – und das in den versteinerten, autoritären arabischen Staaten. Die vielen kleinen Geschichten von der Selbstorganisation auf den Plätzen, den sich plötzlich verändernden Verhaltensweisen etwa zwischen Männern und Frauen usw. waren für uns Zeichen und Argumentationshilfe dafür, dass die Welt sehr wohl von unten verändert werden kann. Zumal die Bewegung sich von einem Land zum anderen ausbreitete. Noch im Januar und Februar gab es Proteste in Algerien, Libyen, Ägypten, Jemen, Jordanien, Libanon, Iran, Bahrain, Marokko, Irak. Im März kamen Saudi Arabien, dann Gaza und die West Bank sowie Syrien dazu. Dann kamen aber schon die ersten Rückschläge, in Libyen und Syrien wurde der Konflikt schnell militarisiert und zum Bürgerkrieg gemacht, in anderen Ländern wie Bahrain wurden die Proteste blutig unterdrückt – doch sie flammen immer wieder auf.

Bereits im Februar 2011 gab es das erste Zeichen, dass die Bewegungen in Nordafrika auch auf anderen Kontinenten zum Bezugspunkt werden: bei den Protesten im US-Staat Wisconsin gegen den Gouverneur und sein Anti-Gewerkschafts-Gesetz bezogen sich viele Leute auf die Bewegung vor allem in Ägypten, wo Mubarak gerade zurückgetreten war. Im Frühjahr 2011 begannen dann die großen Bewegungen in Südeuropa; in Spanien, Portugal und Griechenland wurde nicht nur demonstriert, sondern Plätze in der Innenstadt dauerhaft besetzt. Im Frühsommer gab es auch in Israel eine Bewegung mit sozialen Forderungen.

Im Herbst 2011 entstand eine Bewegung in den USA, die einen neuen Namen lieferte: *Occupy* breitete sich in unzähligen Städten aus, und obwohl der Zahl nach keine Massen beteiligt waren, veränderten die Demos und Platzbesetzungen die Stimmung in den USA und brachen den Eindruck einer bleiernen Bewegungslosigkeit. Die Notwendigkeit drei Jobs zu machen, sich keine Krankenversicherung leisten zu können, aus dem Haus geworfen zu werden und im Auto zu schlafen – all das war vorher geschluckt worden und konnte nun thematisiert werden. Zwei Jahre später, im Frühjahr und Sommer 2013, kam es dann noch in der Türkei und Brasilien zu Demos und Protesten, in Istanbul stand

der Taksim-Platz im Mittelpunkt. Beide Länder waren während der Krise immer als Gegenbeispiele angeführt worden, weil es noch ein starkes Wirtschaftswachstum gab. Der Ausbruch der Bewegungen dort zeigt, dass dieses Wachstum starke soziale Ungleichheiten mit sich gebracht hat. Und sie waren der Hinweis darauf, dass auch dort die Krise mittlerweile angekommen ist – in Brasilien beispielsweise lag das Wirtschaftswachstum 2012 bei unter einem Prozent.

Diese Proteste sind ein Zeichen dafür, dass die globale Krise auch globale Kämpfe hervorbringt. Die Streiks und *Food Riots* seit 2008 stehen in einem impliziten globalen Kontext. Neu war, dass sich die Bewegungen in der Zeit nach den Aufständen in Nordafrika *explizit* aufeinander bezogen. Ein Bezug, der in vielen Arbeiterkämpfen noch fehlt und der es sehr viel leichter macht, eine globale und revolutionäre Perspektive zu sehen.

Die Protestierenden in Südwesteuropa, Israel und den USA benutzten – neben Demos und vielen anderen Aktionsformen – die Form der Platzbesetzung. Sie haben die Besetzung des *Tahrir*-Platzes in Ägypten und andere Platzbesetzungen in den arabischen Ländern aufgegriffen und sie zu eigenen Zwecken umgewandelt.

Öffentliches Subjekt

Am Ursprung in Nordafrika entwickelte sich die Platzbesetzung daraus, dass Leute von der Provinz und den Stadträndern ins Zentrum zogen, um dort ihren Unmut kundzutun – dafür gibt es viele historische Vorbilder, etwa den Marsch der Bergarbeiter auf Ankara 1991. Ihre Distanz zu diesem Zentrum ist dabei unterschiedlich groß; für die Bewegung in Kairo war ein wichtiges Moment, dass Leute aus den ärmeren Vierteln auf den zentralen Platz kamen – auch wenn die abgekoppelten Armenviertel und Slums abgekoppelt blieben.

In Tunesien hatte die Bewegung in der Provinz begonnen und breitete sich dann erst auf die größeren Städte und Tunis aus. Zunächst gab es dort Soli-Demos für die Kämpfenden in den kleineren Städten, dann zogen die Protestierenden selbst aus der Provinz in die Hauptstadt. Dort wurden der zentrale *Kasbah*-Platz und andere wichtige Plätze und öffentliche Gebäude oft wochenlang besetzt. Mit der Besetzung des Platzes machten die Protestierenden deutlich, dass sie erstmal nicht weggehen werden. Sie wollten grundsätzliche Fragen aufwerfen und zeigen, dass es keine einfachen Lösungen gibt, und haben dafür ihren Körper und ihre ganze Existenz eingebracht.

Anders in Europa und den USA. Hier leben die Protestierenden meist schon im Stadtzentrum. Sie griffen diese Form auf, um öffentlichkeitswirksam zu zelten und die gemeinsame Zeit zu nutzen, um sich kennenzulernen, zu diskutieren und mit direkter Demokratie zu experimentieren. Für viele hieß das, mal was ganz anderes zu erleben, sich als Teil einer »Gemeinschaft« zu fühlen, den Alltag miteinander zu teilen und zu gucken, was man zusammen machen kann.

An den Besetzungen beteiligten sich zahlreiche Leute, die sonst nicht in politischen Gruppen diskutierten. Deshalb konnte man bei Null anfangen und alles zur Debatte stellen, es war eine große Offenheit gegeben. Der Slogan »Wir sind die 99 Prozent!« war in seiner ganzen Begrenztheit eine naive Formulierung der Klassenfrage. Er sprach eine Wahrheit aus: fast alle leiden unter der Krise, aber ein kleiner Teil profitiert. Mit den arabischen Aufständen im Hintergrund konnte der bloße Bezug auf sich selbst und das schlechte Gewissen, dass es einem selbst im Vergleich zu anderen ja noch gut gehe, durchbrochen werden.

Doch die Form ist hier nicht ohne Ambivalenz, eine Platzbesetzung hat einen passiven Anklang wie etwa ein Hungerstreik: Man setzt sich irgendwo fest und geht nicht weg. Sie ist weniger ein Angriff als ein defensiver und friedlicher Akt, und das ist explizit so gewollt. Dahinter steckt die Vorstellung, sich trotz aller Kritik der Politik als Gesprächspartner anzubieten. Die Plätze-Bewegung hat eine generelle Kritik an Parteien und Politik formuliert, die auf starke Sympathien in der »Bevölkerung« traf. Diese Kritik bleibt aber oberflächlich, solange die Illusion von Demokratie und die Hoffnungen auf einen reformierten Staat erhalten bleiben, wie es vielerorts der Fall war.*

Die Platzbesetzungen genossen sehr viel mediale Öffentlichkeit. Schließlich fanden sie auf Plätzen direkt neben den Medien-Zentralen statt. Und es demonstrierten Leute, die in ähnlichen Lebenslagen waren wie die berichtenden Journalisten oder deren Bekannte und Kinder. Im Gegensatz dazu fanden Protestcamps, bei denen nur Arbeiter und ihre Familien zelteten und noch dazu außerhalb der Zentren, wie etwa beim Streik der Ölarbeiter in Kasachstan, wenig Beachtung. Generell blieben viele wichtige Streiks für die Weltöffentlichkeit unsichtbar. Auch die großen Demos in Osteuropa, z. B. in Rumänien im Winter 2011/12, fanden keine Beachtung, weil sie nicht ins Schema der westlichen, studentisch geprägten Proteste passten.

Die Macht der Plätze

In den Platzbesetzungen machte sich eine »Multitude« zum handelnden Subjekt, eine neue Zusammensetzung von *einzelnen Personen*, die mit ihren Mitteln zum Äußersten gehen: wochenlanges Campieren und Diskutieren in der Stadtmitte, Blockaden mit dem eigenen Körper. Aber diese

*vgl. z.B. *Wildcat 90*: »Bewegungen in Spanien – Plötzlich wurde alles real«

Gemeinschaft konnte keine tatsächliche Macht entwickeln. Die Bewegungen fanden weitgehend parallel zur »Arbeitswelt« statt. Viele der BesetzerInnen waren Studierende oder arbeitslos. Wer einen Job hatte, kam nach Feierabend. Insofern war diese Bewegung auch Ausdruck davon, wie schwer es geworden ist, auf Arbeit zu kämpfen. Alle haben unterschiedliche Bedingungen und Interessen; gemeinsame Ziele und darüber hinausgehende Kampfformen gibt es nicht. Der Druck von oben und die Angst um den Arbeitsplatz ist groß. Viele finden eher auf der Straße mit Unbekannten Gemeinsamkeiten, als mit ihren KollegInnen auf Arbeit.

Die Bewegungen in Europa und den USA finden an Orten statt, wo es nicht viele offensive Streiks gibt. Und selbst wenn es welche gibt, laufen sie parallel und ohne Verbindung dazu – vielleicht abgesehen von den Kämpfen im Öffentlichen Dienst gegen Einsparungen und Privatisierungen. Hier zeigten gerade in den letzten Wochen die Kämpfe der Müllarbeiter in Madrid und der Fahrer in Genua das Potenzial solcher Kämpfe. Die brasilianischen Demos gegen Fahrpreiserhöhungen sind eins der Beispiele einer konkreten Forderung, die zum Teil auch handfeste Ergebnisse hatte. Den deutlichsten Ansatz, sich auf den Antagonismus zu beziehen, gab es in Oakland/USA mit dem Versuch, die Bewegung mit den Streiks in den Häfen zu verbinden.

Was bleibt?

In Ägypten, Tunesien und anderen arabischen Ländern wird bei genauerem Hinsehen deutlich, dass es dort diese Verbindung bereits gab – in der Vor- und Nachgeschichte der Bewegung in zahlreichen Streiks. Trotzdem konnte sich daraus bisher keine Macht entwickeln, um die herrschenden Verhältnisse umzustürzen.

Bei den Platzbesetzungen »im Westen« wurden wenige Schritte in diese Richtung gemacht. Sie hatten »zwei Seelen in ihrer Brust«: Studierende, die ihre Ansprüche auf einen Job gemäß ihrer Qualifikation einfordern, und abgehängte Proleten, die sich wesentlich schlechter artikulieren können. Die Lüge, dass »Bildung« Aufstieg verspricht, wurde nicht kritisiert. StudentInnen z. B. haben fast alle irgendwelche Jobs, die aber nicht thematisiert werden – stattdessen beschweren sie sich, weil ihnen eine rosigere Zukunft versprochen worden ist. Die Bewegungen haben keinen Umgang damit gefunden, dass wir in einer Klassengesellschaft leben. Leute, die wenig Bildung oder starke soziale oder psychische Probleme haben, konnten sich dort nicht artikulieren. Auch wer mit Zeltlagern und Versammlungen nichts anfangen kann, wird seine Schwierigkeiten gehabt haben.

Trotzdem ist in den Platzbesetzungen ein öffentliches Subjekt entstanden, das Forderungen artikulierte und Diskussionen anstieß. Ausgehend von den eigenen Problemen wie Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne, steigende Mieten, Krankenversicherung usw. wurde hier im besten Sinn das Persönliche politisch. Man kritisierte das herrschende System, forderte direkte Beteiligung an Entscheidungen (»wirkliche Demokratie«). Der individuelle Überlebenskampf konnte für einige Tagen oder Wochen ausgesetzt werden; es überwog das Gefühl, dass man gemeinsam und von unten was erreichen kann. Das »Zusammensein« war dabei ihre wichtigste Waffe – in Zeiten des Neoliberalismus ein wichtiger Schritt.

Was kommt?

Das Persönliche zum Politikum zu machen, war praktische Kritik an den überkommenen politischen Formen der repräsentativen Demokratie. Eine Zeit lang etablierte sich die neue Art von Gemeinsamkeit auf den Plätzen auch als Alternative zu den wirkungslosen Generalstreik-Ritualen in Südeuropa. Oft blieb es aber bei relativ abstrakten Forderungen, die zu keiner gemeinsam Praxis im Alltag führten. Die Selbstorganisation in Stadtteilräten und »Foren« als Meinungsbildungsprozess konnte nach der Räumung der Camps nur sehr begrenzt fortgesetzt werden. Wie immer gab es Versuche, die Bewegung durch Institutionalisierung zu verlängern, es kam zur Gründung neuer Parteien und sogar einer Bank. Oft kommen auch die schon vorhandenen Institutionen und binden die AktivistInnen ein, ein Teil arbeitet mittlerweile in Gewerkschaften und NGOs mit.

Anderswo entstanden Projekte, die an der Basis das Überleben sichern: AktivistInnen unterstützen nun Leute bei Problemen des Wohnens und Essens. Solange daraus keine neue politische Dynamik entsteht, bleibt das proletarische Selbsthilfe. An manchen Orten gibt es Schritte raus aus Kleinprojekten und dem eigenen Milieu: In Italien beispielsweise ist aus der Studi-Bewegung 2010 eine Bewegung entstanden, die gegen Zwangsräumungen kämpft und zusammen mit MigrantInnen und anderen Betroffenen Hausbesetzungen organisiert. Angesichts überschuldeter Hausbesitzer und steigender Mieten in allen europäischen Großstädten eine Entwicklung mit Potenzial! Diese Bewegung nimmt auch die Kämpfe der Lagerarbeiter und der MigrantInnen gegen die Flüchtlingslager wahr und beteiligt sich daran.

Die Plätze-Bewegung hat neue Ideen für egalitäre Organisierungsformen gehabt und viele wichtige Fragen aufgeworfen. Ist sie zu Ende oder fängt eine neue Phase an? ■

Seit dem Ende der Miltärdiktatur wurden faschistische Kräfte vom Staat benutzt, um gegen DemonstrantInnen und Proteste vorzugehen. Seit der Krise hatte sich dieser Zusammenarbeit verstärkt, dadurch ist die *Goldene Morgenröte* innerhalb fünf Jahren von einer militanten Nazibande zur parlamentarischen Kraft aufgestiegen. Nach dem Mord an dem HipHopper und linken Aktivisten Pavlos Fyssas wurde sie vom Staat wieder zurechtgestutzt.

Faschos in Griechenland: Von der Straße ins Parlament und zurück

Den Wahlerfolgen der *Goldenen Morgenröte* im Mai und Juni 2012 waren drei Jahre staatlicher Propaganda vorausgegangen. Nach dem Aufstand vom Dezember 2008 und angesichts der hereinbrechenden Krise hatten die Herrschenden die Faschos verstärkt gefördert. Man wollte in der Lage sein, »notwendige« Maßnahmen durchzusetzen. Dahinter steht die Frage: Wem gehört die Straße? In der Krise war sie zum Ort des Klassenkampfs geworden, zum Ort von unkontrollierten Protesten, Streiks, Demos, Krawallen und Versammlungen. Dieses Terrain musste zurückerobert werden.

Während viele Linksradikale den Aufstand im Dezember 2008 und die Monate danach in euphorischer Stimmung erlebten, bereitete der (tiefe) Staat bereits seine Antwort vor. Schon im Dezember hatten in einigen griechischen Städten parastaatliche Gruppen, Bullen und Einwohner gemeinsam Demos angegriffen. In der Hafenstadt Patras gingen am 9. Januar 2009 Rechtsradikale, »empörte« Kleinbürger (u.a. eine »Bürgerinitiative gegen obdachlose Afghanen und die Verslumung des Viertels«) und Kleinunternehmer (v. a. Ladenbesitzer), hinter den Zivil- und Riotbullen auf die Straße, um Demonstranten zu verfolgen. Dieser Mob hatte sich direkt neben der Polizeizentrale getroffen und wurde vom damaligen Polizeichef der Stadt angeführt, der heute für die *Nea Dimokratia* im Parlament sitzt. Solche Episoden passten zur repressiven Gesamtstrategie: In Larissa (Zentralgriechenland) wurden festgenommene Schüler auf Grundlage des Antiterrorgesetzes angeklagt.

Ein lokales Pilotprojekt

Vor diesem Hintergrund trieb der Staat Pilotprojekte voran, eines davon im Viertel *Agios Panteleimonas* und dem benachbarten *Attiki*-Platz. Ein paar hundert Meter entfernt liegt die seit März 1990 besetzte [und im Dezember 2012 geräumte] *Villa Amalias*. *Agios Panteleimonas* war in den 60er Jahren ein kleinbürgerliches Musterviertel, als Griechen massenhaft aus der Provinz nach Athen in moderne Neubauten zogen. Seither sind aber viele in reichere Vorstädte umgezogen und vermieten ihre alte Wohnung – seit Anfang der 90er Jahre vor allem an MigrantInnen aus Asien, Afrika und dem Balkan. Die Mieten sind hier relativ niedrig.

Anfang 2009 begannen die Faschos, offensiv in einer Bürgerinitiative gegen migrantische Kriminalität, obdachlose Afghanen und »Ekelhäuser« im Viertel mitzuarbeiten. Diese forderte vor allem mehr Polizeipräsenz. Ihr Protest richtete sich freilich nicht gegen die vielen Bordelle oder Bars, die seit langem Unternehmen der organisierten Kriminalität sind. Im Gegenteil wirkten in der BI lokale Mafiosi mit. Einer von ihnen, zugleich Mitglied der *Goldenen Morgenröte*, wurde 2011 wegen zweier Morde verhaftet. Trotzdem wurde die BI von der Politik durchgängig protegiert, selbst der damalige Minister für öffentliche Ordnung trat einmal mit ihr zusammen öffentlich auf.

Seit 2009 fanden immer wieder kurze Pogrome gegen MigrantInnen in verschiedenen Vierteln von Athen statt, an denen stets ein paar Dutzend Nazis beteiligt waren. Sie wurden außerdem begleitet von Bullen und Medienkameras. Obwohl sie wie Theaterstücke orchestriert waren, erzielten sie Wirkung; der politische »Gewinner« in der Öffentlichkeit waren die Faschos, die sich als effektive Ordnungsmacht an der Seite der Kleinbürger präsentieren konnten. Ein Pfarrer im Viertel, der an obdachlose MigrantInnen Essen und Klamotten verteilte, wurde in eine andere Gemeinde versetzt.

Die staatliche Antwort auf den Aufstand

Im Aufstand vom Dezember 2008 hatten Einheimische und MigrantInnen gemeinsam auf der Straße ihrer Wut gegen Bullen, Banken und Geschäfte Luft gemacht. Die multinationale proletarische Gewalt bedrohte das System – zu einer Zeit, als sich die globale Krise entfaltete. Zudem hatte die Polizei durch den Mord an Alexis Legitimitation

Die »Villa Amalias« kommt aus der politisierten Punkbewegung, die in den 90er Jahren radikale kulturelle Fragen in die antiautoritäre Szene hineintrug. Seitdem war sie ein Kulturzentrum mit Konzerten, Theater, Veranstaltungen, Buchladen, aber auch ein Ort offensiver Antifa-Politik, vor dem die Nazis große Angst hatten. Die Villa war eine in ganz Athen bekannte linke Institution. In all diesen Jahren sind tausende Jugendliche vorbeigekommen und wurden indirekt politisiert.

in breiten Teilen der Bevölkerung verloren. Der Staat reagierte auf drei Ebenen: Aufrüstung, verschärfter Rassismus und Unterstützung der Faschos. So wurden z. B. neue Motorradeinheiten aufgestellt, die seit Mai 2010 brutale und rücksichtslose Einsätze gegen Demos fahren. Zweitens propagierte das Regime verstärkt Rassismus. Soziale Fragen wurden zu Problemen öffentlicher Ordnung umdefiniert. Der Gesundheitsminister bezeichnete das Zentrum Athens als »Hygiene-Bombe«. Dafür verantwortlich seien Obdachlose, Drogenabhängige und MigrantInnen in heruntergekommenen Wohnungen. Derselbe Minister erklärte die Behandlung illegaler MigrantInnen zum Grund der Misere der Krankenversicherung und ließ kurz vor den Wahlen im Mai 2012 (illegale) Prostituierte verhaften, weil sie griechische Kunden mit AIDS angesteckt hätten. Sie wurden durch die Veröffentlichung ihrer Fotos im Fernsehen und Internet stigmatisiert, aber später vor Gericht freigesprochen. Dieser staatliche Rassismus gipfelte im Sommer 2012 in der Operation *Gastfreundlicher Zeus*, bei der tausende MigrantInnen von der Polizei kontrolliert und schikaniert wurden. Zum Verständnis der dritten Ebene (Zusammenarbeit mit den Faschisten) ist ein kurzer Rückblick auf die Vorgeschichte nötig:

Seit den 80er Jahren verlor der griechische Kapitalismus seine Konkurrenzfähigkeit, die Exporte gingen zurück. Dagegen wurden seit Anfang der 90er Jahre zwei Maßnahmen ergriffen: die Finanzierung großer Infrastrukturprojekte mit EU-Geldern und massive Ausweitung der Kredite, um die Unternehmen, den Massenkonsum und den Wohnungsbau zu fördern. Beide Maßnahmen explodierten in der griechischen Schuldenkrise.

Zum anderen wanderten nach dem Zusammenbruch des Ostblocks sehr viele ArbeiterInnen aus bankrotten, völlig kaputten Nationalwirtschaften Osteuropas in ein Land ein, das zuvor kaum Immigration kannte. Der massive Rückgang der Löhne auf dem Bau, in Gastronomie und Landwirtschaft war aber keine »natürliche« Folge dieser Zuwanderung, wie es linke Thesen manchmal vereinfachend darstellen. Es gab auch keinen »unorganisierten« Staat ohne Migrationspolitik, wie bis heute oft behauptet wird. Stattdessen führte die systematische Illegalisierung und die damit einhergehende organisierte Gewalt gegen migrantische ArbeiterInnen zu rapide fallenden Löhnen. Die »innere Abwertung« der Arbeit, die heute die ganze Arbeiterklasse betrifft, begann in diesen Jahren. Das ganze Ausmaß der Niederlage der Klasse und ihrer zunehmenden Spaltung zeigt sich erst heute.

Anfangs hatte es noch militante Arbeiterkämpfe gegen Privatisierungen sowie breite Proteste gegen die Schulreform gegeben. Danach wurde die Deindustrialisierung weiter vorangetrieben. Entschärft wurden die Konflikte durch das Versprechen, dass alle Griechen zur Mittelschicht gehören können. Um es einzulösen, wurden Kredite aufgenommen, seine Basis aber war die Ausbeutung der MigrantInnen, die mit miesen Löhnen die einzigen boomenden Branchen der letzten Jahre – Bau, Tourismus, Landwirtschaft – am Laufen hielten.

In diesen »goldenen Jahren« des griechischen Wirtschaftswunders wurde der griechische Faschismus gesellschaftlich und staatlich geprägt; auch die organisierte Kriminalität wuchs stark an – und verschmolz mit Teilen des Staatsapparats, vor allem der Polizei. Durch diese Kontakte mit dem Staat konnten kleine und mittlere Mafiastrukturen nicht nur ihre Geschäfte schützen und ausbauen, sie wurden auch gesellschaftlich legitimiert. Gerade diese sozialen Subjekte, die zwei Jahrzehnte lang das Versprechen auf Wohlstand verkörpert hatten, machten bei den Wahlen 2012 die *Goldene Morgenröte*, eine parastaatliche Mafia- und Kapogruppe, zur parlamentarischen Kraft und zum »langen Arm« der herrschenden Klasse.

Zu Kämpfen in Griechenland gab es zahlreiche Artikel in der *Wildcat*, insbesondere seit Ausbruch der Krise 2008:

#60: Zum Streik der MüllarbeiterInnen in Griechenland – Brief eines kurdischen Genossen zur Situation von Flüchtlingen in Griechenland
#68: Oktober der Unzufriedenheit in Griechenland
#69: Griechenland: Tote auf den Olympia-Baustellen
#87: Griechenland: Chronologie der Krise – EU, Sparpolitik und die Linke – Kritische und erstickende Zeiten – Wir sind ein Bild der Zukunft
#88: Griechenland: Kein heißer Herbst?
#90: Krise der EU – Weiße Rosen aus Athen
#91: Griechenland: Einheit und Spaltung – Generalstreik gegen das vierte Sparpaket
#92: Griechenland: Fortgesetzte Angriffe, Riots und Streiks
#94: Griechenland: Kämpfe in der Krise

An wen wenden sich die Faschos?

Die Faschos zielen nicht darauf, breite Teile der Bevölkerung von ihren »innovativen« Vorschlägen, Argumenten oder kulturellen Werten zu überzeugen. Sie haben weder eine attraktive Ideologie, noch hat die *Goldene Morgenröte* soziale Hilfsstrukturen aufgebaut, wie es etwa die Hamas gemacht hat. Die öffentliche Verteilung von Lebensmitteln – natürlich nur an Griechen –, oder ihre Ankündigung, Kindergärten nur für Griechen zu organisieren, waren lediglich symbolische Aktionen. Andere Ankündigungen, etwa die Kontrolle des Anteils migrantischer Kinder in Kindergärten, waren lächerlich und grausam und riefen den sofortigen Widerstand von LehrerInnenverbänden und Gewerkschaften auf den Plan. Als die Faschos Blut nur für Griechen spenden wollten, schritten sofort KrankenpflegerInnengewerkschaften und Ärzteverbände dagegen ein. Mit solchen Positionen und Bildern empörten sie demokratische, bürgerliche Leute.

Der Aufstieg der Faschos erklärt sich viel stärker aus der Interessengemeinschaft mit den Herrschenden und einem Teil der Kleinunternehmer und kleinen Grundbesitzer, die z. B. Wohnungen an Migranten vermieten oder deren Arbeitskraft ausbeuten. Wer Schwarzarbeit ausbeutet und mit Gewalt diszipliniert, hat gemeinsame Interessen mit Mafiastrukturen. Diese leisten oft die Schutzdienste. Körperliche Angriffe auf streikende Landarbeiter oder einzelne migrantische Lohnarbeiter gab es auch schon in den »goldenen Jahren«, sie haben in der Krise aber stark zugenommen. Jetzt braucht man Schläger, die säumige MieterInnen dazu bringen, ihre Schulden zu bezahlen oder die Wohnung zu räumen. Immer mehr Unternehmer holen bei Konflikten mit ihren ArbeiterInnen, etwa wegen ausstehender Löhne, Faschos oder Mafiatypen zu Hilfe (z. B. gegen die Erdbeer-Erntearbeiter in Manolada). Die Mafiaverwaltung des illegalen und migrantischen Sektors breitet sich langsam auf den gesamten Arbeitsmarkt aus und bedroht heute die ganze Klasse.

Die Faschos sind Kettenhunde

In den Wählerumfragen vor dem Mord an Pavlos Fyssas lag die *Goldene Morgenröte* bei etwa zwölf Prozent, Tendenz steigend. Danach fiel sie kurzzeitig auf etwa 6-7 Prozent, seither sind die Werte wieder auf etwa zehn Prozent gestiegen – obwohl sich viele Medien mittlerweile gegen sie richten. Das ist weder Grund zur Panik noch zur Beruhigung. Die Faschos haben ein begrenztes Wählerpotential und können ihre staatlich überwachte Funktion nicht überwinden. Aber gerade darin liegt ihre Gefahr: Die systemische Rolle der Faschos zielt auf die Verbreitung von Angst und Disziplin in der Arbeiterklasse. Sie könnten auch für eine Strategie der Spannung benutzt werden.

In den Polizeikräften gibt es viele Wähler, Mitglieder und aktive Sympathisanten der *Goldenen Morgenröte*. Bei den letzten Wahlen haben in Athen bis zu 50 Prozent der Bullen faschistisch gewählt. Die heutigen Bullen sind durch die gesellschaftliche Entwicklung der 90er Jahre geprägt, sie waren ausführendes Organ der brutalen Illegalisierung

Das Netzwerk von Faschos und Mafiastrukturen

Die Boulevardzeitung *Proto Thema* unterstützte im letzten Jahr die *Goldene Morgenröte*. Ihre berühmte Reportage über die von Nazis »beschützte« und zum Bankautomaten begleitete Oma stellte sich schnell als Ente heraus: Die Frau war die Mutter eines lokalen Mitglieds der *Goldenen Morgenröte*.

40 Prozent der Zeitung gehören dem Unternehmer *Pallis*, einem Unterstützer der Faschos. Dieser wird wegen Steuerflucht und Waffenhandels gesucht. Ihm werden der Import von 4000 Waffen und die Finanzierung der *Goldenen Morgenröte* vorgeworfen.

Die importierten Waffen waren aber nicht für die *Goldene Morgenröte* bestimmt, wie viele Journalisten glauben. Sondern sie sollten der organisierten Kriminalität zukommen, besonders für die Ausrüstung von Schutzdiensten für griechische Schiffe im Meer vor Somalia und ähnliche Einsätze privater Söldner. Da auch die Faschos Geschäfte in diesen Bereichen machen, ist es oft schwer, sie von der organisierten Kriminalität abzugrenzen.

Pallis arbeitete mit dem wegen Steuerflucht und Geldwäsche inhaftierten Reeder und ehemaligen Bankbesitzer *Victoras Restis zusammen*. Restis war offenbar der Hauptfinanzier der *Goldenen Morgenröte* und stand in Kontakt mit Dimitris Giovanidis, dem ebenfalls inzwischen inhaftierten ehemaligen Polizeichef von Nikaia, einem Arbeiterviertel im Westen von Athen. Unter der Aufsicht von Giovanidis war 2009 ein pakistanischer Migrant zu Tode gefoltert worden.

Die Bullen und die Faschos haben in Nikaia offen zusammengearbeitet; dies war *das zweite Pilotprojekt* zur staatlichen Förderung der *Goldenen Morgenröte*. Deren örtliche Zelle hatte viele Hooligans rekrutiert. Aus dieser Zelle und der aus Perama kamen die Mörder von Fyssas.

Nicht nur in Nikaia wurden Bullen verhaftet, auch am Ort des ersten Pilotprojekts *Agios Panteleimonas* wurde der lokale Bullenchef inhaftiert. In den Häusern und auf den Konten der Verhafteten wurden große Geldsummen und Beweise ihrer Aktivitäten gefunden: Faschos und Bullen betrieben die systematische Abwertung der Gegend zur Immobilienspekulation und erpressten Schutzgeld von migrantischen Kleinunternehmern und Straßenhändlern. Im Komplex *Restis-Pallis-Giovanidis-Nikaia* zeigen sich die Umrisse des griechischen Mafiakapitalismus.

migrantischer Arbeit. Zur ideologischen Nähe kommt die lange Zusammenarbeit, man kennt die paramilitärischen Gruppen der Faschos schon lange vom Vorgehen gegen Demos.

Bis zu welcher Ebene die Kontakte gingen, zeigte die nach dem Mord an Pavlos einsetzende Repression: Einige örtliche Polizeichefs wurden festgenommen, die zwei höchsten Polizei-Offiziere des Landes mussten zurücktreten, weitere acht hohe Offiziere wurden strafversetzt, darunter die Leiter der Abteilungen »Sondereinsätze«, »organisierte Kriminalität« und »Explosivstoffe«.

Aber der Wind hatte sich schon vor dem Mord gedreht. Die internationale Presse verurteilte die rassistische Gewalt in Griechenland. Das US-Außenministerium gab eine Reisewarnung wegen der Neonazigefahr aus. Im Oktober 2012 berichtete CNN über die Gewalt der Faschos gegen Afrikaner in Athen und über die 15 von den Bullen festgenommenen und gefolterten Antifas. Gerade die rassistische Polizeigewalt wurde immer mehr problematisiert: Ein Backpacker aus Südkorea wurde bei einer Straßenkontrolle in Athen verprügelt und rassistisch beschimpft; ein Tourist aus Neuseeland wurde in Chania verprügelt und festgenommen; ein Professor aus Indien, zu Gast bei der Wirtschaftsuniversität von Athen, wurde vor dem Unigebäude festgenommen, weil er keinen Reisepass dabeihatte. Die jeweiligen Botschafter legten Protestnoten ein, die griechische Regierung geriet unter Druck.

Seit dem Winter 2012 berichteten auch griechische Medien vermehrt über die »schlimmen« Seiten der *Goldenen Morgenröte*: Fotos vom Hitlergruß bei Kundgebungen, von ihren Tattoos und ihren NS-Symbolen usw. häuften sich. Auch regierungsnahe Zeitungen brachten erste oberflächliche Artikel über mögliche kriminelle Tätigkeiten der Partei oder einiger Mitglieder.

Die griechische EU-Präsidentschaft 2014 soll nicht von Faschos gestört werden, bei den Europa- und Kommunalwahlen im Mai 2014 sollen sie nicht allzu erfolgreich sein. Beides sind klassische Protestwahlen. Enttäuschte *Nea-Dimokratia*-WählerInnen könnten diese nationalistischen Lumpenfiguren mit ihren Nazitattoos und ihrem offensivparanoiden Blick ins Europaparlament wählen. Bei der zweiten Runde zur Bürgermeisterwahl in Athen könnte der Kandidat der *Goldenen Morgenröte* dem von Syriza gegenüberstehen. Kann eine Touristenmetropole einen rechtsradikalen Bürgermeister haben, der unter anderem *live* im Fernsehen eine Abgeordnete der KKE verprügelte?

Diese Diskussionen führten auch zu ersten Reaktionen der Polizei. Hin und wieder wurde nun auch ein Fascho verhaftet – meist blieben ihre Aktionen aber weiterhin folgenlos.

Staatlicher Antifaschismus

Nach dem Mord an Pavlos Fyssas begann der Staat, ernsthaft gegen die *Goldene Morgenröte* vorzugehen und sich als der bessere »Antifaschist« darzustellen. Dass man gegen die Faschos vorgeht, die »politischen Kinder« des griechischen Notstandsstaats, ist keine Überraschung – der Anlass, ein Mord an einem linken Rapper, zunächst schon. Zwischen Januar 2012 und April 2013 wurden vier Menschen aus rassistischen Gründen ermordet; über 135 wurden verletzt. Das löste keinen staatlichen und medialen Antifaschismus aus. Aber der Mord an Pavlos geschah im engen zeitlichen Zusammenhang mit zwei anderen wichtigen Ereignissen.

Angriff auf die institutionelle Linke: Als Erstes gab es einen organisierten Angriff der *Goldenen Morgenröte* in der Nacht des 12. September 2013 im Hafenviertel von Perama. Etwa 50 Leute gingen mit Knüppeln auf KKE- und PAME-Mitglieder los, die in der Nähe der Werften plakatierten, darunter auch der Vorsitzende der Metallgewerkschaft. Perama ist eine Gegend mit sehr hoher Arbeitslosigkeit und eine Hochburg der KKE und ihrer Gewerkschaft PAME. Der offene Angriff auf eine bürgerliche, parlamentarische Partei wie die KKE zeigt die Selbstüberschätzung der *Goldenen Morgenröte*.

Angriff auf die institutionelle Rechte: Am 15. September marschierten Mitglieder und Abgeordnete der *Goldenen Morgenröte* bei der jährlichen Kundgebung für die Opfer des Bürgerkriegs (1946-49) auf und störten sie. Die Kundgebung ist eine wichtige Gedenkveranstaltung der politischen Rechten in Griechenland. Als der *Nea Dimokratia*-Bürgermeister von *Meligala* seine Rede hielt, beleidigten die Faschos ihn heftig und übernahmen die Veranstaltung. Daraufhin verließ er zusammen mit anderen lokalen Würdenträgern die Kundgebung. Die Polizei griff nicht ein. Es war eine Machtdemonstration der Nazis.

Der Mord an Pavlos Fyssas geschah am 17. September auf einer belebten Hauptstraße in der Vorstadt Keratsini nahe Piräus. Auch hier waren Bullen anwesend und haben nicht eingegriffen. Es war ein gezielter und koordinierter Angriff.

Mit dem Angriff auf die KKE und der Machtdemonstration beim Gedenktag der traditionellen Rechten zeigte die *Goldene Morgenröte*, dass sie sich jetzt als echte Partei sieht, die Anspruch auf die Hegemonie in der Rechten erhebt und ihre Gegner offen angreift. Der Mord zeigt, dass sich die Faschos unangreifbar fühlten. Viele Kader hielten den von den staatlichen Institutionen gelassenen Raum für eigene Stärke und stellten ihre Arroganz und Gewalttätigkeit offen zur Schau. Sie drohten nicht nur auf der Straße aus dem Ruder zu laufen.

Am 22. Oktober stoppte das Parlament die staatliche Finanzierung der *Goldenen Morgenröte*.

In *Meligala* wurden im September 1944, gleich nach dem Abzug der deutschen Besatzungstruppen, von der kommunistisch dominierten Widerstandsorganisation EAM-ELAS zwischen 800 und 1400 Mitglieder der rechten »Sicherheitsbataillone« und anderer Gruppen exekutiert, die mit den Deutschen kollaboriert hatten. *Meligala* wurde deshalb zum Wallfahrtsort der griechischen Rechten, dort wird jährlich das »Festival des Hasses« veranstaltet. Dieses Festival diente zugleich als Machtdemonstration der jeweils herrschenden Rechten: In der Nachkriegsära bis zur Militärdiktatur 1967 den patriotischen und königstreuen Antikommunisten, dann den Obristen und nach dem Fall der Junta der neue reche Sammlungspartei *Nea Dimokratia*.

Darin waren sich alle Parteien einig, einschließlich Syriza. Zurzeit sitzen der Generalsekretär Michaloliakos, einige Abgeordnete und andere hochrangige Mitglieder im Knast. Hauptanklagepunkt ist »Aufbau einer kriminellen Vereinigung«, da die *Goldene Morgenröte* in letzter Zeit verstärkt versucht hatte, Bereiche der organisierten (und staatlich kontrollierten) Kriminalität zu erobern.

Die regierende Rechte in Gestalt der *Nea Dimokratia* hat eine extrem neoliberale Agenda durchgesetzt, sie braucht neben sich keine faschistische Partei mehr als Rechtfertigung, selber immer weiter nach rechts zu rücken. Deshalb attackiert sie die (von ihr zunächst selbst aufgebaute) *Goldene Morgenröte*. Und auch für den »tiefen Staat« gibt es mittlerweile Alternativen, falls er parlamentarische Reserven oder militante Straßenstrukturen gegen eine mögliche Dynamik von unten braucht. Bei Polizei, Militär, Security-Firmen, organisierter Kriminalität und in der rechten Szene findet sich ein großes Potential an geeigneten Personen.

Angriffe gegen links

Schon im August 2012 waren besetzte Häuser und Zentren geräumt worden. Seit dem Frühjahr 2013 wird das Verbot von selbstorganisierten Open-air-Konzerten und Soli-Partys mit Polizeieinsätzen durchgesetzt. Das zielt einerseits auf die sozialen Strukturen der antiautoritären Szene und andererseits auf selbstorganisierte Überlebensstrukturen der MigrantInnen.

Wenige Tage nach dem Mord und den ersten Razzien gegen die Faschos wurde die Gangart gegen links weiter verschärft. Die Justiz ermittelt nun gegen zehn AktivistInnen, die in Chalkidiki (Nordgriechenland) gegen den geplanten Goldabbau kämpfen, wegen »Bildung einer kriminellen Vereinigung«. Im Zuge dessen wurde bekannt, dass Telefongespräche der EinwohnerInnen, AktivistInnen, JournalistInnen und lokalen Syriza-Abgeordneten von der Polizei abgehört wurden.

Die Polizeipräsenz im Zentrum von Athen und die Kontrollen von MigrantInnen haben zugenommen. Fünf inoffizielle, selbstfinanzierte Moscheen in *Agios Panteleimonas* wurden geschlossen – Räume, wo asiatische MigrantInnen auch Griechisch-Sprachkurse machen.

Demnächst beginnt das Verfahren wegen der Brandstiftung der Marfin-Bank während des Generalstreiks am 5. Mai 2010, bei der drei Bankangestellte getötet wurden. Gegen den einzigen Angeklagten aus der antiautoritären Szene gibt es laut seiner Verteidiger keinen wirklichen Beweis.

Im November wurde das monatelang besetzte Gebäude des ehemals öffentlichen Fernsehens (ERT) in Athen geräumt. Die Schließung war die erste Massenentlassung im öffentlichen Dienst.

Polarisierung der Gesellschaft und Extremismustheorie

Das gleichzeitige Vorgehen »gegen rechts und links« hält die Extremismusdoktrin wach, die zusammen mit einer krassen Bürgerkriegsrhetorik jede politische Praxis (Streiks, Demos, Proteste) von unten entlegitimieren soll. Diese Doktrin kommt in Griechenland aus dem engsten Beraterkreis von Premier Samaras. Einige dieser Berater haben eine rechte Vergangenheit als Mitglied von *Diktyo 21* (Netz 21). Dies war in den 90er Jahren eine Organisation von patriotischen Intellektuellen, Professoren, Journalisten, Rechtsanwälten, Geheimdienstlern und Politikern. Auch sonst nimmt *Nea Dimokratia* immer wieder rechtsradikale Politiker auf: erst kürzlich den heutigen Gesundheitsminister Georgiadis und Makis Voridis, beide waren zuvor *Laos*-Abgeordnete, Und wie Michaloliakos, der Generalsekretär der *Goldenen Morgenröte*, war Voridis in den 80er Jahren in der Jugendorganisation der diktaturfreundlichen Partei *Epen*.

Seit den Wahlen 2012 sind in den Regierungsparteien *Nea Dimokratia* und *Pasok* die Vertreter der rechten, nationalistischen und imperialistischen Flügel und des tiefen Staates an die Spitze der Fraktionen gerückt. Sie sind geprägt durch die 90er Jahre, die Kriege auf dem Balkan, die Zusammenarbeit mit Milošević, die Unterstützung von PKK und Öcalan und die antagonistischen – immer an der Schwelle zum Krieg stehenden – Beziehungen zur Türkei. Sie betreiben die neoliberale autoritäre Verwaltung der Krise ohne soziale Kompromisse. Die »liberalen« Fraktionen der Parteien wie der ehemalige Premier Papandreou sind heute abgemeldet. Nur Syriza wendet sich noch an die »Mitte«, also die enttäuschten Pasok-WählerInnen. Die regierenden Parteien brauchen keine »Mitte« mehr; sie setzen in der aktuellen sozialen Polarisierung auf *Law and Order* und die Verschärfung der sozialen Spaltung. Bei seinem Italienbesuch im Oktober sagte Samaras, es gäbe »in Griechenland so viele illegale Migranten wie Arbeitslose«, nämlich 1 300 000.

Athen ist vielleicht die einzige europäische Hauptstadt ohne offizielle Moschee, der Bau wird seit Jahrzehnten durch politischen Druck von lokalen Kirchenorganisationen, Politikern und Anwohnern verschoben.

Gegen die Angst!

Der Staat ist durch seine »neue« Politik gestärkt worden und nun besser gerüstet, um Sicherheitspolitik, öffentliche Ordnung und neue Sparmaßnahmen durchzusetzen. Nicht nur die von der Krise betroffene Gesellschaft allgemein, sondern auch politisierte Gruppen und Leute haben die Angst und den Terror verinnerlicht. Die fundamentale Unsicherheit hat sich in letzter Zeit sogar noch ausgeweitet. Um gegen diese staatlich vermittelte Verwirrung und Verzweiflung vorgehen zu können, sollten wir uns zuerst die wirkliche politische Bedeutung der Ereignisse klarmachen:

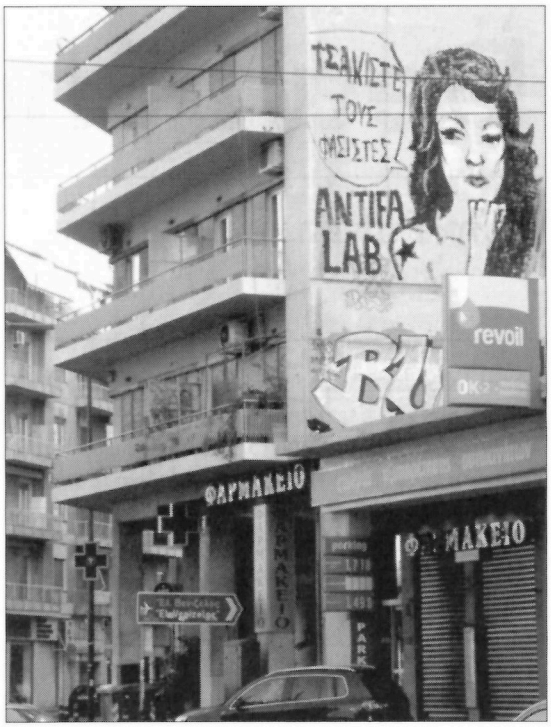
Der politische Aufstieg der Faschos zur parlamentarischen Kraft und ihr (kurzzeitiger?) Fall ist nur ein Teil der staatlichen Aufrüstung und der wachsenden Macht von Mafiastrukturen. Die Faschos sind überwacht und abhängig von staatlicher Finanzierung sowie Tolerierung ihrer illegalen Geschäfte. Die politische Dominanz dieser materiellen Interessengemeinschaft wird an der heutigen Migrationspolitik, an den neuen Lagern, an den ertrunkenen MigrantInnen und an der sozialen Polarisierung insgesamt deutlich!

Der staatliche Antifaschismus schont die parastaatlichen Strukturen in Armee und Polizei. Früher oder später wird er sich gegen kämpferische, klassenorientierte Projekte und Kämpfe richten. Erste Anzeichen dafür gibt es schon. Die Medien stellen den antifaschistischen Kampf auf der Straße als identitären Konflikt zwischen der antiautoritären Szene und den Neonazis dar.

Linke Analysen erklären die Stärkung der griechischen Faschos oft vereinfacht damit, dass Verzweiflung und Verarmung die Menschen in die Hände der Faschos trieben. Teils behaupten sie auch, dass die Armen und Ungebildeten leichter Faschos werden, und im Umkehrschluss, dass relativ Reiche und Gebildete, von der Krise weniger Betroffene sich eher nach links wenden würden. Durch diese Auffassung kommt man leicht zu der gefährlichen Schlussfolgerung, dass Antifaschismus Aufgabe einer staatlich finanzierten Linken sei.

Die (Selbst-)Beschränkung des antifaschistischen Kampfes auf Identitätspolitik im Rahmen einer linksradikalen Szene führt schnell zu einer Marginalisierung, die der polizeilichen Repression und medialen Diffamierung Tür und Tor öffnet. Das gilt umso mehr für individuelle terroristische Aktionen, wie etwa die Schüsse am 1. November auf drei Nazis vor einem lokalen Büro der *Goldenen Morgenröte*, wobei zwei starben. Egal wer die Täter waren und was ihre Motive sind, diese Aktion nützt nur den Bullen und dem Repressionsapparat.

Naiv sind auch linke und pazifistische Vorstellungen, die letztlich auf den Rechtsstaat gegen die Faschos hoffen. Sie sind der Extremismusdoktrin



bereits in die Falle gegangen. Proletarische antifaschistische Gewalt ist heute auf jeden Fall notwendig, besonders dort, wo linke Aktivitäten oder auch nur die Anwesenheit von Linken durch Faschos behindert oder bedroht werden. Wir dürfen den Faschos nicht das Gewaltmonopol überlassen.

Der faschistische und polizeiliche Angriff auf die MigrantInnen ist ein Angriff auf die gesamte Arbeiterklasse. Deswegen ist der Kampf gegen neofaschistische Strukturen nicht nur eine humanitäre, sondern auch eine Klassenfrage. Der Antifaschismus muss Teil der breiten Arbeiterkämpfe sein. Der Klassencharakter der Krise muss ebenso klar werden wie die grundsätzliche Ablehnung der nationalen Einheit zur »Rettung der Heimat«.

Ein solcher Antifaschismus bietet auch neue Möglichkeiten, Kontakte zu knüpfen und gegen die Individualisierung und Notstandsatmosphäre anzugehen. Multinationale Freundeskreise von Jugendlichen oder SchülerInnen, neue ArbeiterInnen unter neuen Arbeitsbedingungen, enttäuschte Linke .... können zusammenkommen. Das zeigen die positiven Reaktionen auf antifaschistische Initiativen und Aktionen auf der Straße, die von vielen »Unbeteiligten« (zumindest verbal) unterstützt werden. Der Aufbau von gegenseitigem Vertrauen stärkt das Gefühl kollektiver Kraft.

Nur die Einheit der Arbeitslosen, ArbeiterInnen und Verarmten kann sich den öffentlichen Raum wieder aneignen und die Angst im Alltag zerbrechen.

Antifaschismus heißt Klassenkampf!

■

Dead End:

Zum Putsch in Ägypten

Zwei Jahre lang war der Tahrir-Platz Symbol des Aufbruchs aus Erstarrung und Krise. Der Militärputsch vom Sommer 2013 beendete diese Phase. Mit den hunderten von Toten sind viele Illusionen und Hoffnungen begraben worden. Wesentliche Teile des liberalen Milieus haben staatliche Massaker und Massenverhaftungen zur »Verteidigung der Demokratie« akzeptiert. Auch die Hoffnung auf eine staatliche Lösung der sozialen Misere ging verloren; die letzten Erben des Nasserismus und Hoffnungsträger der Gewerkschaftsbewegung sitzen nun am (Katzen-)Tisch der Militärs. Ihre vagen Reformversprechen werden von ihren Aufrufen zu Ruhe, Ordnung und Arbeitsbereitschaft übertönt.

In der zugespitzten gesellschaftlichen Situation gibt es zurzeit keinen Spielraum für Partizipation, also Teilhabe. Die Bewegung wird neue Fragen nach gesellschaftlicher Umwälzung und Organisation von Macht stellen und neue Antworten finden müssen. Dabei spielen die MigrantInnen eine zentrale Rolle.

Ägyptens herrschende Klasse

Mit dem Sturz von Präsident Mursi Anfang Juli 2013 ist die Verquickung von Staats- und Militärapparat mit der Wirtschaft erneut sichtbar geworden. Diese Form der Klassenherrschaft war am Ende der Epoche Nasser entstanden. Mitte der 70er Jahre hatte das Militär seine Rolle als Beschützer einer »antikolonialen« staatlichen Industrialisierung verloren, und der aufgeblähte Militärapparat suchte sich nach dem Friedensschluss 1979 mit Israel neue Betätigungsfelder in der zivilen Wirtschaft.

Besonders in der zweiten, »neoliberalen« Hälfte des 30-jährigen Mubarak-Regimes entwickelte sich ein neues Akkumulationsmodell, das weniger auf Industrialisierung beruhte als auf Privatisierung und Ausplünderung der gesellschaftlichen Reichtümer sowie auf staatlich abgesicherten Investitionen in die Infrastruktur (Verkehr, Tourismus, Telekommunikation). Es wurde von einem gigantischen und jeder »demokratischen Kontrolle« entzogenen Repressionsapparat durchgesetzt, zu dem auch ein informelles Heer von *baltagiyyas* (Schlägern) und die seit dem Ausnahmezustand 1981 dauerhaft installierten Militärgerichte gehörten. Der Aufstand im Jahr 2011 zeigte die Krise dieses Modells.

Nach wie vor sind die meisten Unternehmen Klein- und Mittelbetriebe, sie werden aber über ein Klientelnetzwerk von einer sehr kleinen Schicht kontrolliert, so dass wir es faktisch mit Monopolen zu tun haben. Etwa 500 Familien besaßen 2010 ein Vermögen von mehr als 30 Mio. Dollar, etwa 20 Familien (die »Kern-Elite«) eines von mehr als 100 Mio. Die Schwerpunkte dieser Unternehmensgruppen liegen auf Bau, Telekommunikation, Tourismus, Lebensmittel- und Pharmaproduktion sowie (Außen-)Handel. An der einsamen Spitze steht die Familie Sawiris, die neben der größten ägyptischen Baufirma noch den Telekommunikationsmarkt und die Medienlandschaft beherrscht. Diese neue Wirtschaftselite übernahm in den 2000er Jahren direkt die Schaltstellen der politischen Macht; beispielhaft stehen dafür der Name Gamal Mubarak und die Regierung Nazif (ab 2004). Sie traten damit politisch in Konkurrenz zum Militärapparat, der die Fabriken der Nasserschen Industrialisierungsepoche (Konsumgüter- und Waffenproduktion) verwaltet und zudem seit den 90er Jahren am Boom des (Massen-)Tourismus partizipiert. Alles in allem beherrscht das Militär 5-15 Prozent der Wirtschaft des Landes.[1]

Bei der Umsetzung des wirtschaftsliberalen Raubzugs kam dem Militär eine wichtige Rolle zu, da es das Recht hat, Land zu konfiszieren, also für Infrastrukturprojekte, Tourismusanlagen, neue Industriezonen usw. Das war der Kitt des Bündnisses zwischen Militärs und Oligarchen. Die vor allem im Handel tätige Spitze der Muslimbruderschaft war Teil dieses Arrangements, allerdings (von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen) eher in der zweiten und dritten Reihe. Die (militärische und zivile) Top-Elite ist z. T. koptisch (wie die Sawiris) und insgesamt eher laizistisch eingestellt.

Der Klientelismus gegenüber den Massen war »religiös« organisiert. Das Sozialwesen (Armenunterstützung, Bildung und Gesundheit) ist nach den Privatisierungen der 90er Jahre aufgespalten in einen völlig defizitären und korrupten öffentlichen

[1] Die Schätzungen über den wirtschaftlichen Einfluss des Militärs gehen sehr weit auseinander, je nachdem, welche Bedeutung dem Militär und der Oligarchie jeweils beigemessen wird. Vgl. S. Stephan Roll: Ägyptens Unternehmerelite nach Mubarak. Machtvoller Akteur zwischen Militär und Muslimbruderschaft. SWP Berlin, 2013).

»Mahalla« und die Demokratie

Sektor, einen mit hohen Preisen verbundenen privaten und einen dritten Sektor der verschiedenen liberalen, islamischen und christlichen Wohltätigkeitsorganisationen. Der große NGO-Sektor beruht auf ehrenamtlicher und informeller Arbeit, z. T. organisiert er direkt den informellen Sektor.

Erste Phase des Aufstands: Hoffnung auf demokratischen Aufbruch

Dem Aufstand im Januar 2011 ging eine lange Welle von Arbeiterkämpfen in den alten Industriebranchen (»Mahalla«), auf den unteren Ebenen der staatlichen Verwaltung (z. B. die »Tax Collectors«) und im informellen Transportsektor (Taxi-/ Minibusfahrer) voraus. Dazu kamen Proteste gegen die alltägliche staatliche Gewalt. [2]

Auf den Plätzen und Straßen verwandelten sich Anfang 2011 die vielfältigen sozialen Kämpfe in einen politischen. Unter der Parole »Das Volk will den Sturz des Regimes!« verbündeten sich verschiedene Schichten in ihrem Willen zur Veränderung. Sie konzentrierten sich auf die Figuren und Symbole des Mubarak-Regimes (»Mubarak, hau ab!«) und gingen einer grundsätzlichen Machtfrage aus dem Weg. Sie versuchten, die Macht der Institutionen einzugrenzen, ohne sie abzuschaffen und Neues an ihre Stelle zu setzen.

Die Militanz auf der Straße trieb die Polizei in ihre Unterkünfte zurück und ließ die Herrschenden vorsichtig werden. Der Militärrat musste anfangs einige Figuren der Elite offiziell anklagen, auf dem Höhepunkt Ende 2011 wurden die Vermögen von 260 Beschuldigten eingefroren. Allerdings wurden lediglich vier Leute tatsächlich verurteilt – praktisch half das Militär fast allen größeren Unternehmern zu fliehen und ihre Vermögenswerte ins Ausland zu bringen.

Mit Hausbesetzungen und der Stürmung von Rathäusern wurde vom Staat die Bereitstellung und »gerechte« Verteilung von Wohnraum gefordert. ArbeiterInnen forderten die Absetzung von korrupten Betriebsleitern, die Rücknahme von Privatisierungen, die Festeinstellung von langjährig prekär Beschäftigten und Angleichung der Löhne. Im öffentlichen Dienst ging es um Lohnerhöhungen, die Entfristung der vielen Zeitverträge und eine Ausweitung der Beschäftigung angesichts des desaströsen Zustands im Bildungs- und Gesundheitsbereich. Breite Aufmerksamkeit genossen die Kämpfe in den Resten der staatlichen Textilindustrie; ein immer kleiner werdender harter Kern von ArbeiterInnen wehrte sich sehr vehement. Letztlich konnten aber diese »Überbleibsel« einer vergangenen Epoche keine Kristallisationspunkte für eine neue Generation von ArbeiterInnen sein. Politische Konzepte aus ihren Reihen waren Forderungen nach einer Wiederbelebung der Nasser'schen Staatswirtschaft: Rückübertragung privatisierter Unternehmen in öffentliches Eigentum und staatliche Industriepolitik unter Einbeziehung der Landwirtschaft, um Rohmaterialien für die Textilherstellung bereitzustellen.

All diese Kämpfe fanden parallel statt, es gab keinen dauerhaften praktischen Bezug aufeinander; der stellte sich meist erst auf der Straße her. Vielfältige Versuche, in betrieblichen Kämpfen die vorgegebenen Spaltungen zu überwinden, fanden keine organisatorische Form (wie früher bspw. Räte), die in der Lage gewesen wäre, den Gegenangriffen standzuhalten. Insgesamt fehlte eine Perspektive, die über Forderungen an den Staat hinausging.

Vertreter der städtischen Mittelschicht versuchten, diese politische Leerstelle zu füllen und sich mit ihrer Fähigkeit zur Mobilisierung »der Massen« auf der Straße zu Repräsentanten der ArbeiterInnen in den Betrieben zu machen. Mit diesem Faustpfand traten sie in einen Dialog mit den Herrschenden um einen gebührenden Platz an den Tischen der Macht. Nicht nur die Liberalen, sondern auch die Linken behielten ein instrumentelles Verhältnis zu den Arbeiterkämpfen, sie wollten sie verwalten, um sich von ihnen legitimieren zu lassen. Ihre Selbstüberschätzung wurde immer an den Wendepunkten deutlich, an denen es ihnen nie gelang, die ArbeiterInnen für ihre Ziele zu mobilisieren. Der Dachverband der »Unabhängigen Gewerkschaften« ist ein bürokratischer Apparat geblieben, weitgehend ohne Einfluss auf die realen Kämpfe.

[2] Siehe dazu ausführlich »Ägypten: Vom Aufstand zur Revolution?« in *Wildcat 89*

Die Sprecher der Bewegung haben sich relativ schnell dafür entschieden, durch Beteiligung an Wahlen ihren politischen Einfluss in den Institutionen zu sichern, d. h. neue Netzwerke zu bilden anhand von politischen oder organisatorischen Identitäten. Am schnellsten und deutlichsten taten dies die »Islamisten«. Die alten Führer der Muslimbruderschaft und der verschiedenen »salafistischen« (d. h., konservativ-sunnitische und traditionell apolitische) Gruppierungen wollten diesen Schritt in die »Politik« gar nicht, die jungen Aktiven haben sie dazu gedrängt. Besonders die Jugend der Muslimbruderschaft war von der Idee getragen, dass sie als einzige landesweite Massenorganisation die Wahlen gewinnen würden.[3]

Die neuen Parteien aus dem salafistischen Spektrum waren kleiner. Aber da sie die einzigen waren, die die Beibehaltung der Subventionen für Grundnahrungsmittel und Energie forderten, konnten sie einen Teil der ländlichen / kleinstädtischen Armen im informellen Sektor und der Landwirtschaft erreichen.

Die Linken und Liberalen waren sich darüber im Klaren, dass sie gesellschaftlich keine Massenbasis und also keine Chance auf Regierungsposten hatten. Dementsprechend war »schnelle Demokratie« nicht ihr Ziel – sie wollten Zeit gewinnen und derweil von den Runden Tischen des Militärrats an der Macht beteiligt werden.

Mit der zunehmenden Orientierung auf »Demokratie« zerfielen die organisatorischen Ansätze der Bewegung. Die in den Tagen der Revolte gegründeten Stadtteilkomitees lösten sich auf oder übernahmen staatliche Aufgaben wie die Verteilung von subventioniertem Propangas. Nach der Liberalisierung der Medien übernahmen die führenden Großunternehmer die Massenkommunikation und schafften es damit auch, gut ausgebildete und engagierte Leute aus der Opposition an sich zu binden. Daneben traten von Großunternehmern abhängige Parteien nun als Form der Massenorganisation auf.

Die Parlamentswahlen um die Jahreswende 2011/12 gewann die Freedom and Justice Party (FJP) der Muslimbruderschaft mit weniger als vier Millionen Stimmen (bei 13 Mio. Wahlberechtigten und 80 Mio. Einwohnern!) und bildete mit den anderen islamistischen Parteien die Mehrheit. Im Sommer 2012 gewann ihr Kandidat Mursi die Präsidentschaftswahlen.

Zweite Phase: soziale Konflikte und identitäre Politik

Die Unternehmerelite hat die politische Machtübernahme durch die FJP und die Präsidentschaft Mursis nicht gewollt, sich aber zunächst damit arrangiert. Voraussetzung war, dass die Muslimbruderschaft es schafft, die Protestbewegung zu kanalisieren und zu kontrollieren. In den ersten Monaten konnte sie tatsächlich viele Hoffnungen wecken, weniger unter Arbeitern, aber in weiten Teilen der »Mittel-« und »Unterschichten«, die große Erwartungen auf Investitionen »islamischer« Geldgeber aus der Türkei und den Golfstaaten anstelle des verhassten IWF setzten. Tausende von befristeten Stellen im öffentlichen Dienst wurden in unbefristete umgewandelt. Zudem versuchte die Regierung, unter Verweis auf den im Wahlergebnis manifestierten »Volkswillen«, in den staatlichen Institutionen einige Vertreter des alten Regimes auszuschalten und in diesem Sinne einen Demokratisierungsprozess einzuleiten. Aber schon nach kurzer Zeit scheiterte sie an zwei Fronten.

Die Proteste auf der Straße und in den Betrieben gingen weiter. Das islamische Modell brach zusammen, weil die Menschen nicht bereit waren, einen Ausverkauf und schlechte Arbeitsbedingungen hinzunehmen, nur weil die Investoren »islamisch« waren. Alle Versuche, die von den internationalen Kreditgebern geforderten Reformen umzusetzen – z. B. bei der Subventionierung von Energie und Grundnahrungsmitteln – trafen sofort auf wütende Proteste auf der Straße. Ohne die daraufhin versiegenden Gelder war die Regierung immer weniger in der Lage, die noch bestehenden Industrien am Laufen und die Inflation unter Kontrolle zu halten; ein baldiger Staatsbankrott schien immer wahrscheinlicher.

Zweitens konnte sie sich nicht gegen die Vertreter des alten Regimes durchsetzen, die auch weiterhin die Schaltstellen der staatlichen Macht innehatten. Immer wieder verkündete die Regierung die Verfolgung von Korruption – praktisch unternahm sie wenig bis nichts; fast alle Verfahren wurden von den Gerichten eingestellt. Sie verkündete die Verfolgung der Verbrechen des Repressionsapparates – war aber hilflos, als nur einige untere Polizei- und Militärränge verurteilt wurden. Der »stille Putsch« vom Sommer 2012, als das Oberste Verfassungsgericht das Parlament auflöste, ließ fast alle legislativen und exekutiven Befugnisse bis auf Weiteres beim Militärrat – der Präsident stand ohne institutionelle Macht da.

Je mehr die Regierung sich von der Bewegung entfernte, desto schwächer wurde ihre Position gegenüber den Vertretern des Regimes in Justiz und Verwaltung. In dieser Klemme versuchte die Bruderschaft, sich durch die propagandistische Hervorhebung der religiösen Identität Rückhalt zu verschaffen – und setzte damit einen Prozess in Gang, der es Teilen der liberalen Opposition ermöglichte, ein Bündnis mit der gesellschaftlichen Elite und dem Militär einzugehen. Daraus entstand die im

[3] Bezeichnenderweise spaltete sich der als links geltende Flügel der Muslimbruderschaft frühzeitig ab, nachdem sein prominentester Vertreter Aboul Fotouh Mitte Juni 2011 wegen seiner Bereitschaft zur Kandidatur für das Präsidentenamt ausgeschlossen worden war; er gründete die Partei *Starkes Ägypten*.

November 2012 gegründete *National Salvation Front* (NSF).[4]

Seit Ende November 2012 wurde um eine neue Verfassung gerungen, vordergründig ging es um letztlich zweitrangige Formulierungen bezüglich des »islamischen Charakters« des Staates und um die Befugnisse des Präsidenten. Dieser oberflächliche Machtkampf zwischen »rückwärtsgewandten Islamisten« und »aufgeklärten Liberalen« verdeckte die gesellschaftlichen Widersprüche und die realen Machtverhältnisse. Dass die FJP in den Institutionen einige Mubarak-Leute durch eigene Kader ersetzte und Mursi mit Präsidialerlassen dem Militärrat Paroli zu bieten versuchte, wurde als Beginn einer »islamistischen Diktatur« gedeutet. Dass die Muslimbruderschaft eine unwillige Verwaltung durch den Rückgriff auf eigene Strukturen zu umgehen versuchte, als neuer Klientelismus. Als sie in Fragen der öffentlichen Ordnung schließlich Bündnisse mit ehemaligen militanten Gruppierungen wie der Gama'a al Islamiyya einging, goss sie noch mehr Öl ins Feuer.

In den ersten anderthalb Jahren nach dem Januar-Aufstand waren alle gegen die Revolte gerichteten Kräfte selbstverständlich (manchmal auch vereinfachend) als Handlanger des Systems betrachtet worden. Angriffe auf Demos oder Tote im Fußballstadion – immer war sofort klar, dass das Militär oder die Oligarchen dahinter stehen. Mittlerweile wird die zunehmende Gewalt und Brutalisierung des Alltags entweder als allgemeine Barbarisierung wahrgenommen oder dem politischen Gegner zugeordnet. Es wird nicht mehr die Frage gestellt, inwieweit Gewalt auch Ausdruck der sozialen Widersprüche ist. Wo kommen die Schläger her, die Demos angreifen? Ist es der politische Gegner, sind es Geschäftsleute, die sie anheuern, oder die Staatssicherheit? Wer organisiert die seit einem Jahr stark zunehmenden massenhaften Übergriffe auf Frauen bei Kundgebungen? Das Militär hat mit seinen »Jungfräulichkeitstests« 2011 Angriffe auf Frauen quasi offiziell als Strategie gegen die Rebellion eingesetzt. Setzt es nach der öffentlichen Empörung diese Strategie in anderer Form fort? Sind es »Islamisten« (obwohl berichtet wird, dass gerade auch verschleierte Frauen Ziel von Vergewaltigungen wurden)? Oder eskaliert die »normale« patriarchale Gewalt in der Gesellschaft?

In der Selbst- und Fremdwahrnehmung geht es nicht mehr um einen Kampf »unten gegen oben«, sondern um Identitäten. Die Aufständischen in Port Said Anfang 2013 sahen sich als »vernachlässigte Port Saidis«, die sich gegen die Vernachlässigung durch »die arrogante Kairoer Elite« wehrten. Der staatliche Repressionsapparat nahm sich nicht nur hier geschickt aus der Schusslinie und beschränkte sich auf die Sicherung der staatlichen Gebäude. Diese demonstrative Abwesenheit der Polizei hatte im Dezember 2012 die landesweite Zerstörung der FJP-Büros ermöglicht, bei deren Verteidigung zahlreiche Muslimbrüder getötet wurden.[5]

Recyclingarbeiterin in Peking

民工

Trotz dieser Eskalation im politischen Raum entwickelten sich in der ersten Jahreshälfte 2013 verstärkt soziale Kämpfe. In einer stetig anschwellenden Streikwelle gab es zwei Tendenzen: einerseits Kämpfe um »Partikularinteressen« verschiedener Beschäftigtengruppen, andererseits aber auch zaghafte Versuche zur Koordinierung der Kämpfe in den Betrieben. Es gab einen landesweiten Streik bei der Elektrizitätsgesellschaft und eine Streikwelle an den Flughäfen. Arbeiter aus Port Said unterstützten den Streik in einer Zementfabrik in Alexandria, nachdem die Polizei diesen angegriffen hatte. Denn immer massiver gingen Polizei und Militär gegen diese Kämpfe vor. Immer mehr Unternehmer zogen angesichts der Unsicherheit und der Streiks ihr Geld aus dem Land ab. Schließlich reagierte ein Teil des Staatsapparats mit zunehmender Obstruktion, was zu gravierenden Engpässen bei der Energieversorgung und zu explodierenden Lebensmittelpreisen führte.

Dritte Phase: Der Putsch und danach

Die wachsenden sozialen Probleme wurden von den Herrschenden geschickt allein der Unfähigkeit Mursis und der Muslimbruderschaft zugeschrieben. Die im Mai 2013 unter dem Namen *Tamarod* gestartete Unterschriftenkampagne zur Absetzung Mursi verband eine diffuse Anklage gegen ihn mit aggressiver nationalistischer Rhetorik. Durchschlagskraft entwickelte sie aber erst, als Linke und Liberale sich fast komplett anschlossen – trotz der inhaltlichen Ausrichtung, der Finanzierung durch

[4] Der NSF standen die sozialdemokratischen Nasseristen Sabahi und Mubaraks Ex-Außenminister Amr Mussa vor, sie schloss auch die *6.-April-Jugend* und die *Revolutionären Sozialisten* ein. Wesentliche Integrationsfigur war El Baradai, unter Nasser und Sadat Top-Diplomat und später Generaldirektor der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO).

[5] Am 24.01.2013 präsentierte sich erstmals ein »Black Bloc« als militanter Arm der Bewegung gegen die drohende Diktatur des Islam der Öffentlichkeit. Einige der als Mitglieder Verhafteten entstammten der Ultraszene. Wer aber letztlich dahinterstand und wie ernst zu nehmen der Rückgriff auf die Symbolik einer globalen Protestbewegung ist, lässt sich angesichts des Fehlens eines »libertären Milieus« schwer einschätzen. Mit dem Sturz Mursis hat sich der Black Bloc »offiziell« aufgelöst.

die Oligarchen und der Protegierung durch private und staatliche Massenmedien. Die beiden unabhängigen Gewerkschaftsverbände stellten sogar ihre Infrastruktur zur Verfügung.[6]

Die Demonstrationen am 30. Juni in Kairo gegen Mursi wurden in den Medien zur »größten politischen Manifestation der Menschheitsgeschichte« mit Teilnehmerzahlen von bis zu 35 Millionen aufgeblasen. Das sind allerdings reine Phantasiezahlen. Nach realistischen Schätzungen haben in Kairo maximal 500 000 Menschen gegen Mursi demonstriert; parallel fanden ebenso große Demonstrationen zugunsten Mursis statt. Bereits im Vorfeld hatte der Staatsapparat praktisch grünes Licht gegeben, nun auch die Büros der Muslimbruderschaft zu zerstören, was im Laufe des Juni unter den Augen der Polizei geschah.

Der Putsch des Militärs konnte vor dieser Kulisse als vom »Volk« legitimiert ausgegeben werden, um zumindest einen »Bürgerkrieg« zu verhindern. In erster Linie war es kein Putsch gegen die Muslimbrüder oder den Islam, sondern gegen die sozialen Bewegungen: Die massenhaften Erschießungen bei den Demonstrationen Ende Juli und den Protesten im August, die Scharfschützen gegen DemonstrantInnen, die Massenverhaftungen und die Ermordung von Gefangenen richteten sich als Drohung allgemein gegen »die Straße«. Ein Teil der sich hinter dem Militär aufreihenden Liberalen verhehlte das auch kaum, als er zur unbedingten Ordnung im Land aufrief. Mittlerweile realisieren einige aus der Kampagne, dass man sich beim Spiel mit dem Teufel meist die Finger verbrennt.

Waren die ersten großen Proteste noch von den Muslimbrüdern und der Forderung nach Wiedereinsetzung Mursis dominiert, hat sich das Bild etwas gewandelt. Die Demonstrationen sind angesichts der Repression kleiner geworden. Sie sind eine Zeitlang weitgehend erfolgreich aus der Hauptstadt verbannt worden, aber sie finden übers Land verteilt täglich statt. Die Parolen sind sehr unterschiedlich, es scheint sich auch auf dieser (der »islamistischen«) Seite des politischen Spektrums einiges neu zu sortieren. Es geht kaum noch um die Wiedereinsetzung Mursis, sondern gegen das Militärregime und um eine Verbindung mit sozialen Kämpfen. Sicherlich ist das nicht nur ein taktisches Manöver der Muslimbrüder; es ist überhaupt fraglich, inwieweit diese nach der Zerschlagung ihrer Hierarchie die Proteste noch lenken können. Außerdem beteiligen sich zunehmend Menschen, die nichts mit der Muslimbruderschaft zu tun haben, etwa Ultras. Andere demonstrieren zeitlich parallel gegen das Militär.

Wie verhält sich die »Arbeiterbewegung« in dieser Konstellation? Ein Teil der »linken Gewerkschafter« hat in Gestalt des neuen Arbeitsministers Abu Eita die »Hochzeit« mit dem Militärstaat vollzogen.[7] Dieses Bündnis gründet auf dem unrealistischen Versprechen von »Modernisierung« und Industrialisierung. Dabei ist keine Industrie in der Lage, massenhaft Arbeitskräfte aufzunehmen. Im Gegensatz zu anderen Ländern wie Vietnam ist die Arbeiterklasse in Ägypten überwiegend (klein-)städtisch, und auch wer auf dem Land lebt, hat keine Subsistenzmittel, um Niedrigstlöhne

[6] Sprecher der *Tamarod*-Kampagne war Mahmoud Badr, ein unbekannter junger Journalist, Kampagnenorganisator des Kefaya-Wahlbündnisses 2006 und Vertrauter El Baradais. Institutionell wurde sie von den Organisationen der *National Salvation Front* getragen, finanziert maßgeblich vom Oligarchen Naguib Sawiris.

[7] Abu Eita ist prominenter Mitbegründer der in wilden Streiks geborenen Gewerkschaft der kleinen Verwaltungsangestellten und Symbolfigur der Bewegung für unabhängige Gewerkschaften. Er ist Mitglied der nasseristischen Karama Partei; ironischerweise hat er seinen Parlamentssitz in den Wahlen 2011/12 auf der Liste der FJP gewonnen.

Recyclingarbeiterin in Peking

民工

aufzufangen. Die Modernisierung der Textilindustrie – die sich ohnehin im freien Fall befindet – würde zusätzlich Zehntausende arbeitslos machen. Die Gewerkschafter werden also vor allem die Reste der staatlichen Industrie abzuwickeln und sich um die Ansprüche der Beschäftigten zu kümmern haben. Die Regierung kündigt Massenentlassungen an, die sie aus staatlichen Fonds »sozial abfedern« will. In Zukunft sollen (friedliche) Streiks erlaubt werden, aber nur da, wo es nicht weh tut. Gleichzeitig setzt sie auf populistische Zugeständnisse gegenüber dem öffentlichen Dienst, für den sie einen Mindestlohn verkündet hat. Hier wird die Zwiespältigkeit des Mindestlohns deutlich, für den die Linke jahrelang agitiert hat. Er gilt nur für Staatsbedienstete, nicht für Beschäftigte im Privatsektor. Seine Höhe geht auf eine alte Forderung zurück, die viel zu niedrig ist, insbesondere für die zahlreichen Teilzeitbeschäftigten. Er orientiert sich explizit am »Einkommen« und nicht am Arbeitslohn, d. h. er bezieht alle möglichen Prämien und sozialen Leistungen mit ein, die 70-80 Prozent des Einkommens ausmachen. Dadurch wird er für viele zu einer Senkung des Einkommens führen.

Alle Regierungen seit 2011 haben die in der Bevölkerung verbreitete Hoffnung bedient, der Staat werde das Problem der Arbeitslosigkeit lindern und eine Grundsicherung bereitstellen. Die Löhne im öffentlichen Dienst haben sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt und die Zahl der Beschäftigten ist deutlich angestiegen (wenn auch vielfach befristet und in der Zahl langsamer als die Bevölkerungszunahme). Eine weitere Ausdehnung der großteils ineffizienten öffentlichen Verwaltung stößt an finanzielle Grenzen.

Es wird eine Zeit dauern, bis bei allen Bevölkerungsschichten angekommen ist, worin das Programm der Regierung tatsächlich besteht und welch geringen Spielraum sie hat. Kurzfristig helfen ihr die Dollar-Milliarden der Golfstaaten, Zeit zu gewinnen. Diese werden aber das Problem nur verschieben und sogar verschärfen, denn es sind keine Geschenke, sondern Darlehen, deren Bedingungen nicht bekannt gemacht werden.

Das Regime bereitet sich auf Unruhen vor; alle Institutionen des Mubarak'schen Polizeistaates sind wieder in Kraft gesetzt worden. Eine zukünftige Regierung wird auch nach der Aufhebung des Ausnahmezustands kaum Einfluss haben.

Es ist sehr wichtig, dass es die Bewegung gegen den Putsch (entgegen der Propaganda) trotz aller Repression geschafft hat, mit ihrer monatelangen täglichen Präsenz der Militärherrschaft ihre zweifelhafte Legitimation zu entreißen: Wurde im Sommer unter Linken noch viel über Wortschöpfungen wie »coup-volution« oder »revocoup« gegrübelt, so ist heute klar, dass es diese imaginierte Einheit von »Volkswillen« und Militärherrschaft oder eine in gnadenloser Selbstüberschätzung vorgestellte Unterordnung des Militärs unter »das Volk« nicht gibt. Es gibt auch keinen Spielraum für Reformismus. Alle bisherigen Wege sind verbaut. Ägypten mit seinen mehr als 80 Mio. Einwohnern ist zu groß, um vom globalen Kapital aus politischen Gründen »ausgehalten« zu werden. Andererseits ist es zu bedeutend, um es völlig fallen zu lassen. Daher wird der verschärfte neoliberale Autoritarismus allein durch Demonstrationen nicht zu brechen sein. Dieses Dilemma zeigt sich sowohl im Scheitern des »gemäßigten Islam« als auch im moralischen Bankrott des traditionellen (»linken« oder sozialdemokratischen) Nasserismus als Beteiligtem an einer Militärjunta.

In einer drastischen Krisenzeit und -region steht die Arbeiterklasse vor ungeheuren Aufgaben. Wovon werden die kommenden Arbeiterkämpfe geprägt sein? In ihrem Zentrum wird sicherlich nicht mehr »Mahalla« stehen, auch wenn es dort und in anderen staatlichen Industriebetrieben zu Kämpfen kommen wird. Schließlich: Werden sich die Bewegungen in der Region bewusst zueinander in Beziehung setzen können? Eine wichtige Rolle werden dabei die MigrantInnen spielen. Die für die jüngere Geschichte Ägyptens neue Erfahrung von Massenimmigration kann neue Impulse für den Widerstand geben.

Die MigrantInnen

Die Gesellschaften im arabischen Raum und dem Mittleren Osten sind seit 60 Jahren untrennbar über die Arbeitsmigration mit den wohlhabenden Ölförderstaaten (Persischer Golf und Libyen) und den Handelsmetropolen in der Levante verbunden. Jede Krise und jeder Krieg in dieser Region führte zu gewaltigen Wanderungsbewegungen. Nicht als »Kollateralschaden« außenpolitischer Auseinandersetzungen, sondern als Kern des Krieges der herrschenden Klasse(n) gegen die migrantischen ArbeiterInnen. Der Fortbestand dieser Ordnung hängt an einer feudalistisch anmutenden Spaltung zwischen einer einheimischen Ober- und einer ausländischen Unterschicht.[8]

In der *Wildcat* 92 (»Natural born golfers...«) haben wir im Frühjahr 2012 die Frage gestellt, ob sich in den Bewegungen eine neue politische Klassenzusammensetzung herausbildet, die diese Spaltungen überwinden kann. Ansatzpunkte dafür sahen wir in den massenhaften Streiks von Wanderarbeitern auf Baustellen, vereinzelten Streiks in den neuen Industriezonen und den Kämpfen für Staatsbürgerrechte der dauerhaft in den Golfstaaten lebenden Einwanderer.

[8] Zu den MigrantInnen im Golfkrieg siehe ausführlich: Ferruccio Gambino, *Migranten im Sturm. Entrechtete Arbeiter und Petrodollars am Persischen Golf*, in: *Midnight Oil. Arbeit, Energie, Krieg. MigrantInnen in den Ölregionen, Klassenzusammensetzung und der zweite Golfkrieg*, Berlin 1992 (TheKla 17), zu beziehen über www.wildcat-www.de

Die unterschiedlichen Konzepte des Gegenangriffs auf eine solche mögliche Klassenneuzusammensetzung verkörperten bisher Katar auf der einen und Saudi-Arabien, Kuwait und die Emirate auf der anderen Seite.

Katar ist ein immens reicher Kleinstaat, der sich vor inneren Unruhen relativ sicher fühlt. Im Verbund mit der Türkei forcierte Katar 2011 die Militarisierung des Aufstands in Libyen, um unter dem Banner der »Demokratie« eine neue »nationale« Elite an die Macht zu bringen und dem Potenzial des Aufbegehrens die Spitze zu brechen. Dieser Versuch ist nacheinander in allen Ländern von Libyen über Ägypten bis Syrien aus unterschiedlichen Gründen gescheitert. In der Folge davon musste der Emir von Katar Ende Juni zurücktreten; ebenfalls Ende Juni verlor die syrische Muslimbruderschaft an Boden, als Ghassan Hittos als Führer der Interimsregierung der Syrischen Nationalen Koalition durch den saudischen Statthalter Ahmed Assi Dscharba ersetzt wurde, und Mursi wurde durch das von Saudi-Arabien unterstützte Militär weggeputscht.

Saudi-Arabien als bevölkerungsreichstes und – auf die Einwohnerzahl umgerechnet – ärmstes Land des Persischen Golfs hat in den letzten Jahren mit wachsenden Unruhen migrantischer und zunehmend auch einheimischer ArbeiterInnen zu tun. Auch Saudi-Arabien hat massiv in die Aufstandsbewegungen eingegriffen – ausschließlich mit den Mitteln von Repression und Krieg. Das Schüren religiöser Feindschaften ist wesentlicher Bestandteil der saudischen Politik, sowohl nach außen gegen den »schiitischen Halbmond« vom Iran bis zum Libanon, als auch nach innen gegen die »fünfte Kolonne Irans« in der schiitischen Unruheprovinz im Osten Asch-Scharqiyya. Saudi-Arabien walzte die Proteste in Bahrain mit Panzern nieder und baute vom Irak bis nach Syrien reaktionärste Milizen auf, deren einziges Ziel es ist, konfessionelle Spaltungen zu erzeugen und die Länder in jahrelange Bürgerkriege zu verwickeln. So legt Saudi-Arabien einen *Cordon Malaise* um sich – Sicherheit durch Zerstörung.[9]

Es folgten eine weitere Eskalation des heißen Kriegs in Syrien und im Irak und eine verschärfte Repression nach innen gegen die politische Opposition und die Kämpfe der MigrantInnen.

Das hatte auch unmittelbar Folgen für die ägyptischen Migranten. Seit den 70er Jahren bildet Ägypten ein wichtiges Arbeitskräftereservoir für die Region; 2009 arbeiteten schätzungsweise 4,5 Mio. Ägypter im Ausland, davon 2 Mio. in Libyen und 1,3 Mio. in Saudi-Arabien, der Rest in Kuwait und Jordanien. Während des libyschen Bürgerkrieges flohen 150 000 Ägypter zurück in ihr Heimatland. In Saudi-Arabien wurde ihnen immer wieder mit kollektiver Ausweisung gedroht – gerade in Zeiten, als die Revolte in der Heimat zu gestiegenem Selbstbewusstsein der Emigranten führte und es eine Reihe von Streiks ägyptischer Arbeiter in Saudi-Arabien gab. Seit dem Putsch wurden nun 300 000 ägyptische Arbeiter aus dem Land geworfen – weitere 700 000 sollen in den nächsten Monaten folgen. Die Rücküberweisungen der Wanderarbeiter sind auf ein Sechstel des Stands von 2010 gefallen. In Jordanien, dem Hauptziel unqualifizierter Landarbeiter, wurden die ägyptischen MigrantInnen durch erschwerte Visabedingungen in einen irregulären Status gedrückt und müssen auf dem Arbeitsmarkt nun mit tausenden syrischen Flüchtlingen konkurrieren.

Ägypten selbst wurde zudem Ziel- oder Transitland für viele Flüchtlinge aus Libyen, dem Irak, Sudan, Somalia, Eritrea, Äthiopien usw. Inzwischen leben ca. 300 000 syrische Flüchtlinge in Ägypten. Die neue Militärregierung schürt massiv Feindseligkeiten gegen Flüchtlinge und versucht, ihre Einreise zu verhindern, bzw. weist sie aus.

Migrantenunruhen in Saudi-Arabien

Die jüngste Zuspitzung des Kriegs gegen die MigrantInnen in Saudi-Arabien lässt wenig Raum für Optimismus: Der massiven Gewalt haben die angegriffenen Menschen wenig entgegenzusetzen. Dennoch denken wir, dass sich Tendenzen zur Überwindung des Status quo andeuten:

1) Die Erfahrungen der Migranten gleichen sich immer mehr an; es gibt immer weniger Sonderbedingungen einzelner Gruppen wie etwa Araber, Muslime o. ä.; Kämpfe richten sich oft gegen ihre eigenen Regierungen, auch in den Herkunftsländern selber.

2) Viele WanderarbeiterInnen lassen sich nicht mehr pauschal einschüchtern und konnten im Gegenteil in vielen Bereichen just während der Repressionswelle Lohnerhöhungen durchsetzen, sei es durch kollektive Streiks oder individuell.

3) Die Regierung muss die unteren Schichten der eigenen Bevölkerung angreifen und disziplinieren. Bislang ist es ihr kaum gelungen, die saudische Jugend zum Arbeiten zu bewegen, schon gar nicht zu den Bedingungen der Wanderarbeiter. Erstmals wird jetzt der Notstand außerhalb eines offenen Kriegs eingeübt.

Ende März ist ein neues Arbeitsgesetz in Kraft getreten, das saudische Staatsbürger in Jobs bringen soll, die bislang ausländische ArbeiterInnen gemacht haben. Fast 90 Prozent der Arbeiter in der Privatindustrie sind MigrantInnen, während im öffentlichen Sektor 90 Prozent Saudis arbeiten. Das Programm schreibt den Unternehmen eine Quote saudischer Beschäftigter vor, bei Nichteinhaltung

[9] *Cordon Sanitaire* war ursprünglich ein Begriff der Gesundheitspolizei: Anlegung eines Isolationsgebietes um einen Seuchenherd. Später wurde damit die Schaffung von abhängigen Pufferstaaten zwischen Machtzentren bezeichnet. Mit »Malaise« soll der rein destruktive Charakter der saudischen Politik unterstrichen werden.

drohen hohe Geldbußen. Zur Durchsetzung erhielt die Arbeitsbehörde weitgehende polizeiliche Befugnisse, sie kann Straßensperren errichten und Razzien durchführen. Die Regierung hatte das Gesetz durch verschärfte Repression gegen illegal Eingereiste vorbereitet – z. T. Menschen, die seit Jahren im Land leben oder auch dort geboren sind. Sie kommen vielfach aus dem Jemen oder aus Ostafrika, viele Illegale sind aber auch von ihrem Bürgen geflohen und haben sich schwarz andere Arbeit gesucht. Bereits im Jahr 2012 sind offiziell ca. 800 000 Illegale deportiert worden, 200 000 in den ersten drei Monaten 2013, Anfang April nochmal ca. 30 000. Trotzdem scheiterte das Gesetz zunächst am Widerstand der MigrantInnen und wurde verschoben. Am 4. November 2013 lief nun die letzte Frist für die WanderarbeiterInnen aus.

Widerstand

Das Gros der ImmigrantInnen ist strikt an ihren Arbeitgeber (den sogenannten Bürgen) gebunden, der für sie das Visum beantragt und oft ihren Pass einbehält. Durch die Quote und das Verbot des Arbeitsplatzwechsels wurden viele reguläre ArbeiterInnen zu »illegalen«. »Legalisieren« können sie sich nur mithilfe ihres Chefs. Manche Unternehmen konnten aufgrund der Quote keine neuen Papiere besorgen, viele wollten es auch nicht, zwangen die Arbeiter in die Schwarzarbeit und Illegalität – und zahlten in Erwartung ihrer Abschiebung monatelang keinen Lohn aus.

Die Verfolgungswelle hatte drastische ökonomische Auswirkungen: Geschäfte mussten schließen, im Hafen von Dschidda erschienen nur noch 200 von normal 1000 Hafenarbeitern, Schulen schlossen u. a. m.

Gleichzeitig gingen zehntausende von MigrantInnen nach Dschidda und Riad, um von ihren Botschaften Papiere und Geld für die Heimfahrt zu fordern. Tausende campierten öffentlich vor den Botschaften, so etwa über 2000 Philippinos. Es kam zu ersten Protestdemos. Mitte Mai stürmten 2000 Ägypter ihre Botschaft. Außerdem gab es Proteste in den Heimatländern: Im Jemen wurde wochenlang die saudische Botschaft belagert, auf den Philippinen gab es ein Protestcamp vor dem Auswärtigen Amt, in Ägypten Demos gegen die saudische Botschaft.

Deshalb wurde die Umsetzung des Gesetzes auf November verschoben. In der Zwischenzeit konnten sich annähernd vier Millionen ArbeiterInnen »legalisieren«, ca. eine Million verließ das Land.

Nach dem 4. November wurden innerhalb weniger Tage allein in Mekka 20 000 Menschen verhaftet; für das ganze Land ist keine Zahl bekannt. Straßensperren wurden errichtet, Betriebe durchsucht, ganze Stadtviertel eingekreist – vor allem die Slums, in denen viele afrikanische MigrantInnen leben. Die Folgen waren vorhersehbar und glichen denen im Frühjahr: Die Hälfte aller Baufirmen musste die Arbeit einstellen, der LKW-Transport brach zusammen, teilweise war die Lebensmittelversorgung gefährdet, grundlegende öffentliche Dienstleistungen wie Müll- und Abwasserentsorgung, Schulbetrieb u. a. kollabierten.

Der Widerstand der Migranten gewann eine neue Qualität. Im April hatten vor allem die Botschaften der Heimatländer im Fokus gestanden, nun wurden auch Streiks gegen die saudischen Unternehmer organisiert. In Mekka und Dschidda streikten tagelang tausende von ArbeiterInnen von Müllabfuhr und Krankenhausreinigung und lieferten sich Auseinandersetzungen mit der Polizei. Auf einer Flughafenbaustelle streikten 400 ausländische Techniker und Ingenieure; im Verlauf des Streiks wurden Autos zerstört und Büros angegriffen.

In verschiedenen Städten gab es Riots, bis zu 50 Menschen starben und hunderte wurden verhaftet. Auslöser war der Generalangriff auf Menschen aus Afrika, der zum Teil von der Polizei ausgeführt wurde, zum Teil aber auch von saudischen und (nach einigen Berichten) von pakistanischen Jugendlichen, die Jagd auf dunkelhäutige Menschen machten, um sie der Polizei auszuliefern. Darin liegt vielleicht auch der tiefere Sinn, warum der Staat gerade so vorgeht. Vorbereitet hatte er die Pogrome mit öffentlicher Bestrafung ausländischer »Unruhestifter«, Hinrichtung von »Hexen« und absurden Maßnahmen wie einem »Homosexualitäts-Check« für einreisende Arbeitsmigranten.

Das offizielle Ziel, die vollständige »Saudisierung« des Arbeitsmarkts, ist unrealistisch. Für viele Stellen gibt es keine qualifizierten einheimischen Arbeitskräfte. Vor allem aber muss die Erwartungshaltung einer Generation grundlegend zerstört werden, die es als selbstverständlich erachtet, keine manuelle Arbeit zu verrichten und die komplette soziale Absicherung vom Staat zu bekommen. Deshalb lenkt der saudische Staat die zunehmende Unruhe in der eigenen Bevölkerung auf die »Fremden«, kriminalisiert diese und liefert sie der Willkür der Unternehmer und eines gelenkten Mobs aus.

Aber erst die Proletarisierung der Saudis könnte das Problem der Herrschenden längerfristig lösen. Dies ist aber schwer zu bewerkstelligen ohne tiefgehende Staatskrise und den kompletten Legitimationsverlust des Königshauses. Wenn der Dominostein Saudi-Arabien über seine »Migrantenfrage« fällt, wäre endlich die Perspektive für die Bewegungen im Mittleren Osten offen. ■

Schon immer bestand Geheimdienstarbeit im Sammeln und Auswerten von abgehörten Informationen. Durch politische Weichenstellungen (Kampf gegen den »islamistischen Terrorismus«) und bessere technische Möglichkeiten konnten sie aber in den letzten zwei Jahrzehnten diese Überwachung auf *alle* Menschen ausdehnen. Die Enthüllungen Snowdens zeigen ein eng geknüpftes System der Überwachung, im Zentrum steht die Hegemonialmacht USA. Die Trennung zwischen den Zuständigkeiten der Geheimdienste war nie wirklich scharf, sie wurde im Zuge dessen fast komplett aufgegeben. Die NSA baut in Arbeitsteilung mit ihren »Partnerdiensten« an einer weltweiten Bewegungs-, Interessen- und Bekanntschaftsdatenbank zur Überwachung der gesamten Kommunikation. Haben wir das alles schon gewusst? Nein. Das Ausmaß der Überwachung, der Umfang, in dem die Daten automatisiert vorverarbeitet werden, und die Tiefe der Zusammenarbeit über Dienst- und Staatsgrenzen hinweg hauen einen vom Hocker. Wir müssen uns mit dem Thema auseinandersetzen und gemeinsam über Gegenmaßnahmen nachdenken.

A small leak will sink a great ship

Aufrüstung und Veränderung der Staatlichkeit

Der NSU-Skandal war noch nicht vorbei, da standen »die Dienste« der BRD nach den Snowden-*Leaks* zum zweiten Mal mit runtergelassenen Hosen da. Trotzdem sind sie bisher unangetastet – wenn nicht sogar gestärkt – durch die Skandale gekommen. Die Große Koalition will die Rechte des Sicherheitsapparats weiter ausweiten, etwa durch Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung. In den USA wird das, was die Dienste bisher »illegal« gemacht haben, einfach legalisiert; Obama hat sogar das Rücktrittsgesuch des NSA-Chefs Alexander abgelehnt.

National Security Agency; größter Auslandsgeheimdienst der USA.

Noch am meisten getroffen sind die EU-Regierungen – es wurde klar, wie weit sie ihre »Souveränität« aufgegeben haben und dass sie selbst bei der Überwachung mitmachen. Ähnliches gilt etwa für Brasilien. Deshalb versuchen vor allem die BRD und Brasilien, sich in der UN als Gegenkräfte der NSA-Überwachung zu präsentieren. Sie setzen auf »nationale« Lösungen, die Überwachungsmöglichkeiten auszuweiten und die Monopole z. B. der *Telekom* zu zementieren – keine besonders glaubwürdige Position.

»Was muss eine Regierung tun? Sie muss selbstverständlich allem, was die natürliche Mechanik sowohl des Verhaltens als auch der Produktion ist, einen Platz einräumen. Sie muss diesen Mechanismen Raum gewähren und darf auf sie in keiner Weise Einfluss ausüben – zumindest in erster Instanz – als durch Überwachung. Und nur dann, wenn die Regierung, die zunächst auf ihre Funktion der Überwachung beschränkt ist, feststellt, dass etwas nicht so geschieht, wie es geschehen sollte, hat sie einzugreifen.« Foucault, *Die Geburt der Biopolitik.*

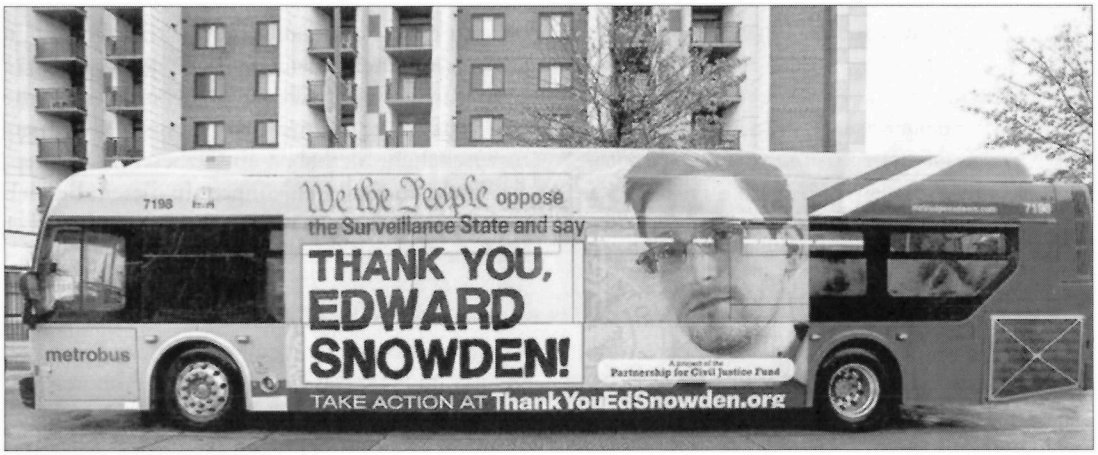
Foucault sah in der Überwachung die Kernfunktion des bürgerlichen Staates. Bürokratie, Polizei und Geheimdienste haben immer versucht, die Gesellschaft umfassend zu überwachen, und waren dabei oft Technologie-Pioniere. Bereits die Nazis haben die Erfassung der Gesellschaft auf maschinell auswertbaren Lochkarten systematisch für die Verfolgung ihrer Gegner und die Massenvernichtung benutzt.

Die US-amerikanischen Geheimdienste haben historisch grob drei Phasen durchlaufen: Kolonialismus, Kalter Krieg, *war on terror*. Sie haben ihre Wurzeln im Bürgerkrieg, konsolidierten sich Ende des 19. / Anfang des 20. Jahrhunderts zur Absicherung der Kolonialherrschaft über die Philippinen, Puerto Rico und Guam. Mit dem Ersten Weltkrieg wurde der Überwachungsapparat nach innen ausgerichtet. Im Zweiten Weltkrieg und vor allem danach wieder stärker nach außen. Im Kalten Krieg gab es einen erneuten Höhepunkt der Überwachung nach außen *und* innen. Seit Mitte der 90er Jahre wurden die »Dienste« ausgeweitet, was mit dem 11. September 2001 stark Fahrt aufnahm. Nun ging es vor allem gegen »unkontrollierbare« Elemente im Inneren (»Parallelgesellschaften«) und Bedrohungen von außen (»Islamismus«, »unkontrollierte Zuwanderung«). Nach außen erhöhte sich die Zahl militärischer Interventionen und offener Kriege. Nach innen wurden polizeiliche Maßnahmen erweitert und Teile der Polizei militarisiert.

Dabei stieß man durchaus auf Widerstand. In den USA scheiterte das *Total-Information-Awareness*-Programm zur Massenüberwachung aller Menschen 2003 am Widerstand ebendieser – und wurde fortan im Geheimen in verschiedenen Projekten unter der Aufsicht des NSA durchgeführt. Mit der globalen Krise verschoben sich die Gewichte stärker nach innen. Auch in bisher relativ »stabilen« Staaten wuchs nun die Angst vor Aufständen und »Unruhen«. Der britische Premierminister dachte 2008 über den Einsatz des Militärs nach. Die NSA rechtfertigte 2013 ihre Datenerhebung neben dem immer vorhandenen Hinweis auf den Terrorismus damit, sie hätten die Riots im Sommer in Brasilien vorhersagen können...

Zurzeit verändern die Staaten ihre Strategie. Bisher war die Überwachung überall spürbar, hatte aber für die meisten Menschen keine direkten Auswirkungen. Jetzt wird demonstrativ gezeigt, wie wirksam, ja wie tödlich sie sein kann.

Nach außen sprechen die unzähligen gezielten



Kleine Ursachen, große Wirkungen

Tötungen und Drohneneinsätze in den Kriegsgebieten von Lateinamerika bis Pakistan eine klare Sprache. Auch die EU lässt an ihren Außengrenzen jedes Jahr zur Abschreckung Tausende sterben, die verweigerte Seenotrettung vor Lampedusa ist mittlerweile belegt.

Auch im Inneren werden brutalere Mittel eingesetzt, z. B. die Abschreckungsjustiz nach den Londoner Riots oder die Zunahme gewalttätiger Einsätze von Polizei und SEK in der BRD. Zufällige Opfer gehören zum Kalkül, es soll klar werden, dass es jeden treffen kann.

Der Rechtsstaat hat kafkaeske Züge. In den USA werden polizeiliche und gerichtliche Anordnungen mit einer Schweigeverpflichtung versendet, so dass der Empfänger über ihren Erhalt nicht reden darf; die 9/11-Verdächtigen dürfen vor Gericht nicht erwähnen, dass sie gefoltert wurden, weil die Folter der Geheimhaltung unterliegt. Zum Kafkaesken trägt bei, dass parallel dazu Polizei- und Militäraufgaben privatisiert sowie Staatsaufgaben dezentralisiert werden; viele Staaten wurden in Unterorganisationen zergliedert, die in Zusammenarbeit, aber auch in Konkurrenz zueinander versuchen, die Gesellschaft zu kontrollieren und das System am Implodieren zu hindern.

Zentrum USA

Die NSA hat auch mit solchen inoffiziellen Strukturen Verträge geschlossen, ohne die jeweiligen Regierungen zu informieren. Nach den Snowden-*Leaks* mussten die USA Geheimdienste in 35 Ländern auffordern, ihre Regierungen über diese Kooperationen zu informieren, bevor diese es aus der Presse erfahren.

Die Hegemonialmacht USA sitzt im Zentrum dieser Massenüberwachung. Sie wirkt erstmal übermächtig, bei genauerem Hinsehen erkennt man aber ihren instabilen Zustand. Die USA sind nicht mehr in der Lage, Kriege zu gewinnen; im Inneren blockieren sich zuweilen Parlament und Bürokratie bis zur Funktionsunfähigkeit (das Desaster um »Obamacare«, der Regierungs-*Shutdown*, der nicht erfolgte Militäreinsatz in Syrien…); dazu kommt die angespannte soziale Lage und eine Jugendarbeitslosigkeit von etwa 20 Prozent. Obama setzt Bushs Strategie fort, diese Situation durch Aufrüstung unter Kontrolle zu halten. Er modernisiert verstärkt die Repressions- und Überwachungs-Strukturen: Verkleinerung der Infanterie, bessere Verzahnung der verschiedenen Truppenteile, Ausbau automatisierter Techniken und der weltweiten Überwachung.

Eines dieser Projekte ist das neue riesige Datencenter des NSA in Utah. Aktuell arbeiten 11 000 Bauarbeiter, Techniker, Entwickler und Ingenieure an seiner Fertigstellung – die sich allerdings immer weiter verzögert. Alleine die unzuverlässige Stromversorgung hat bereits Technik im Wert von einer Million Dollar zerstört. Die genauen Ausmaße sind geheim, aber das Zentrum soll darauf ausgelegt sein, viele Petabyte am Tag zu bearbeiten und es wird von einer Gesamtspeicherkapazität gesprochen, die umgerechnet für jeden Menschen auf der Welt 140 Terabyte Speicher vorhält. Mit insgesamt sechs solcher Datencenter will sich die NSA in die Lage versetzen, mit dem Wachstum des Netzes bis 2020 Schritt zu halten.

Seit 2007 laufen über 97 Prozent der gesamten Telekommunikation über das Internet. 2012 betrug der globale Datenfluss im Internet schätzungsweise 32 223 Petabyte. »Soziale Medien« machten ungefähr 20-30 Prozent davon aus. Um es einmal in Nachrichten zu sagen: 2011 wurden 200 Millionen Nachrichten pro Tag über *Twitter* geschickt, pro

Solche Zahlen sind mit Vorsicht zu genießen. Wenn man den aktuellen Angaben über den geplanten Stromverbrauch glaubt, kommt man auf eine Größe von 1,4 GB pro Mensch.

1 Petabyte = 1000 Terabyte;
1 Terabyte = 1000 Gigabyte

Das Ausmaß der Überwachung

Bei der Überwachung geht es nicht nur um die elektronischen Kommunikationswege (Internet, Email, SMS, Handy, Telefon), sondern auch um »Verbindungsdaten« der klassischen Briefe und v.a. um internationale Geldströme (*PayPal*, *Visa* und *MasterCard* laufen über amerikanische Server; europäische internationale Überweisungen werden an die USA übergeben).

Strategisch und langfristig werden vor allem *Metadaten* ausgewertet und gespeichert. *Metadaten* sind im Fall einer Email: Absender, Empfänger, Betreff, Sende- und Ankunftszeit, Sende- und Ankunftsort (=IP-Adresse), Weg, den die Mail nahm, Länge und Typ der Mail. Aber auch ein Foto hat Metadaten, in der Datei sind verschiedene Informationen eingebunden: Modell der Kamera, Zeitpunkt des Fotos, Ort des Fotos usw. Die Bewegungsdaten aller Menschen mit Mobiltelefonen sind ohnehin leicht verfügbar, hinzu kommen Flugdaten, Fahrkartenkauf und Benzinkauf via Kreditkarte, Mautsysteme, dein Surfverhalten usw. Daraus ergibt sich bereits ein recht komplettes Bild.

Die Dienste haben sich außerdem Zugriff auf die aufbereiteten Daten der großen IT-Unternehmen wie *Google*, *Facebook* usw. verschafft. Diese Firmen speichern viel mehr Daten, als für die angebotenen Dienste notwendig sind, weil die Verwertung der Daten Teil ihres Geschäftsmodells ist. So haben sie in den letzten Jahren soziale Graphen ihrer NutzerInnen aufgebaut und an Möglichkeiten gearbeitet, auch mitzubekommen, was diese im Internet lesen, wenn sie nicht eingeloggt sind.

Die meisten in den USA tätigen Unternehmen haben der NSA auf die eine oder andere Art Zugang zu ihren Daten gewährt und damit ein Zusatzgeschäft gemacht. Manche haben sich abgesichert und zusätzlich auch einen Gerichtsbeschluss für die Einrichtung der notwendigen Schnittstellen gefordert. Für viele Komponenten der Kommunikationsinfrastruktur sind Überwachungs-Schnittstellen verpflichtend, die den Behörden direkten Zugriff auf die Kommunikation geben. Viele Firmen wurden außerdem durch Geschäfte in anderen Bereichen eingebunden: etwa die Partnerschaft von NSA und *Google* im Bereich *Cyber Security*, oder der Serverbetrieb von *Amazon* für das US-Verteidigungsministerium. Wo das immer noch nicht reichte, haben die Dienste zu illegalen Mitteln gegriffen und Netzwerke gehackt – etwa bei der belgischen *Belgacom* – oder »interne« Glasfaserkabel abgehört – etwa bei *Google*.

Minute wurden 168 Millionen Mails verschickt und etwa 700 000 *Google*-Suchen und *Facebook*-Profilupdates durchgeführt.

Ein anderes Zentrum mit 16 000 Angestellten wird gerade in Washington gebaut. Dort sollen die Kameradaten von Spionagedrohnen und -flugzeugen mit denen der Satelliten, Weltraumteleskope und von kommerziellen Diensten wie *Google Earth* zusammengeführt werden. Daneben treiben die USA Systeme voran, um die Aufklärung des Gegners auszuschalten: Sie haben einsatzbereite Drohnen, die Satelliten zerstören können. In diesem Bereich läuft ein Wettrüsten, China verfügt inzwischen über ähnliche Systeme.

»Cyberwar«

»Cyberwar« meint zum einen klassische Spionage, die nun im Netz stattfindet, also das Abhören von wichtigen politischen und wirtschaftlichen Institutionen. Die USA benutzen diese Methoden, um ihre Außen- und Wirtschaftspolitik festzulegen, etwa den Umgang mit dem Iran oder auch die Zinsentscheidungen der *Fed*. Zweitens bedeutet es die Erforschung von Sicherheitslücken in Betriebssystemen und anderer Software, um Zugriff auf bestimmte Rechner zu bekommen, Netzwerke zu infiltrieren, Industrieanlagen lahmzulegen usw. Solche Aktionen haben bisher noch keine großen Schäden angerichtet, sie haben aber ein großes Zerstörungspotential, da mittlerweile sehr viel lebenswichtige Infrastruktur computergesteuert ist. Das bisher spektakulärste Beispiel war der Virus *Stuxnet*, der eine iranische Urananreicherungsanlage zerstört hat. Die USA und Israel hatten ihn entwickelt; Informationen über den Aufbau der Anlage hat wohl der BND geliefert.

Arbeitsteilung

Die »Dienste« gehen arbeitsteilig vor: Die NSA schöpft die Daten der US-IT-Unternehmen ab; der GCHQ hört wegen der günstigen britischen Gesetzgebung die Überseekabel ab; der BND betreibt die ihm übergebenen *Echelon*-Stationen weiter und übergibt andere Daten; dafür erhält er Zugriff auf die Auswertungssoftware. Sicherlich kooperieren die Länder des »Five-Eyes«-Abkommens – das den Austausch geheimdienstlicher Informationen zwischen den USA, GB, Kanada, Australien, Neuseeland regelt – mit Israel, der BRD und Schweden. Die NSA erklärte, sie habe auch Daten von Frankreich, Italien und Spanien bekommen; die von den europäischen Geheimdiensten übergebenen Daten seien Teil eines großen Austauschprogramms. Im Zuge der Affäre um das Merkel-Handy wurde bekannt, dass die BRD seit längerem versucht, einen den »Five Eyes« ähnlichen Vertrag zu bekommen. Darauf verwies unfreiwillig auch Kanzleramtschef Pofalla, als er im Sommer 2013 die NSA-Affäre mit einem Statement der NSA für beendet erklärte: »Die NSA hält sich an alle Abkommen, die *mit der deutschen Bundesregierung, vertreten durch die deutschen Nachrichtendienste* [unsere Hervorhebung], geschlossen wurden, und hat sich auch in der Vergan-

genheit stets daran gehalten.« Einige Kommentatoren sprechen deswegen von einer »Weltregierung der Geheimdienste« (Frank Rieger).

In der Arbeitsteilung mit den USA müssen die anderen Staaten bestimmte Bereiche ihrer Souveränität aufgeben. Sie müssen zulassen, dass die eigene Wirtschaft ausspioniert wird und eben auch große Teile ihrer eigenen vertraulichen Kommunikation, die nicht mit großem Aufwand gesichert sind. Auch Erpressung spielt dabei eine Rolle. Die Dienste benutzen die Informationen *auch*, um sich und die Interessen ihres Staates zu schützen – sowohl gegen unliebsame Politiker im eigenen Land wie gegen fremde Regierungen.

Daten sind billig, sie verstehen nicht!

Überwachungs-Hardware ist sehr kostengünstig geworden, jede größere Firma und jeder Staat kann sie sich leisten. Die *Programme* arbeiten schwerpunktmäßig mit den »Metadaten«, also den Bewegungs- und Verbindungsdaten. Diese sind relativ klein und relativ leicht automatisiert zu verarbeiten und auszuwerten. Sie haben eine hohe »Entropie«, sind also ziemlich aussagekräftig. Wenn Personen oder Gruppen ins Blickfeld geraten, geben diese Daten den Diensten oft genügend Auskunft, die Inhalte vergangener Kommunikation müssen gar nicht nachverfolgt werden.

Für das individuelle *Targeting*, also das genaue Verfolgen von aus den Metadaten gefilterten Verdächtigen, sind dann meist andere zuständig, im US-Inland vor allem das FBI. Auch hier wird massiv an der Erweiterung der technischen Möglichkeiten gearbeitet. Das FBI hat in den letzten Jahren immer stärker die Einbruchs-Möglichkeiten auf Endgeräte ausgeweitet. In Handys und (kommerzielle) Betriebssysteme wurden Hintertüren eingebaut, die rechtlichen Möglichkeiten zur Überwachung stark ausgeweitet. Auch in diesem Bereich werden immer öfter private Dienstleister eingesetzt.

Die maschinelle Auswertung der Daten hat Grenzen. Ein Problem ist es, die Aussagekraft von Daten einzuschätzen. Und selbst wenn man einmal entschieden hat, dass eine Information wichtig ist, kann sich das schnell ändern. So hatte die NSA die Email-Adresse eines iranischen Dissidenten identifiziert und mit ihrer Überwachung begonnen. Dieser verlor allerdings die Mailadresse an einen Spammer, der von ihr aus hunderttausende Adressen bombardierte. All diese Adressen und sämtliche Adressen, an die diese wiederum Mails schrieben, wurden daraufhin in den sozialen Graphen des iranischen Dissidentennetzwerkes aufgenommen. Der wurde dadurch unbrauchbar und musste verworfen werden.

Das Proletariat als *Teil* des Überwachungsapparats

Trotz starker Automatisierung und maschineller Vorverarbeitung müssen immer noch Menschen die Daten auswerten und sich daraus ergebende Schritte einleiten. Und je mehr die Datensammlung ausgeweitet wird, desto mehr steigt die notwendige Arbeit an. Hinzu kommen die Entwicklung und Wartung der Hard- und Software. Um die gewaltigen Datenmengen bewältigen zu können, haben die US-Armee und wohl auch die NSA angefangen, sehr vielen Personen Zugriff zu geben. Damit haben sie das klassische Geheimdienstprinzip des »*need to know*« (jeder weiß nur, was er unbedingt wissen muss, und hat nur Zugang zu den Daten, die für seine Aufgabe nötig sind) aufgegeben. Im klassischen Denkschema der Dienste hätte weder ein von einer privaten Firma verliehener Administrator wie Snowden noch ein Analyst der unteren Ebene wie Manning Zugriff auf die Daten haben dürfen, die sie »geleakt« haben.

Die Anzahl der Geheimnisträger wächst exponentiell: Aktuell haben 4,9 Millionen Amerikaner durch ihre Arbeit Zugang zu »geheimen« Dokumenten (*secret*), über eine Million hat Zugang zu *top secret*-Dokumenten, von diesen arbeiten 480 000 wie Snowden für private Firmen. Im Jahr 2010 haben allein im Bereich *Counterterrorism, Homeland Security and Intelligence* 1271 staatliche und 1931 private Firmen an 10 000 Orten in den USA gearbeitet. Der Staat übergibt seit Jahren immer mehr Aufgaben an private Militäranbieter und Zulieferer; auch hier kam es nach dem 11. September 2001 nochmal zu einem sprunghaften Anstieg. Vor zehn Jahren hatte die NSA zehn direkte Vertragspartner, vor drei Jahren waren es schon über 1000. Eine solche Übertragung von Aufgaben an private Unternehmen gibt es in fast allen staatlichen Bereichen. Viele Mitarbeiter wechseln zwischen staatlicher und privater Anstellung hin und her.

Deshalb ist es übrigens für andere Dienste nicht besonders kompliziert, V-Leute anzuwerben. Und das wissen auch alle. Netzwerke dieser Größe können nicht gegen Gegner dichtgemacht werden.

Nach dem Scheitern des TIA-Programms begann der Investment-Arm der CIA, eine Reihe von Startups im Bereich Datenanalyse zu finanzieren, eines davon ist *Palantir*. Im Februar 2011 wurde durch einen von *Anonymous* veröffentlichten internen Mailwechsel der Security-Firma *HBGary* bekannt, dass *HBGary*, die *Bank of America*, *Palantir* und andere planten, die Server von *Wikileaks* zu attackieren und Falschinformationen über Unterstützer von *Wikileaks* zu verbreiten. Die Startups funktionieren als Schnittstelle zwischen Unternehmen und Staat. Zum einen verarbeiten und verwalten

Was kann man technisch tun?

Zeitlich begrenzt ist es immer noch möglich, sich halbwegs zuverlässig zu schützen. Man hat immer noch gute Chancen, nicht erwischt zu werden – allerdings mit hohem Aufwand.

Wenn man nicht viel Aufwand betreiben und auf vieles verzichten will, kann man sich der digitalen Überwachung kaum komplett entziehen. Man kann allerdings durchaus (kurzzeitig) Räume schaffen, in denen man nicht überwacht wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach funktioniert richtig angewandte Verschlüsselung, um die eigenen Daten zu schützen. Aktuell gibt es einige gute und einigermaßen verwendbare Möglichkeiten. Das verbreitetste Verschlüsselungsprotokoll (SSL/TLS) ist leicht angreifbar, aber PGP und IM/OTR sind zwei gute und benutzbare Verfahren für Textkommunikation; mit *dmcrypt* und *Truecrypt* kann man seine Festplatten verschlüsseln.

Schwerer und deutlich wichtiger ist die Anonymisierung der eigenen Kommunikationsflüsse. Die vorhandenen Lösungen sind entweder leicht angreifbar (VPN, *one-hop*-Proxys ...) oder den Möglichkeiten der NSA nicht gewachsen (TOR – nach allem, was wir wissen, konnten sie aber bisher nur einzelne Personen mit viel Aufwand deanoymisieren) oder zu klein und unbenutzbar (Mixnetzwerke). Für das Mobiltelefon sind theoretisch zwar technische Lösungen denkbar, für den massenhaften Einsatz aber aktuell nicht in Sicht.

Trotzdem ist es sinnvoll, TOR zu benutzen, die eigenen Daten zu verschlüsseln, PGP und OTR zu benutzen, darauf zu achten, auf Websiten verschlüsselt über *https* zuzugreifen.

Gerade auf mobilen Geräten sollte man darauf achten, welche Apps man verwendet und welche Standardfunktionen der Betriebssysteme man zulässt. Auf unsicheren Geräten, wie Handys, sollte man nur die für den Betrieb unbedingt nötigen Informationen speichern. Programme, wie *Whatsapp*, die dich zwingen, dein Telefonbuch mit der Kommunikationsinfrastruktur des Dienstes zu verbinden, sollte man komplett meiden.

Zusätzlich kann man sich schützen, indem man im Internet viele verschiedene Pseudonyme benutzt. Zwar sind alle diese Identitäten mit einigem Aufwand aufzulösen, aber die Identifizierung kostet eine Menge Arbeit und steigert den Aufwand deutlich. Und viele Identitäten verhindern wahrscheinlich auch eine automatisierte Deanonymisierung.

sie die enormen Datenbanken, zum anderen bedienen sie mit den so erworbenen technischen und operativen Fähigkeiten den Massenmarkt: »Cybersecurity« setzt pro Jahr schätzungsweise 140 Mrd. Dollar um. Neben den großen westlichen Staaten und ihren Diensten sind die Kunden einerseits Firmen, die ihre Mitarbeiter überwachen oder Konkurrenten in Misskredit bringen wollen, andererseits weitere Staaten wie China, Libyen, Iran, Syrien, Tunesien, Saudi-Arabien.

Viele dieser Firmen haben ein weiteres Nebengeschäft: Sie stellen Technik und Personal für die Charterflüge, die »Terroristen« entführen, betreiben die Teile der weltweit verteilten Infrastruktur, die Foltergefängnisse und gezielte Tötungen ermöglicht.

Im Zuge dieser Ausweitung veränderte sich auch das Personal der Dienste und ihrer Subunternehmen: Die alten Geheimdienste sahen sich als Elite aus Aristokraten und Absolventen von Eliteunis, nun ist das Proletariat in die Dienste eingezogen. Snowden und Manning sind Archetypen des modernen Spions: ein Highschool-Dropout und ein Scheidungskind mit Schwierigkeiten, sein Geschlecht zu finden. Diese neue Zusammensetzung sehen die Dienste durchaus als Problem; man fürchtet die eigenen Leute – und antwortet mit öffentlicher Hetzjagd auf »Verräter«. Anders als durch härteste Abschreckung sind solche Armeen von Fußsoldaten offensichtlich nicht zu disziplinieren. Obama hat den Terror gegen *Whistleblower* nochmal verschärft. Chelsea (ehem. Bradley) Manning bekam 30 Jahre Knast, auch John Kiriakou, ein CIA-Agent, der einen Teil der Folterpraktiken öffentlich machte, wurde zu Gefängnis verurteilt. Edward Snowdens Flucht endete (vorerst) in Russland, nachdem die USA u.a. ein Flugzeug mit Evo Morales an Bord zur Landung gezwungen hatten, in der Hoffnung ihn darin zu finden.

Ebenso wird gegen Hacker, die auf Öffentlichkeit zielen, verschärft vorgegangen: Ihr Tun wird illegalisiert; die US-Justiz trieb z. B. Aaron Swartz – einen *Open-Access*-Aktivisten, der alle Artikel der digitalen Zeitschriften-Bibliothek JSTOR kostenlos zugänglich machen wollte – dazu, sich das Leben zu nehmen. Jeremy Hammond, einer der *Stratfor*-Hacker, wurde zu zehn Jahren Knast verurteilt.

Das Proletariat als *Objekt* des Überwachungsapparats

Die Proletarier sind auch das Haupt*ziel* der Überwachung. Seit den 90er Jahren werden die »gefährlichen Viertel« weltweit verschärft überwacht. In der BRD fing die Überwachung am Arbeitsplatz (Personalinformationssysteme, »Qualitätsmanagement«) und bei den MigrantInnen an; mit Hartz IV wurde sie an den Arbeitslosen zur gesellschaftlichen Norm (Aushöhlung des Rechts auf Privatsphäre, Abschaffung des Bankgeheimnisses usw.). Ihnen gegenüber werden auch immer neue Möglichkeiten zur besseren Überwachung gefunden: aktuell wird ein Web-crawler eingeführt, der kontrollieren soll, ob sich Arbeitslose auf Plattformen wie *Ebay* Kohle hinzuverdienen.

Die Überwachung ist im Alltag heute sehr viel sicht- und spürbarer als etwa vor 15 Jahren. Auch Leute aus der Mittelschicht sahen und wussten das, aber solange es gegen Knackis, Hartzer, illegale Migranten und Islamisten ging, konnte man sich eventuell noch einreden, die Video-Überwachung im öffentlichen Raum diene der eigenen, persönlichen Sicherheit. Deswegen schienen »Kollateralschäden« hinnehmbar. Die Snowden-*Leaks* haben klargemacht: die Trennung zwischen den »Rändern«, die überwacht und repressiv behandelt werden, und der »Mitte«, in deren Nutzen das geschieht, gibt es nicht. *Alle* werden überwacht. Zum Beispiel auch Journalisten, die für große Medienkonzerne arbeiten und eigentlich mit dem Staat kooperieren. Und es wäre absolut lächerlich, diesen weltumspannenden Apparat auf »Transparenz« oder »demokratische Regularien« verpflichten zu wollen. Das hat den Glauben der Bürger an die »Demokratie«, als transparent regulierter Klassenherrschaft, schwer erschüttert.

Bereits die Krise hat den Mittelschichten schwer zugesetzt. Nun die zweite Demütigung innerhalb kurzer Zeit. Ihr eigener Staat behandelt sie nicht als Bürger. Diese neue Situation zeigt sich auch an Bewegungen wie *Occupy* oder auf den Plätzen.

Dass heute die Stimmen von Callcenter-AgentInnen automatisch auf »Unfreundlichkeit«, die Gesichter von Casino-Angestellten durch automatisierte Kameraauswertung auf »Lächeln« überprüft werden, wäre in den 80er Jahren nicht vorstellbar gewesen. Damals war der Widerstand gegen die Überwachung am Arbeitsplatz noch oft erfolgreich. Der qualitativ neue Schritt zur Überwachung beginnt Anfang der 90er Jahre, als in den Betrieben die Dämme brachen. Aus dieser Überwachung des Arbeitsprozesses erklären sich auch manche der nun von den Diensten ausgewerteten Daten: Die Post hatte ursprünglich damit begonnen, die Adressen und Absender von Briefen zu scannen, um den Arbeitsfluss zu rationalisieren. Dabei durften zunächst keine Daten über die ArbeiterInnen selber erfasst werden. Diese durchgesetzten Arbeitsrechte waren eine ernsthafte Bremse der systematischen Überwachung. Mit der ISO-Zertifizierung wurde Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre nicht nur die Rationalisierung vorangetrieben, sondern auch die Durchleuchtung und Überwachung des Arbeitsprozesses selber. Jeder Arbeitsschritt musste wiederholbar und überprüfbar sein. Dadurch konnten die Fronten des Widerstands gegen Überwachung umgedreht werden. Während vorher der Unternehmer neue Überwachungsmöglichkeiten durchsetzen musste, mussten sich nun die ArbeiterInnen dagegen wehren, dass er die Daten – die durch die neue Technik sowieso anfielen – zur Überwachung verwendet. Die Art, wie heute z. B. *Walmart* und *Amazon* ihren Arbeitsprozess überwachen und steuern, ist das, was die NSA in der ganzen Gesellschaft zu tun versucht. Deswegen stehen die »Arbeiterrechte« und der Arbeiterwiderstand im Zentrum des Kampfs gegen die Überwachung.

Auch bei der Überwachung des öffentlichen Raums stehen die »gefährlichen Klassen« im Fokus. Die Hauptziele sind proletarische und migrantische Viertel, das Hauptaugenmerk liegt auf der Bekämpfung von Aufständen, Streiks, Riots und anderen Unruhen. Hier sind die Pigs gerade dabei, ihren Rückstand aufzuholen. Kameraüberwachung an sich schreckt nicht ab, und nur eine von tausend »Straftaten« wird dadurch aufgeklärt. Auch bei Unruhen versagt die Überwachung noch – zumindest, was Vorhersagen oder unmittelbare Reaktionsmöglichkeiten angeht. Wenn Menschen sich massenhaft in Bewegung setzen, sind sie erstmal nicht mehr zu kontrollieren, und jede Art der Überwachung ist für den Augenblick wirkungslos.

Allerdings werden die gesammelten Daten bereits jetzt im Nachgang zur Repression genutzt. Nach den Riots 2011 in England hat die Klassenjustiz auf Grundlage der Bewegungs- und Verbindungsdaten der Handys und den Inhalten der SMS Hammerurteile gefällt. 2009 im Iran suchten die Behörden einfach Handys, die SMS an *Twitter* geschickt hatten. Auch in den Aufständen in Nordafrika mussten Viele schmerzhaft lernen, dass ein kurzzeitiger Standby-Zustand der Geheimdienste nicht bedeutet, dass sie nicht weiter sammeln und ihre Erkenntnisse dann einsetzen, wenn es politisch passt. Ein Lernprozess, der sich in Ägypten bis in die aktuellen Repressionswellen zieht.

Der nächste Schritt der Überwachung ist die elektronische Vorhersage. Zum Beispiel hat die Vorbereitung von Streiks eine bestimmte »Signatur« elektronischer Kommunikation. In China, wo sich die ArbeiterInnen großteils über SMS und Chat verabreden und koordinieren, kommt es zu einem gesteigerten Aufkommen von Nachrichten und vor allem von Nachrichten über den engeren Freundeskreis hinaus. Aktuell wird versucht, solche Signaturen automatisiert zu beobachten. Dann könnten sich die Behörden auf den Streik vorbereiten. Allein in der EU arbeiten über 130 Forschungsprojekte am automatisierten Erkennen von »auffälligem« Verhalten. Das bekannteste ist *Indect* zur Vorhersage von »Verbrechen« – wozu natürlich auch Aufstände und Streiks gehören... Das US-Heimatschutzministerium (DHS) baut im Projekt *Malintent* ein mobiles Sensorensystem, das nicht das Verhalten, sondern den emotionalen Zustand von Personen analysiert.

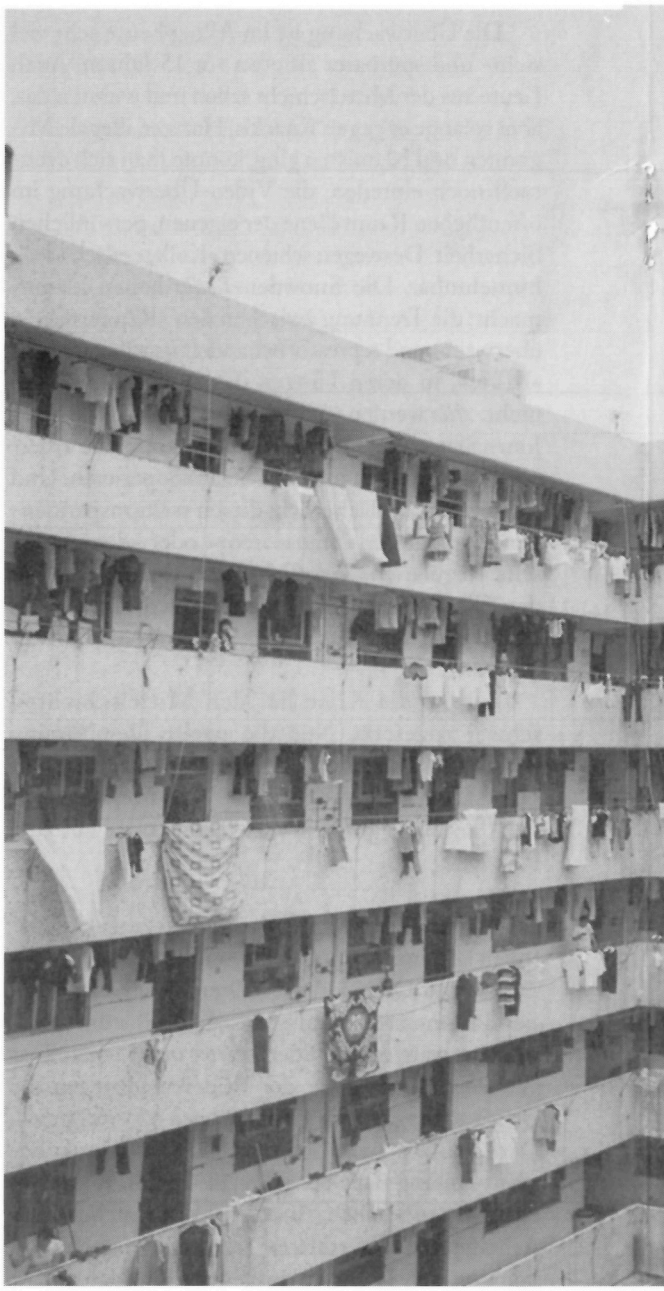
»Datenschutz bzw. Privatsphäre umfasst drei Bereiche: Als Erstes Geheimhaltung, also die Fähigkeit, unsere Nachrichten »privat« zu halten, so dass ihr Inhalt nur uns und denen, von denen wir wollen, dass sie es erhalten, bekannt ist. Das Zweite ist Anonymität, also die Fähigkeit, dass, selbst wenn die Nachricht selbst bekannt ist, nicht bekannt wird, von wem sie stammt und an wen sie gerichtet ist. Anonymität ist sowohl bei dem, was wir veröffentlichen, als auch bei dem, was was wir lesen, von Bedeutung. Das Dritte ist Autonomie, die Fähigkeit, die Entscheidungen unseres Lebens frei von Kräften, die unsere Geheimhaltung oder Anonymität verletzen, zu treffen. «(Eben Moglen, Juraprofessor an der Columbia University)

Die gefährlichen Klassen kommen ins Internet

Die Nutzerinnen haben das Internet geprägt. In den 90ern bevölkerten Europäer und Amerikaner das erste Massen-Internet und prägten es mit ihren *Geocities*-Seiten; sie sind heute mit knapp 25 Prozent in der Minderheit. Im nächsten Schub kamen vor allem Leute aus Asien und dem Nahen Osten ins Netz, sie überwiegen in den großen Plattformen dieses Wachstumsschubs – *Twitter* und *Facebook*. Diese spielten auch deshalb in den Aufständen in Nordafrika eine so sichtbare Rolle. Gerade durchläuft das Netz seine dritte massive Veränderung: Eine Milliarde neue Nutzerinnen kommen aus der Arbeiterklasse und zwar besonders aus ihren unteren Schichten aus den Megastädten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, gerade in den ärmsten Ländern gibt es ein unglaubliches Wachstum. Auch diese »Neuankömmlinge« werden dem Internet ihren Stempel aufdrücken und seine Struktur und Inhalte stark verändern – noch weiß niemand, in welche Richtung.

Die Struktur des Internets selber war bisher widersprüchlich. Auf der einen Seite wird der Datenfluss durch eine hierarchische Infrastruktur gesteuert, weswegen man mit Zugriff auf wenige zentrale Punkte große Teile der Kommunikation abhören kann. Andererseits sind die Inhalte bisher vom Netz getrennt, das nur dafür zuständig ist, die Verbindung zwischen zwei Kommunikationspartnern herzustellen – nachdem die Verbindung aufgebaut ist, entscheiden die Partner, welchen Inhalt ihre Kommunikation haben soll. Deswegen bestimmen die Nutzerinnen weitgehend, was im Netz passiert und welche Dienste und Geschäftsmodelle sich durchsetzen, zuweilen mit überraschenden Ergebnissen. SMS, eine im Standard eher aus Kontrollgründen eingefügte Funktion, wurde auf den Handys zu *der* Anwendung.

Diese Spielregeln des Internet werden gerade geändert: Seit Jahren arbeiten IT-Unternehmen daran, dich in ihre *geschlossenen Welten* einzusperren: Du benutzt ein (mobiles) Gerät (mit dem Betriebssystem) des Unternehmens, kaufst deine Musik, Filme, Bücher, Apps in dessen *Store* und greifst auf deine Nachrichten und Websites über dessen Server zu. Diese Einschränkung der Entscheidungsmöglichkeiten wollen die Netzbetreiber (*Telekom, AT&T, ...*) nun entscheidend verstärken, indem sie die Bandbreite individuell regeln, mit der ein Nutzer auf das Angebot eines Servers zugreifen kann. Durch diesen unter dem Begriff »**Ende der Netzneutralität**« diskutierten Eingriff wären die Netzbetreiber nicht mehr nur für die Verbindung zuständig, sondern sie würden über die Zuweisung der Bandbreite – die auch null sein kann – in die Inhalte der Kommunikation eingreifen.



Die Sensoren werden immer besser, Überwachungskameras liefern heute hochauflösende Bilder und gute Tonaufnahmen ihrer Umgebung, die automatische Identifikation von Gesichtern etwa funktioniert schon sehr gut. Viel gefährlicher ist aber, dass moderne Systeme nicht mehr stupid nach festgelegten Bedrohungsszenarien scannen, sondern beliebige Abweichungen vom »normalen« Verhalten zum Alarm führen. Ein qualitativer Sprung, denn nun reicht es nicht mehr, bestimmte verräterische Dinge *nicht* zu tun, sondern du musst die ganze Zeit normales Verhalten produzieren, während du mit deinen Kollegen den wilden Streik, die große Plakataktion oder was immer vorbereitest.

Auch wenn die Pigs durch noch so viel Aufrüstung niemals einen Zustand erreichen können, der

Wohnheim einer Spielzeugfabrik in Shenzen

民工

sie vor Massenbewegungen schützt – das Unterlaufen bzw. die Zerstörung der Überwachung unserer Kommunikation wird ein noch wichtigeres Thema für Klassenkämpfe.

Sind die *Leaks* eine Chance?

Nach den *Leaks* von Bradley Manning rückte die imperialistische Geopolitik auf die vorderen Nachrichtenseiten. Die *Leaks* von Snowden hatten denselben Effekt in bezug auf staatliche Überwachung und globale Zusammenarbeit von Geheimdiensten. Es geht nicht in erster Linie um Daten, die die NutzerInnen *freiwillig* über Dienste wie *Facebook* und *Google* zur Verfügung stellen. Das ist eine Ablenkungsdebatte, und die Absetzbewegung von *Facebook* u.a. zeigt, dass es auch jungen Leuten heute nicht mehr so egal ist, was sie über sich online stellen, wie noch vor ein paar Jahren. Auch wenn Programme wie *snapchat*, die damit werben, sie würden die Nutzer besser schützen, noch ziemlich schrottig sind: Auf der technischen Ebene ist der Anspruch der *Cypherpunks* immer noch richtig, Systeme so zu entwerfen, dass sie nur die für ihre Kernfunktion notwendigen Daten erstellen und auch diese sobald wie möglich wieder löschen; denn nur Daten, die erhoben wurden, können ausgewertet werden.

Im Zentrum der Überwachung stehen hingegen Daten, die beim Leben in der Stadt *zwangsläufig* anfallen. Die *Tools* des modernen Lebens sind teils aus Versehen und meist mit Absicht so konstruiert, dass ihr Gebrauch Spuren hinterlässt, die

ausgelesen und ausgewertet werden können. Nach wie vor lässt sich ohne Email, Chatprogramme, Handy, Telefon, Bankkonto, EC- oder Kreditkarte leben, aber dieser Verzicht kommt meist dem Aussteigertum gleich. Könnte eine radikale Absetzbewegung von der elektrischen Kommunikation durch kleine Minderheiten, ähnlich den Hippies in den 60er Jahren, andere Möglichkeiten zu leben aufzeigen?

Die Snowden-*Leaks* fallen in eine Zeit, in der die Industrie die nächste Generation von Überwachungselektronik auf den Markt drückt, sie nennen das »Internet der Dinge«. »Intelligente« Stromzähler werden nicht zu ernsthaften Einsparungen führen, sondern die Überwachung der Kunden vorantreiben und vermarktbare Daten kreieren. Internetfähige Fernseher und Spielekonsolen überwachen nicht nur deinen Fernsehkonsum, sondern auch deine Gesundheit und dein soziales Leben *vor* der Mattscheibe. Autos mit Black Box analysieren dein Fahrverhalten und melden jederzeit deinen aktuellen Standort.

Insofern kommt die Debatte gerade zur rechten Zeit. Das sehr abstrakte Phänomen »Überwachung« kann nun radikaler kritisiert werden. Die Art, *wie* Snowdens Dokumente veröffentlicht werden – Absprache mit staatlichen Stellen, nur wenige ausgewählte Journalisten und Expertinnen haben Zugriff, veröffentlicht wurden bisher fast ausschließlich stark zensierte Werbeunterlagen, mit denen die jeweiligen Entwickler die Finanzierung ihres Projekts sichern wollten –, kann allerdings leicht das Bild staatlicher Allmacht erzeugen. Dieses passt den Geheimdiensten gut, sie brauchen die Aura der Allmacht. Bereits dadurch erzeugen sie Angst.

Nur gemeinsam geht was!

Als Einzelne hast du tatsächlich keine Chance, auf deinem »Recht auf Privatsphäre« zu bestehen, weder beim Jobcenter noch gegenüber deiner Bank oder deinem Arzt, noch auf Arbeit – was nicht heißen sollte, das nicht immer wieder zu versuchen! Auch die *Whistleblower* erinnern an den Film *Brazil*: Helden im Kampf gegen ein totalitäres Überwachungsregime, das sie mit ihren Taten durchaus erschüttern können – die aber tragisch enden. Für Snowden war klar, dass alle, an die er sich außerhalb seiner Arbeit wenden kann, auf einer Ebene über ihm und tendenziell auf der anderen Seite spielen.

Um was zu ändern, müssen wir in den Rissen des Überwachungsregimes nach Handlungsmöglichkeiten suchen. Es war eine Fehleinschätzung der *Cypherpunks* und noch mehr der späteren Datenschutzaktivisten, mit Informationen und Aufklärung eine Bewegung *auslösen* zu können. In bestehenden Bewegungen hingegen können solche *Leaks* als Zünder wirken. Die selbstorganisierte Auswertung der *Wikileaks Cables* leistete in Tunesien einen kleinen Beitrag zur Ausweitung der Bewegung. Einen ähnlichen Effekt hatte in Ägypten das Verteilen der Geheimdossiers aus dem gestürmten Hauptquartier des Geheimdiensts. Bewegungen konnten die Informationen über die staatliche Überwachung als Waffe einsetzen, und sie konnten sich selber klarer darüber werden, mit welchem Feind sie es zu tun haben, sich radikalisieren.

Angesichts der Ausmaße ist gegen den NSA-Skandal kein Vorgehen in gegebenen institutionellen Strukturen denkbar, keine Partei, keine Bürgerrechts-NGO hat da eine Chance. Nach dem NSU-Skandal konnte es noch als angemessene Reaktion erscheinen, die Abschaffung des VS zu fordern – nun wäre die einzige konsequente Reaktion die Forderung nach Abschaffung aller Geheimdienste, aller Regierungen, von *Google, Facebook, Metro, Microsoft*, sowie die Abschaffung aller Startups und Söldner, die ihnen geholfen haben… Welche Partei könnte sich das ins Programm schreiben und gleichzeitig Wahlkampfkostenerstattung beantragen?

Gleichwohl ist eine Bewegung von unten gegen Überwachung schwer vorstellbar – wenn auch nicht von vornherein auszuschließen, siehe etwa den Volkszählungsboykott in den 80er Jahren. Sie müsste die Orte, wo sich die Überwachung kristallisiert, einbeziehen. Die zunehmenden *Leaks* aus dem amerikanischen Sicherheitsapparat sind ein kleines Anzeichen dafür, dass sich dort was tut. Widerstand müsste sich auch bei *Google, Microsoft, Walmart* usw. entwickeln. Alles Firmen, deren Geschäftsmodell massive Überwachung und Steuerung sowohl der ArbeiterInnen wie der Kunden beinhaltet (bei *Amazon* kommt der Verkauf technischer Infrastruktur an die Sicherheitsapparate und andere Unternehmen dazu.). Und tatsächlich gibt es erste Anzeichen, dass sich so etwas entwickelt: Die Kämpfe der ArbeiterInnen bei *Amazon, Walmart* u.a. gehen nicht nur um höhere Löhne, sie drücken auch Unmut über die intensive und monotone Arbeit und die ständige Überwachung aus.

Die Snowden-*Leaks* werfen ein bezeichnendes Bild auf den aktuellen Kapitalismus, dessen größte Firmen vor allem Kontrolltechnologien produzieren, der die meisten seiner Mathematiker an Verschlüsselung arbeiten lässt (wie in den USA) oder zigtausende Jugendliche als Regierungsblogger im Stücklohn beschäftigt (wie in China); der die erste wirklich globale Datenbank nicht zur Verteilung von Lebensmitteln, für meteorologische Zwecke oder Ähnliches aufbaut, sondern zum Abhören aller Telefone. Dieses System produziert nur noch Überwachung und Kontrolle. Es muss radikal umgewälzt werden. ■

Buchbesprechungen

iSlaves: Ausbeutung und Widerstand in Chinas Foxconn-Fabriken

Die »Sprung-vom-Gebäude-Show«

Auf den Smartphones oder Computern von Apple Microsoft oder HP steht »Made in China«. Der Name des Herstellers Foxconn wurde der großen Öffentlichkeit erst 2010 bekannt, als sich reihenweise junge ArbeiterInnen vom Dach des Gebäudes stürzten. Auf der Suche nach junger und billiger Arbeitskraft frisst der Konzern sich in die entlegene westchinesische Provinz vor, unterstützt von willfährigen Politikern, die die ansässigen Bauernfamilien enteignen, um dem Fortschritt zum Durchbruch zu verhelfen.

Die typische Foxconn-Fabrik erscheint als die perfekte Fabrikstadt, die auf ihrem Gelände Arbeiterwohnheime, Sportplätze, Internetcafés usw. unterhält. Hinter der sauberen Fassade dieses »Arbeiterparadieses« herrscht militärischer Drill, alles ist streng hierarchisch organisiert, die Vorgesetzten geben den Druck von oben nach unten weiter, die ArbeiterInnen haben zu gehorchen und zu schweigen, häufig werden sie beschimpft und sogar geschlagen, nie nach ihrer Meinung gefragt. Überall fordern Leitsprüche Fleiß und Ordnung ein. Dabei ist das System so starr und bietet wenige Aufstiegsperspektiven, dass die Korruption blüht: Unfälle werden informell geregelt, um den Bonus zu retten; die schlechte Qualität der Produkte durch Abendessen mit der Qualitätskontrolle ausgeglichen. Aus Angst, die ArbeiterInnen könnten sich zusammenschließen, tut die Firma alles, um soziale Beziehungen zu zerstören, sie verteilt Verwandte oder Leute aus demselben Dorf systematisch an verschiedene Produktionslinien, bringt sie in verschiedenen Wohnungen unter, verteilt sie auf Tag- und Nachtschichten.

Die Fertigung erfolgt vorwiegend am Fließband, die Takte sind extrem kurz, der Leistungsdruck ungeheuer. Disziplin wird über die Drohung mit Strafen erreicht. Auf den versprochenen Lohn kommen die ArbeiterInnen nur mit täglich zwei Überstunden und Wochenendarbeit. Die ArbeiterInnen sind extrem jung, manchmal erst 16 Jahre alt; kommen vom Land mit dem üblichen Traum, ein paar Jahre hier zu knechten und dann in der Heimat einen Laden aufzumachen.

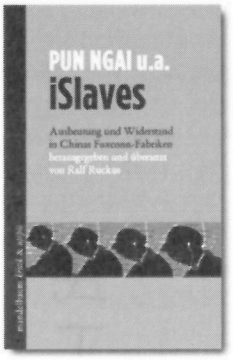
Bei der schwieriger werdenden Suche nach frischer Arbeitskraft wird Foxconn massiv von den ländlichen Behörden unterstützt, die die jungen Leute dorthin schicken – und gleichzeitig versprechen, den Eltern Sozialhilfe zu bezahlen. Seit einiger Zeit greift Foxconn gerade bei Auftragsspitzen auf »PraktikantInnen« zurück, die von Berufsschulen (gegen Prämien) vermittelt werden. Ohne Arbeitsvertrag und für wenig oder keinen Lohn werden sie in der Produktion eingesetzt.

»Es ging darum, was einzuschmeißen und zu zerstören«

In Kapitel 7 erfahren wir endlich, dass das Arbeitsregime nicht so durchgreifend funktioniert, wie zu Anfang des Buches dargestellt. Viele halten die Arbeit und die schlechte Behandlung nicht aus. Die Fluktuation ist so hoch, dass Foxconn mit Vorschriften die Kündigungen verzögert oder den Lohn nicht auszahlt. ArbeiterInnen verschaffen sich kleine Freiräume, indem sie das Band sabotieren, das Redeverbot nicht beachten, ihre Vorgesetzten provozieren. Der Protest verläuft nicht in geordneten Bahnen, dazu ist die Betriebsgewerkschaft zu sehr diskreditiert. Immer häufiger explodiert die Wut über die stumpfsinnige Arbeit; die schlechte Behandlung, die unzumutbaren Bedingungen im Wohnheim. Es kommt zu organisierter Randale, einige schlagen alles kurz und klein, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet. Andere spielen mit der Drohung, gemeinsam vom Dach zu springen, um Forderungen durchzusetzen. Und die ArbeiterInnen lernen zunehmend, kollektiv zu handeln. Es gab mehrere selbst organisierte Streiks, in denen die ArbeiterInnen erfolgreich auf den Unternehmer Druck ausüben konnten, z. B. als das iPhone5 auf den Markt kommen sollte.

Das von vier chinesischen SoziologieprofessorInnen (und ihren Arbeitsgruppen) verfasste Buch beruht auf der Auswertung von über 1700 Fragebögen; für die Interviews wurden die ArbeiterInnen in Einkaufszentren, Cafés usw. angesprochen. Ein Autor hat selbst in der Fabrik gearbeitet. Am Ende plädieren die AutorInnen für das Ende der Weltmarktfabrik-Ära und des Systems der Wanderarbeit, das massenhaft junge Leben zerstört. Die deutsche Ausgabe enthält eine Aktualisierung der Kämpfe bei Foxconn und einen Bericht über die Arbeitsbedingungen bei Foxconn in Tschechien; denn der taiwanesische Konzern kauft auch in Osteuropa Werke auf. Der Bericht war immerhin Grundlage eines Artikels in der Computerzeitschrift c't.

Die Interviews, die in der deutschen Ausgabe rausgefallen sind, können auf der Website von *gongchao* nachgelesen werden. Hier begegnen uns die ArbeiterInnen als Subjekte, die von ihren Hoffnungen, ihrem Leid und ihren Träumen erzählen.

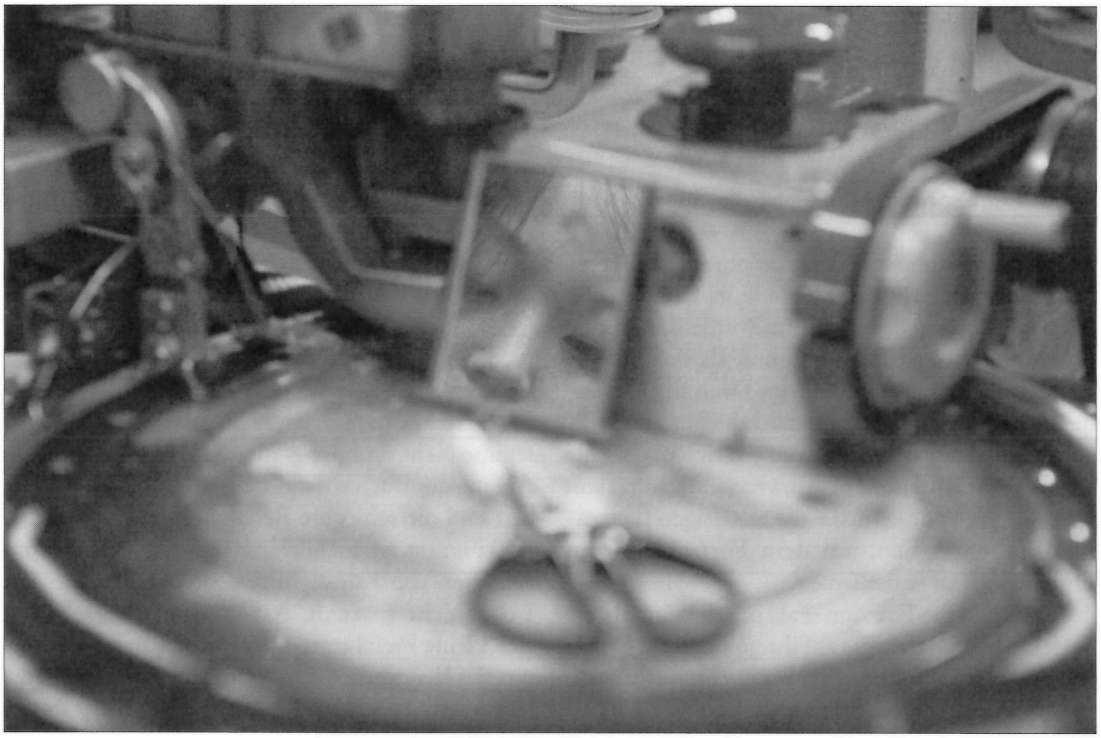


PUN, Ngai / LU, Huilin / GUO, Yuhua / SHEN, Yua
iSlaves. Ausbeutung und Widerstand in Chinas Foxconn-Fabriken
herausgegeben und übersetzt von Ralf Ruckus
Wien März 2013 | mandelbaum kritik & utopie.
264 Seiten, engl. Broschur
19,90 Euro

www.gongchao.org

民工

Textilfabrik in Nanjing



Mingong

Die perfekte Illustration zu *iSlaves* ist der Bildband ***Mingong - Die Suche nach dem Glück***, aus dem uns der Fotograf Wolfgang Müller mehrere Fotos für dieses Heft überlassen hat. Er war zwischen 2005 und 2011 mehrfach in China. Auf seinen Reisen begegnete er WanderarbeiterInnen, die auf Baustellen, in Fabriken oder beim Müllrecycling schufteten. Mit seiner Kamera begleitete er sie bis in ihre kargen Unterkünfte, in denen es keine »Privatheit« gibt. Am roh zusammengenagelten Brettertisch im Keller des Hochhauses, das sie gerade bauen, beim Kartenspiel im überfüllten Fernverkehrszug oder im Wohnzelt im Schatten eines Glaspalasts. Trotz der harten Bedingungen strahlen ihre Gesichter auch Zuversicht und gute Laune aus. Es gibt im Buch auch Bilder über die schon in der Stadt geborene »zweite Generation«, die alles versucht, um sich nicht wie ihre Eltern abzurackern. Unsere schwarz-weiß Reproduktionen können den farbigen Fotos leider nicht gerecht werden. Wir haben sie mit dem chinesischen Schriftzeichen für »Mingong« (Wanderarbeiter) gekennzeichnet.

Wolfgang Müller hat kleine Texte verfasst, in denen er die Begegnungen mit den abgebildeten Menschen beschreibt. Eingeleitet wird der Band von Kristin Kupfer, die das System der Wanderarbeit seit Ende der 70er Jahre umreißt. Sie nennt die 200 Millionen WanderarbeiterInnen die Träger des Wirtschaftsbooms, die bis heute um Anerkennung und ihren ganz eigenen Plan vom Glück kämpfen.

Wolfgang Müller: **Mingong – Die Suche nach dem Glück,**
Berlin 2012 Vice Versa Verlag |106 farbige Abbildungen
188 Seiten | 39,90 Euro.

Lesenswert in Prokla und »Fit für die Krise?«

Im Verlag *Westfälisches Dampfboot* erscheint regelmäßig die *Prokla*; das war mal die Abkürzung für »Probleme des Klassenkampfs«, heute ist der Untertitel: »Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft«. In den Nummern 169 zu »Finanzialisierung«, 170 zu »Sozialen Kämpfen in Afrika« und in der 172 finden sich lesenswerte Aufsätze. Das Buch »Fit für die Krise?« dreht sich im Kreis und ist Werbung für eine Theorieschule, die den Klassenkampf mit dem Staat versöhnen will.

Perspektiven der Regulationisten: »Fit für die Krise?«

Die Antwort der verschiedenen AutorInnen ist: »Ja, aber«, denn die Regulationstheorie müsse laufend aktualisiert werden und könne sich erst in der konkreten Analyse beweisen. In den Artikeln geht es u. a. um die Frage von *Green Economy*, Veränderungen des Wohlfahrtsstaats, eine Korrektur der üblichen regulationstheoretischen Ansichten zu »postfordistischer« Arbeit, und Länderanalysen zur BRD, China und Ägypten. Die verschiedenen AutorInnen betonen immer wieder die Bedeutung von Kämpfen und dass eine Erklärung der Gegenwart nicht einfach aus der »Kapitallogik« abgeleitet werden kann und es eben nicht nur die objektiven Bedingungen gibt, sondern die Auseinandersetzungen darum. Aber sie bleiben bei ihren konkreten Vorschlägen am Staat hängen. Als Einführung in aktuelle regulationstheoretische Diskussionen taugt das Buch. Neue Einsichten zum Verständnis der Krise sind aber leider rar gesät. Die Frage, wo und wie sich in der Krise die Macht der Klasse entwickeln kann, stellen sie gar nicht erst.

Kritik an den Regulationisten

Der Artikel von Dorothea Schmidt über den Fordismus in der 172 sei ganz besonders erwähnt, weil er pointiert eingreift in die falsche Diskussion der Regulationsschule – sie widerlegt klar, dass es eine »Epoche des Fordismus« gab. Die Produktivitätsgewinne Fords kamen nicht aus der Standardisierung, die es auch schon zuvor gab, sondern mit der »vertikalen Integration«: alles selbst herstellen. Die »Innovationskraft« Fords verblasste früh: Schon in den 20ern wurde Ford von GM überholt, und auch die ArbeiterInnen fanden Möglichkeiten, in der Fabrik zu kämpfen. Lesen!

Ebenso in der 172 kritisiert Herbert Panzer die These von Sablowski/Demiroviç, dass wir uns im »finanzdominierten Akkumulationsregime« befänden. In seinem ziemlich komplizierten Artikel fordert er, dass wir bei der Berechnung der Summen aufpassen müssen – dass das Verhältnis Kreditvolumen zu Realwirtschaft fast immer falsch berechnet wird und größere Summen herauskommen, weil viele Größen doppelt und mehrfach gezählt werden. »Beliebt ist auch das Verfahren, die im Millisekundentakt weltweit stattfindenden Finanztransaktionen zusammenzuaddieren und der Größe der Realwirtschaft gegenüber zu stellen. Man kombiniert hier nicht nur unbesehen Strom- und Bestandsgrößen, sondern gleichsam das Ausmaß der Bewegung von Wirbeln und Strudeln im Strom mit dazu.« Nicht schlecht!

Zwei Artikel in der 169 versuchen sich ebenso am Verhältnis zwischen Industrie und Finanz. Claude Serfati und Julian Müller bleiben dabei eng an Kapital II und III und der Frage der (beschleunigten) Umschlagszeiten, der Renten und Konzentration. Serfati meint, dass die Unternehmen nun »Finanzkonzerne mit industriellen Aktivitäten« sind und Müller fragt, ob wegen der »anhaltenden Krise … das Ende der Finanzialisierung eingeläutet ist«. Aber der Kapitalismus kann sich »fortschleppen«, weil »Arbeiter und Angestellte« still halten.

Soziale Kämpfe in Afrika

Die lesenswerte Prokla 170 widmet sich den vermehrten Kämpfen in Afrika. Zwar beschwören die Artikel Sympathien für Gewerkschaften/NGOs und deren Organisationsmacht. Aber er gibt einen Überblick über Konflikte, in denen linke AktivistInnen und ArbeiterInnen mitmischen: z. B. Proteste gegen die Erhöhung der Spritpreise in Nigeria – ein Land, in dem Generalstreik, Massenproteste in Form von Demonstrationen und Kundgebungen keine Neuigkeiten sind. Ihnen stehen neue Formen gegenüber, wie Besetzungen von Stadtzentren/Parks (*Occupy* Nigeria) und die Internationalisierung der Protestbewegung durch den Aufenthalt von NigerianerInnen in mehreren Städten Afrikas, Europas und Nordamerika (Baba Aye: Das Januarerwachen in Nigeria). Wir erfahren, dass die Food Riots in Burkina Faso im Jahr 2008 nicht spontan ausbrachen, sondern Ausdruck längerer Proteste gegen staatliche Austeritätsprogramme sind. (Bettina Engels: Hungeraufstände und Kämpfe gegen hohe Preise). In »Die sozialen Kämpfe in Südafrika verbinden?« beschreibt Carmen Ludwig die Spaltung der ArbeiterInnen in einen »Kern vergleichsweise geschützter Beschäftigter, eine Zone von ungeschützten befristeten und Teilzeitbeschäftigten sowie eine Peripherie von informellen Arbeitenden und Arbeitslosen«. ■

Atzmüller u.a. (Hg) 2013: »Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie«, Westpfälisches Dampfboot, 396 Seiten

Den Artikel von Sablowski/Demiroviç »Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa« gibt es in mehreren Fassungen: in Prokla 166, in der Reihe ANALYSEN der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie auch im Buch »Fit für die Krise«.

An dieser Stelle sei auch das Buch von Jakob Walcher empfohlen, der schon 1924 den ideologischen Blender Ford und seine sozialistischen Fans mithilfe des Kapital I kritisierte: Jakob Walcher: *Ford oder Marx – die praktische Lösung der Sozialen Frage*, Neuer Deutscher Verlag, 1925

Autoindustrie – Kämpfe & Klassenspaltung

Im letzten Autoartikel[1] äußerten wir die vage Hoffnung, dass die Abwehrkämpfe im Westen mit den offensiven im Osten zusammenkommen könnten. Obwohl es in den letzten eineinhalb Jahren weltweit vermehrt zu Aktionen und Streiks in und um die Auto- und Zulieferfabriken kam, ist das bisher nicht eingetreten. Gekämpft wird vor dem Hintergrund der Polarisierung der Autokonzerne in »Gewinner« und »Verlierer«, sowie betriebsinterner Spaltungen. Eine Ausnahme blilden die Streiks in der südafrikanischen Autoindustrie und bei *Dacia* in Rumänien. Auch die serbischen *Fiat*-ArbeiterInnen konnten in der neuen Fabrik in Kragujevac sehr rasch Lohnerhöhungen durchsetzen.

Gewinner und Verlierer

Die Krise spaltet die ArbeiterInnen in jene, die um den Erhalt ihrer Fabriken kämpfen, und andere, die gemessen an »Arbeiterverhältnissen« mit Geld überschüttet werden – deren Arbeit aber immer stärker intensiviert wird. *Porsche* verkürzt gar die Arbeitszeit um eine Wochenstunde bei vollem Lohnausgleich. Die »Gewinner« stehen im Vergleich zu den »Verlierern« (nicht nur bei *Opel*, sondern auch »*Schlecker*«!) relativ gut da – aber im Vergleich zu ihren Chefs verlieren sie ebenso an Boden. Die VW-StammarbeiterInnen bekommen zwar einige tausend Euro Prämien, sehen sich aber gewaltigen Sparprogrammen gegenüber. Die Arbeit wird extrem verdichtet, die Angriffe erfolgen in immer kürzeren Abständen – und auch bei BMW und *Daimler* sind die »abgesicherten Festangestellten« damit konfrontiert, dass eben nichts mehr »sicher« oder »fest« ist. In der deutschen Autoindustrie arbeiten 350 000 Leih- und WerkvertragsarbeiterInnen – halb so viele wie direkt bei den Konzernen beschäftigt sind.

Daimler Bremen

Die wiederholten Streiks in Bremen zeigen, dass mittlerweile auch die »Festen« versuchen, gegen weitere Auslagerungen zu kämpfen. Zwar hängen ihre Lohnerhöhungen und Prämien an den Niedriglöhnen in den *Sub-sub-sub*-Ketten, aber was nützt es, wenn es irgendwann keine »Festen« mehr gibt? Die letzte Aktion fand am 1. Oktober 2013 statt. Als bekannt wurde, dass *Daimler* nun auch Produktionsarbeiten im Rohbau auslagern will, legten 2000 Leute zwei Stunden lang die Arbeit nieder. Hinzu kam ein Erpressungsversuch gegen die Belegschaft, dass Teile der neuen E-Klasse nicht in Bremen bleiben sollten, obwohl der Ausbau der Halle bereits begonnen hatte. Diese Aktionen, an denen sich große Teile der Belegschaft beteiligten, konnten die Auslagerungen lediglich verzögern. Im Presswerk und in einer Rohbau-Halle wird die Logistik nun von der Firma *Rhenus* zu sehr viel schlechteren Arbeitsbedingungen betrieben. Der Unternehmer lässt sich nicht durch symbolische Aktionen und ein- bis zweistündige Streiks aufhalten.

Betriebsinterne Spaltungen

In den Auto- und Zulieferfabriken herrscht mittlerweile eine Arbeitsorganisation ähnlich der von *H&M* und *Walmart*. Hinter der »großen Marke« verbinden sich unzählige ArbeiterInnen zahlreicher Subfirmen zu einer Produktions- und Logistikkette. Am bekanntesten in der BRD ist BMW Leipzig, wo in den Hallen ein Drittel Feste, ein Drittel Werkvertrags-ArbeiterInnen und ein Drittel LeiharbeiterInnen von über 20 verschiedenen Subfirmen schaffen. Auch *Daimler* will die Fertigungstiefe weiter senken. Neue Werke werden schon so geplant und in Betrieb genommen, dass möglichst viele ArbeiterInnen auf verschiedene Firmen verteilt sind. In den alten Fabriken ist diese Spaltung schwerer durchzusetzen, weil sich dort die ArbeiterInnen ihre »gewohnte Arbeitsorganisation« nur gegen Widerstand wegnehmen lassen. Deshalb werden die Bedingungen dort *niemals für alle gleichzeitig* verschlechtert, sondern immer nur für eine überschaubare Gruppe von ArbeiterInnen.

Der Streik bei *Maruti Suzuki* in Indien vor zwei Jahren[2] war ein Meilenstein, weil er diese Spaltungen überwinden konnte. LeiharbeiterInnen und Feste besetzten mehrere Wochen die Fabrik und konnten bessere Bedingungen für alle durchsetzen. Danach setzte eine Repressionswelle ein.

1 Siehe *Wildcat 93*: What if they learn to hate? Sommer 2012. Gekürzt online: http://wildcat-www.de/wildcat/93/w93_auto.html.

2 Siehe *Wildcat* 91 und 92: Kampf bei Maruti Suzuki, 2011/12.

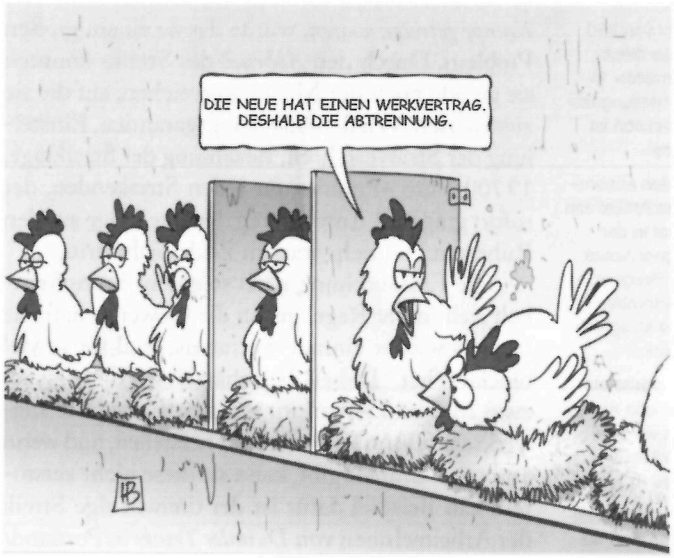
Dennoch war dieses kurze Aufblitzen von Arbeitermacht wichtig, in dem die Spaltungen ihre Wirkung verloren.

Dass dies nicht so einfach geschieht und es nicht eine Frage des Willens oder des »Bewusstseins« ist, verdeutlicht der jahrelange Konflikt um Leiharbeit und Werkverträge in Südkorea. Letztere sind seit jeher illegal in dem Land und die Gerichtsprozesse um sofortige Festanstellung werden von den ArbeiterInnen gewonnen, aber *Hyundai* kümmert sich nicht darum und macht einfach weiter. 2010 besetzten Leih- und WerkvertragsarbeiterInnen in der Fabrik in Ulsan für 25 Tage eine ganze Halle, um ihre Festanstellung durchzusetzen. Dabei hielten sich die Festangestellten zurück, was deutlich die tiefe Spaltung und die Grenzen des Kampfes zeigte. Daraufhin wurde die Leiharbeit gesetzlich auf zwei Jahre begrenzt; seitdem entlässt *Hyundai* die LeiharbeiterInnen kurz vor Ende dieser Frist. Die Reaktion darauf ist leider nicht immer offensiver Kampf, sondern manchmal Verzweiflungstaten wie Selbstmord oder dass einzelne ArbeiterInnen z. B. einen Strommast besetzen und aufgrund ihrer großen Opferbereitschaft zumindest »Öffentlichkeit« erzeugen.

Ein weiterer Versuch fand am 14. August 2013 im selben Werk statt. LeiharbeiterInnen gingen ohne Unterstützung der Gewerkschaft vor die Tore und forderten eine Lohnerhöhung, weil sie nur 60 Prozent des Lohns eines Festangestellten bekommen (ca. 1100 Euro). Eine Medienkampagne hetzte gegen die festangestellte »Arbeiteraristokratie«, die *Hyundai* mehr koste als in den USA.[3] Die KMWU (*Korean Metal Workers Union*) behauptete, diese hätte einen gemeinsamen Kampf verhindert. Trotzdem setzte dieselbe Gewerkschaft einen Monat später fünf Prozent Lohnerhöhung für die Festangestellten durch plus eine Einmalzahlung in Höhe des fünffachen Monatslohns plus (!) 9,2 Mio. WON (rund 6500 Euro) Leistungsprämie – als ob die Medien und »negative« oder »fehlende« Öffentlichkeit und nicht die Spaltung in der Fabrik das Problem wäre!

Gewerkschaft

Das führt uns zur Rolle der Gewerkschaften, die gerufen werden, wenn die ArbeiterInnen sich zu schwach *fühlen*, vor allem bei den vielen Aktionen gegen Schließungen und Verschlechterungen in den letzten Jahren (s. *Neupack*, S. 44). Bei *Iveco* in Weisweil bei Freiburg organisierten die ArbeiterInnen über Telefonketten eine wirksame Torblockade und verhinderten damit den Abtransport der Maschinen. Die Verhandlungen überließen sie aber der IG Metall. Ende September, ein Jahr nach der Torblockade, gingen die Lichter aus. Dasselbe Spiel bei der Zentrale von *Renault Trucks* in Brühl. Anfangs Demonstrationen, über die in den lokalen



Medien kontinuierlich berichtet wurde, dann Verhandlungen mit der IGM, Sozialplan, Schließung im Juni.

Das Gleiche »in groß« und in die Länge gezogen spielt sich bei *Ford* Genk und PSA in Aulnay ab – mit dem Unterschied, dass Teile dieser Belegschaften versuchten, andere in ihre Aktionen mit einzubeziehen. Am 7. November 2012 fuhren ca. 250 gewerkschaftlich organisierte belgische *Ford*-ArbeiterInnen vor die Tore des Kölner Werkes und ließen Dampf ab. Medial wurde breit berichtet, aber die Aktion brachte sie nicht näher mit ihren deutschen KollegInnen zusammen. Mehr Substanz hatten die kurzen wilden Streiks einer kleinen Zahl von ArbeiterInnen der Zulieferer, die die Produktion lahmlegen konnten. Nun bekommen die *Ford*-ArbeiterInnen *durchschnittlich* 144 000 Euro Abfindung, und die Bedingungen auch für die ArbeiterInnen der Zulieferer haben sich wesentlich verbessert: Sie bekommen ebenso Abfindungen und können entgegen einem neuen Gesetz sofort Arbeitslosengeld beziehen (das Gesetz sieht vor, dass ArbeiterInnen dies erst beantragen können, wenn die Abfindung »aufgebraucht« ist).

Der Streik von zuerst 500, dann nur noch 200 PSA-ArbeiterInnen[4] (von 2500) ging fünf Monate und konnte trotz Rundreisen der StreikaktivistInnen und vieler ArbeiterInnen, die ebenfalls ihren Arbeitsplatz verlieren, keine breite Bewegung lostreten. Danach war es leicht für PSA, die Löhne in den verbliebenen französischen Werken für zwei Jahre einzufrieren und Zuschläge für Überstunden zu reduzieren. In Aulnay gingen die meisten nun mit Abfindungen von bis zu 100 000 Euro, manche wurden auf andere Werke aufgeteilt. Die Streikenden waren während des Kampfes den üblichen Drohungen, Repressalien und medialen Verunglimpfungen ausgesetzt. Da die ArbeiterInnen nicht geschlossen handelten, sondern *schon gespalten in den*

3 Arbeitskosten pro Stunde bei Hyundai: 16,80 Euro in Südkorea, 14,50 Euro in den USA und 5,20 Euro in China.

4 Von *Mouvement Communiste* und *Kolektivně proti Kapitalu* gibt es eine sehr lesenswerte Auswertung mit detaillierter Chronologie: PSA Aulnay: quelques considérations pour une discussion, Juni 2013 (Französisch): mouvement-communiste.com/documents/MC/Leaflets/BLT1304FRVF1.pdf

Kampf getreten waren, wurde das zu einem großen Problem. Durch den *Abbruch* des Streiks konnten sie gerade noch der Mauer ausweichen, auf die sie zusteuerten. Wiedereinstellungsgarantien, Einstellung der Strafverfahren, Bezahlung der Streiktage, 19 700 Euro »Prämie« für jeden Streikenden, der sofort ging und Anrechnung der Streiktage auf den Ruhestand[5] – mehr war am Ende nicht drin.

Die Enttäuschung nach so einem Kampf entlädt sich in der Regel gegen die Gewerkschaft; sie hat uns wieder einmal »verraten«, weil sie so viel blockiert hat.[6] Dabei überschätzen wir diese gleich zwei Mal und gehen ihr auf den Leim. Die Gewerkschaft kann keine Einheit herstellen, und wenn es so eine Einheit gibt, kann sie diese nicht zerstören. Ein Beispiel dafür ist der dreiwöchige Streik der ArbeiterInnen von *Daimler Trucks* in Portland/USA im Juli 2013. Die Belegschaft ist in vier Gewerkschaften gespalten organisiert, aber trotz der Empfehlung der zwei verhandlungsführenden Gewerkschaften (eine Mechaniker- und eine Lackierergewerkschaft), ein Angebot der Firmenleitung anzunehmen, schlossen sich die ArbeiterInnen auch der beiden anderen Gewerkschaften (Teamsters und SEIU) dem Streik an. *Daimler* setzte daraufhin Streikbrecher ein, die keinen einzigen LKW fertig bekamen. Das Angebot wurde verbessert und die ArbeiterInnen stimmten dafür.

Kämpfe in boomenden Fabriken

Eine moderne Autofabrik ist profitabel, wenn sie zu etwa 80 Prozent ausgelastet ist bei einer Stückzahl von 150 000 Einheiten im Jahr. Einige Fabriken liegen aktuell weit darüber und bringen Kämpfe hervor, in denen die ArbeiterInnen was durchsetzen können.

Fiat Kragujevac in Serbien

... ist eine ehem. Lizenz-Fabrik, die Mitte 2012 von *Fiat* neueröffnet wurde. GenossInnen berichten vom Werk als »einer Art verbotene Stadt, aus der kaum Informationen nach außen dringen«. Ein Arbeiter verdient 300 bis 400 Euro netto. Das ist unter dem serbischen Durchschnitt von etwa 400 Euro und ein Fünftel des Gehalts seines italienischen, ein Drittel seines polnischen Kollegen. Die Pausen reichen nicht, um aufs Klo zu gehen. Kurz nach der Eröffnung drohten die ArbeiterInnen mit Streik und erhielten sofort 13 Prozent mehr Lohn, eine Erhöhung des Weihnachtsgeldes und 320 Euro Prämie. Im Mai hatte eine Sabotageaktion für Schlagzeilen gesorgt, bei der 31 fertige Autos mit Sprüchen gegen *Fiat* und für Lohnerhöhungen zerkratzt wurden[7]. So wurden die ArbeiterInnen auch für die linksradikale Szene interessant: Anarchosyndikalisten organisierten Kundgebungen vor der Fabrik in Kragujevac und vor dem polnischen Werk in Tychy.

Dacia in Rumänien

Im März streikte in Pitești ein Teil der ArbeiterInnen zwei Tage lang für eine Lohnerhöhung um 500 RON (112 Euro), was ca. 25 Prozent des Lohns eines Fließbandarbeiters ausmachte, und gegen die Taktzeit von 40 Sekunden[8]. Nicht nur das Management, auch die Gewerkschaft erklärte den Streik für illegal, weil sich daran unter 20 Prozent der Belegschaft beteiligt hätten. Danach gingen die Verhandlungen vier Wochen weiter, was am Ende generell 220 RON mehr für ArbeiterInnen, 110 RON für Angestellte plus fünfprozentige individuelle Lohnerhöhung brachte (sechs Prozent für Vorarbeiter). Die Jahresprämie (»Ostergeld«) wurde von 1023 auf 1680 RON brutto erhöht (376 Euro).

Seit dem großen Streik von 2008[9] droht das Management den ArbeiterInnen mit der Verlagerung ins neue »*state of the art*«-Werk nach Marokko, der jetzt größten Autofabrik in Afrika.[10] Der Lohn eines Arbeiters in Pitești sei doppelt so hoch wie derjenige eines Arbeiters in Tanger, der 320 Euro verdiene (*Renault* zahlt in Tanger 12 bis 15 Prozent über dem gesetzlichen Mindestlohn). Die staatlichen Subventionen in Marokko seien attraktiv und die Maschinerie energiesparender als in Pitești, Tanger mit seinem wenig ausgelasteten Riesenhafen nur 14 km von Spanien entfernt. Und das Wichtigste: Die meisten Arbeiter in der neuen Fabrik bemühten sich in ihrem »ersten echten Job«. Doch bislang kommt die für die Kapitalisten so wichtige Erstläufer-Rate FTC (*First Time Correct*[11]) kaum über 70 Prozent, teure Reparaturen sind Alltag. Im von *Renault* betriebenen und der Regierung bezahlten Trainingscenter fällt die Hälfte der ArbeiterInnen durch die Prüfung. Bevor sie ans Band »dürfen«, müssen sie 6000 (!) Mal ihre Handgriffe wiederholen. Haben sie es dann endlich geschafft, reicht es einem Teil von ihnen bereits nach kurzer Zeit; sie kommen nach dem Ramadan-Urlaub einfach nicht mehr zurück.

Streiks in Südafrika

Die große Ausnahme im zurückliegenden Jahr war Südafrika. Nach den heftigen Kämpfen im Winter im Bergbau und in der Agrarindustrie war im Sommer ein Teil der Autoproduktion wochenlang lahmgelegt. Los ging's schon im Mai mit einem zweitägigen Streik in der *Mercedes*-Fabrik in East London gegen die gleichen Pläne wie in Bremen: Fremdvergabe der Logistikarbeiten, unbezahlte Überstunden, einen Manager in der Lackiererei und für Fahrgeld. Die Arbeitsniederlegung begann mit einer verlängerten Mittagspause und entwickelte sich zu einem wilden Streik. Die NUMSA-Gewerkschaft trat sofort in Verhandlungen mit dem Management, das bereits eine gerichtliche Untersagung des Streiks eingeholt hatte.

5 Die CGT spricht von 250 ArbeiterInnen, die diese Bedingungen erhalten. In einer offiziellen Stellungnahme der Fabrikdirektion ist von 130 die Rede.

6 Siehe bspw. den ansonsten lesenswerten Artikel von Jose Chatroussat in der aktuellen *Insurgent Notes*: The Struggle at Peugeot in France, insurgentnotes.com/2013/10/the-struggle-at-peugeot-in-france.

7 Offensichtlich diente als Vorbild eine ähnliche Aktion bei Fiat in Polen vor zwei Jahren, siehe *Wildcat* 89: Sabotage bei Fiat in Tychy

8 Ungeachtet der Komplexität der Karosserie sind 40 Sek. in der Montage sehr intensiv. Globaler »Spitzenreiter« ist wohl Fiat Tychy mit 35 Sek. In Bremen sind es 70 Sek. für eine C-Klasse, 3 Min. für eine E-Klasse (hier wollen sie auf 2 runter). BMW Leipzig für den 1er: 76 Sek. In Graz wird der Mini alle 90 Sek. fertig. In China reichen die Taktzeiten je nach Modell von 52 bis 144 Sek.

9 Siehe *Wildcat* 81 Online: http://www.wildcat-www.de/wildcat/81/w81_dacia.htm

10 Im Oktober wurde die zweite Produktionslinie eröffnet und 1400 neue Arbeiter angeworben. Auf einer Fläche von 300 ha sollen 4700 Arbeiter und 300 »Führungskräfte« im nächsten Jahr 340 000 Autos produzieren. Die Energie kommt aus Biomasse und Eukalyptus-Holz; es soll zukünftig in der Nähe der Fabrik auf Plantagen wachsen. Der Lack erreicht den Automatisierungsgrad einer westeuropäischen Fabrik, der Rohbau ist nur zu 6 Prozent roboterisiert (90 Prozent in Westeuropa). Die Fabrik kostet 1,1 Mrd. Euro. Ein Arbeiter macht 44 Stunden die Woche (35 in Frankreich). Der Antrieb kommt aus Europa: Dieselmotoren und Getriebe aus der Renault-Fabrik in Sevilla (Spanien), von wo LKW und Fähre drei Stunden brauchen; aus Rumänien Benzinmotoren. Es gibt 18 Zulieferer, die sich lokal angesiedelt haben. Alle befinden sich in einer Freihandelszone im Umkreis von 30 km.

Am dritten Tag konnte die NUMSA die ArbeiterInnen zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegen. Die Forderung nach 20 Prozent mehr Lohn war dabei schon öffentlich. Es war ein kleiner Vorgeschmack auf das, was noch kommen sollte: Drei Wochen Streik in den Autofabriken und weitere vier bei den Autozulieferern.

Am 8. August 2013 traten 2200 ArbeiterInnen der BMW-Fabrik in Rosslyn in den Streik. Die NUMSA unterstützte die Forderung nach einer 50-prozentigen Erhöhung der Schichtzulagen. Am 19. August traten zehntausende ArbeiterInnen aller anderen Fabriken der sieben Autohersteller[12] in den Streik. In der NUMSA, die den Streik organisiert hatte, sind in diesen Fabriken von zwei Drittel (VW) bis 80 Prozent (GM, *Toyota*) der Beschäftigten organisiert. Die ArbeiterInnen forderten 14 Prozent mehr Lohn und Zuschüsse für Wohnen, medizinische Versorgung und Pendeln. Ein Bandarbeiter verdient 8500 Rand (620 Euro), wovon oft 20 Prozent für Fahrtkosten draufgehen.

Ende August droht BMW mit der Verlagerung der Fabrik und schiebt geplante Investitionen auf, die Zeitungen jammern über die unsicheren Bedingungen für Investoren. Der NUMSA-Chef betont, die Autokonzerne seien auf ihre südafrikanischen Fabriken angewiesen, weil sie selten so günstige Arbeitskosten fänden und hohe staatliche Subventionen bekommen. Nach drei Wochen Streik gab es 11,5 Prozent Lohnerhöhung für 2013, zehn Prozent für 2014 und nochmal für 2015; jährlich eine Fahrtkostenpauschale von 1200 Rand, 750 Rand Wohnzuschuss und einen 70-prozentigen Zuschuss zur Krankenversicherung. Ein Fließbandarbeiter verdient nun im Jahresschnitt 10 300 Rand (760 Euro).

Kaum war die Produktion wieder angefahren, da musste sie schon wieder stoppen. Neben Tankstellenarbeitern, Autoverkäufern usw. organisierte die NUMSA einen Streik bei den Autozulieferern, der einen Monat dauerte. Resultat: zehn Prozent Lohnerhöhung sofort, jeweils acht Prozent in den nächsten beiden Jahren.

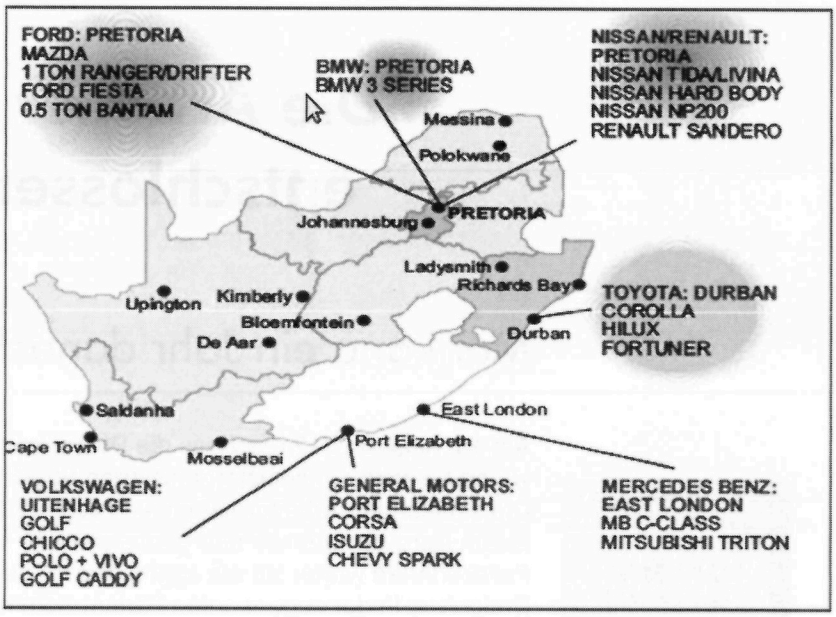
Diese Ergebnisse sind den anhaltenden Kämpfen geschuldet, in denen auch die NUMSA die Erhöhung der Reallöhne erreichen muss, will sie nicht das Schicksal der NUM im Bergbau erleiden. Der mehrjährige Abschluss hat für das Kapital jedenfalls wieder relative Planungssicherheit hergestellt.

Der Angriff auf die Einen bereitet den auf die Nächsten vor

Die Polarisierung in der Krise in »Gewinner« und »Verlierer« führt zu ganz unterschiedlichen Bedingungen für Kämpfe. Dementsprechend anders entwickeln sich diese. Die Werksschließungen in Westeuropa und der Angriff auf die »Festen« zeigt, dass es irgendwann jeden trifft. In den alten Werken in der BRD sind das nicht mehr nur die Logistikbereiche, sondern auch »Kernkompetenzen« wie Rohbau und Motorenproduktion. Niemand ist mehr sicher. Das Gefühl, nicht mehr unantastbar zu sein, hat sich in der Autoindustrie verbreitet.

Deshalb sind Kämpfe wichtig, in denen es gelingt, die Spaltungen in Feste, Leiharbeiter und Werkvertragler zu überwinden. Gewerkschaftliche Versuche, die Probleme juristisch zu lösen, haben zu Rückschlägen geführt; die ArbeiterInnen wurden durch Trennwände, Redeverbote und Kündigungen noch mehr gespalten. Dagegen gibt es in Bremen hoffnungsvolle Ansätze – etwa wenn das neue Redeverbot mit Werkvertrags-ArbeiterInnen nicht befolgt wird oder wenn die *Daimler*-ArbeiterInnen (fabrikübergreifende) Versammlungen zu Werkverträgen machen.

Mit *Opel* Bochum wird zum ersten Mal in der Geschichte der BRD eine Autofabrik ohne »Ersatzarbeitsplätze« geschlossen – und ohne dass neue Branchen entsprechend massenhaft ArbeiterInnen in einen produktiven Zyklus einsaugen könnten (s. Green New Deal, S. 52). Auch in der BRD sind die ArbeiterInnen auf der Suche nach neuen Antworten – und da können wir uns einmischen. Die Frage der Unterstützung stellt sich, und wir können sie anhand praktischer Erfahrungen international diskutieren. Oder warum nicht mal selbst mit Werkvertrag oder als LeiharbeiterIn reingehen? Opel sucht immer wieder Leute in Bochum, weil der Krankenstand in die Höhe schnellt. ■

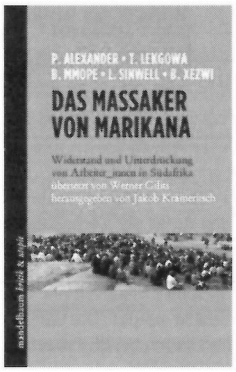


11 Die FTC-Rate berechnet den Anteil der Karosserien aus einem Bandabschnitts, die ohne Nacharbeit in den nächsten Abschnitt geschickt werden. Die Vorgaben liegen bei 85 Prozent und darüber.

12 Mercedes Benz in East London, BMW in Rosslyn, VW in Uitenhage, GM in Port Elizabeth, Ford in Port Elizabeth (Motoren) und Pretoria, Toyota in Durban, Nissan in Rosslyn. Insgesamt arbeiten in den OEM-Fabriken 30 000 ArbeiterInnen, bei Zulieferern 70 000.

»Die Arbeiter sind entschlossener geworden«

Marikana ein Jahr danach



P. Alexender, T. Lekgowa, B. Mmope, L. Sinwell, B. Xezwi: Das Massaker von Marikana. Widerstand und Unterdrückung von Arbeiter_innen in Südafrika. Übersetzt von W. Gilits, herausgegeben von J. Krameritsch. Wien (Mandelbaum) 2013

Am 16. August 2012 erschoss die Polizei im südafrikanischen *Marikana* 34 Arbeiter. Sie waren beteiligt am selbstorganisierten Streik tausender Arbeiter in einem Platin-Bergwerk. Die streikenden Arbeiter hatten sich sehr willensstark gezeigt, sich tage- und nächtelang auf einem Berg versammelt und gemeinsam ihr Vorgehen diskutiert. In den Medien und von PolitikerInnen waren sie als aggressive Wilde dargestellt worden. Die Aufarbeitung der Ereignisse in der sogenannten Farlam-Kommission (nach dem Vorsitzenden und ehemaligen Richter *Ian Farlam*) ist langwierig und wenig erfolgversprechend. Dennoch ist mittlerweile klar, dass Polizei, Politiker und der Bergbaukonzern *Lonmin* gemeinsam den gewaltsamen Abbruch des Streiks vorbereitet hatten. Die Arbeiter brachen den Streik aber trotz allem nicht ab. Zum Zeitpunkt des Massakers liefen schon mehrere Streiks im Bergbau, danach weiteten sie sich zu einer Streikwelle und auch in andere Sektoren aus. Das allein war ein wichtiger Erfolg für die Bergarbeiter und ein Zeichen ihrer Stärke, sie erreichten mit ihrer wochenlangen Arbeitsverweigerung außerdem eine relativ starke Erhöhung der Löhne.
Viele Arbeiter spüren davon aber wenig, ihre Löhne sind immer noch zu niedrig – und an den Arbeitsbedingungen hat sich kaum etwas geändert. Es brodelt daher weiter im Bergbau, die Gewerkschaften haben die Situation nicht vollständig unter Kontrolle, aber ihre Taktierereien und die Konkurrenz untereinander behindern mittlerweile den Ausbruch der Arbeiterwut. Man kann davon ausgehen, dass die Kampfwelle im Bergbau Vorbild war etwa für den langen Streik in der Autoindustrie in diesem Jahr (s. Artikel S.36). Der Gewerkschaftsbund COSATU ist durch die Konkurrenz eigenständiger Gewerkschaften wie der AMCU im Bergbau angeschlagen und steht selbst vor der Spaltung wegen der Wirtschaftspolitik des ANC. Der Unmut über die korrupten Bosse wächst an der Basis von COSATU und ANC immer weiter. Die größte COSATU-Gewerkschaft NUMSA (Metallarbeiter) droht zusammen mit einigen anderen Gewerkschaften mit dem Austritt und will dem ANC möglicherweise die Wahlkampffinanzierung entziehen. Diese Wut richtet sich auch gegen die NUMSA Bosse. Nach einer langen Phase der Desillusionierung könnten das handfeste Zeichen für den Zerfall des ANC sein.

Vor kurzem erschien die sehr schön gemachte deutschsprachige Ausgabe des Buches zum Massaker von Marikana, über das wir in der *Wildcat 94* berichtet haben. Es wurde um ein Glossar und Anmerkungen zu den Interviews, beides sehr hilfreich fürs Verständnis, und ein Nachwort zum aktuellen Stand ergänzt. Die Herausgeber haben außerdem ein Jahr nach dem Massaker Interviews mit Unterstützern der *Marikana Support Campaign* geführt, von denen wir hier einige Auszüge übersetzt haben.

Primrose Sonti: Vorsitzende der *Marikana Women's League* »Sikhala Sonke«, die sich am Tag des Massakers in Marikana gegründet hat

Bheki Buthelezi: Aktivist u.a. bei der *Bewegung der Hüttenbewohner*, Mitglied der *Marikana Support Campaign*

Thapelo Lekgowa: Co-Autor des Buches, Journalist und Feldforscher

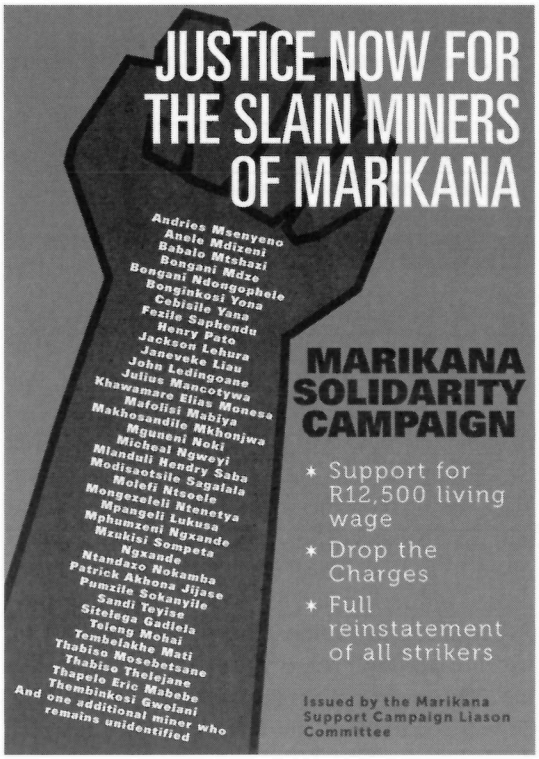
Trevor Ngwane: Aktivist und ehemaliger Soziologie-Dozent, 1999 aus dem ANC ausgeschlossen. Mitglied der *Marikana Support Campaign*

Das Massaker und die Marikana Support Campaign

Trevor Ngwane: Die *Marikana Support Campaign* protestiert in erster Linie dagegen, dass 34 streikende Arbeiter von der Polizei erschossen wurden. Ihr einziges Verbrechen war es, einen Lohn zu fordern, der zum Leben reicht. Und als die Bosse sie nicht mir ihrer eigenen Gewerkschaft vom Kämpfen abhalten konnten, wandten sie sich an den Staat und der schickte die Polizei. Wir denken, dass man nicht einfach 34 Arbeiter töten kann und dann geht alles weiter wie immer, sorry. Das hier ist genauso wichtig wie das Massaker von *Sharpeville*, das vom Juni 1976 in Soweto oder die *Bambatha Rebellion* 1906, als die britischen Kolonialisten rebellierende Zulu umbrachten. Wir wollen verhindern, dass sowas jemals wieder passiert und sicherstellen, dass jeder davon weiß, sich erinnert und wütend ist. Natürlich weigert sich die Regierung, überhaupt von einem »Massaker« zu sprechen, sie sagen, es war eine Tragödie, ein Unglück oder ein Exzess der Polizei. Das stimmt nicht. Wir denken nicht, dass die Polizei die Macht, Dreistigkeit oder Dummheit haben würde, ohne Anordnung von ganz oben 34 Leute zu erschießen.

Außerdem wollen wir Gerechtigkeit. Wir wollen, dass diejenigen bezahlen, die die Arbeiter getötet haben. Dass sie sich vor Gericht verantworten müssen und erklären, warum sie das getan haben. Wir könnten uns einfach auf die Polizisten konzentrieren, das ist das erste Ziel, das zweite und wichtigste Ziel ist es, diejenigen zu finden, die die Polizei angewiesen haben, die Bergarbeiter zu töten – und das geht vielleicht bis ins Kabinett und zum Präsidenten. Und drittens wollen wir Entschädigungen, finanzielle Hilfe für die Witwen, die Geschwister, die Familien der getöteten Bergarbeiter. Auch für die Verwundeten, es wurden nämlich 80 Arbeiter verletzt, einige ziemlich schwer.

Trevor Ngwane: Ein Jahr nach dem Massaker hat kein Polizist, kein(e) Regierungsverantwortliche(r) diese Fragen beantwortet: Warum hast du geschossen? Warum hast du diesen Befehl gegeben? Das wurde alles der Farlam-Kommission überlassen. Aber diese Kommission dient eher als Deckmantel, als dass sie die Wahrheit aufdecken würde. Und das größte Problem momentan ist, dass die 80 Verletzten und die 270 Verhafteten keine AnwältInnen haben. Denn der Staat finanziert ihre AnwältInnen nicht, wohl aber die juristische Vertretung der Polizei und die Kommission. Und *Lonmin* kann sich selbst bis zu fünf AnwältInnen leisten. Der Staat bezahlt sieben AnwältInnen für die Polizei! Deshalb unsere Kampagne.



Aber das ist nur ein Teil des Problems. Selbst wenn wir eine juristische Vertretung finanzieren können, steht diese gegen sieben AnwältInnen der Polizei und fünf von *Lonmin*. Das hat also nichts mit Gerechtigkeit zu tun. Auch dann bleibt fraglich, ob wir die Wahrheit herausfinden werden.

Selbstorganisation

Bheki Buthelezi: Als der ANC 1994 an die Macht kam, ging er zu unserer Überraschung nicht anders mit uns um als die Apartheid-Regierungen. Wenn wir auf unseren Rechten bestehen und kämpfen, werden wir sofort verhaftet oder umgebracht. Erschossen.

Immer heißt es »öffentliche Gewalt«. Dabei geht es um öffentliche Dienstleistungen *(Service Delivery Protests* für Strom, Wasser, Wohnungen usw.). Wie kann da die Öffentlichkeit gewalttätig sein, wenn sie verlangt, was ihr sowieso gehört? Die Arbeiter verlangen nur ihre Rechte. Die Regierung erklärt das für illegal, weil die Kämpfe selbst organisiert sind. Aber in diesem Land heißt es immer, irgendwer muss dich organisieren. Und dieser irgendwer wird dann von oben kontrolliert. Die Fäden werden im Hintergrund gezogen, wie bei der NUM: Die NUM wird nicht von den Arbeitenden kontrolliert. Die Regierung, die herrschende Partei hält die Fäden in der Hand.

Ich sehe Parallelen zur medialen Berichterstattung unter der Apartheid - sogar der fortschrittlicheren. Ich glaube, für die Industriekapitäne

Lonmin ist das Bergbauunternehmen, dass das Platinbergwerk in Marikana betreibt.
Die *National Union of Mineworkers* (NUM) ist die südafrikanische Bergarbeitergewerkschaft des ANC-nahen Gewerkschaftsverbandes COSATU.

- auch die der Medienindustrie - war es oft furchtbar zu erkennen, dass ArbeiterInnen denkende, fühlende Wesen sind, die fähig sind, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen – die die Gesellschaft verändern können, in einer für die Eliten ungemütlichen Weise. Ich glaube, das ist die Angst vor den Massen, vor der Macht der organisierten ArbeiterInnenklasse.

Thapelo Lekgowa: Jetzt interessiert uns der politische Einfluss bei dem ganzen Szenario. Leute wie Ramaphosa, der ein Investor bei *Lonmin* ist, und seine Kollegen, mit denen er beschlossen hat, dass es ihnen reicht. Das ist ein Lehrbeispiel dafür, wer die Macht hat. Nur dieser politische Einfluss erklärt, warum die Arbeiter erschossen werden konnten; wo Shabangu [Susan Shabangu, Bergbauministerin] in einer Email erzählt, dass sie den Präsidenten informiert hat; die Deklassifizierung eines Arbeitskampfes zu einem kriminellen Akt. All das hat zum Massaker beigetragen. Als sie sagten: »Das hat nichts mehr mit Streik zu tun. Das ist eine Bande von Kriminellen, am Berg.« *Lonmin* genauso, die haben gesagt: »Die Leute am Berg gehören nicht zu uns. Das sind Kriminelle, die da am Berg sitzen.« Auch die NUM, die haben ihre Mitglieder im Stich gelassen, die dort in der Mehrheit waren. Sie haben gesagt: »Von uns ist niemand am Berg. Unsere Mitglieder arbeiten.« Dabei hätte es gereicht, wenn irgendjemand von *Lonmin* sich mit den ArbeiterInnen getroffen hätte.

Die ArbeiterInnen haben immer gesagt: »Holt uns den Arbeitgeber her.« Das haben sie der Polizei gesagt, den Medien: »Bringt den Arbeitgeber her, er kann auch aus dem Auto mit uns sprechen. Mehr wollen wir nicht.« Wenn Menschen sich selbst organisieren, dann geht es um direkte Verantwortlichkeit und um direkte Demokratie. Also ging es darum, dass der Arbeitgeber sich allen gegenüber zeigen sollte. Und eben nicht darum, dass er mit einer kleinen Gruppe hinter verschlossenen Türen spricht, und diese Gruppe erzählt dann den Leuten, was das Management gesagt hat. Das Kapital hat seine eigenen Strukturen, und auf denen besteht es bei Verhandlungen. Und als die ArbeiterInnen diese Kanäle der Bürokratie zerstört haben, dass man sich an die Hierarchien zu halten hat, meinte das Kapital, besser Schluss damit machen. Denn das zerstört die gesamte Bürokratie, dass sich jemand direkt zu verantworten hat. Das ist wie in einer Community, wenn Leute sagen: »Was geht uns der Gemeinderat, der Bürgermeister an? Wir wollen, dass der Präsident kommt und mit uns spricht. Immerhin ist er unser oberster Boss.« Denn das ist, was die Leute gemacht haben: die ganzen Vermittlungsebenen loswerden und mit dem Boss reden.

Die Frauen von Marikana organisieren sich

Primrose Sonti: Das erste Ziel der Organisation [*Marikana Women's League* »Sikhala Sonke«] war es, etwas zur Einheit beizutragen in *Wonderkop* [Stadt bei Marikana]. *Wonderkop* ist gespalten. Denn da ist das Bergwerk, wegen dem Bergwerk sind wir hier. Wir sind nur wegen unserer Männer hier, unserer Brüder. Wir wollen also diese Spaltung überwinden. »Ich bin Tswana«, »ich bin Xhosa«, »ich bin ...«, »ich kann mich da nicht anschließen«. Erstmal möchten wir uns vereinen. Und dann zweitens: Wir möchten den Kampf der BergarbeiterInnen unterstützen. Denn das ist unser Kampf. Wir leben ja mit ihnen hier in der Community. Die Arbeiter sind zwar im Bergwerk, aber nach Feierabend leben wir hier mit ihnen, in der Community. Was sie also in der Arbeit verletzt, verletzt uns hier in der Communtiy. Unser zweites Ziel: Wir unterstützen sie. Drittens: Wir Frauen finden hier in *Wonderkop* keinerlei Arbeit, und darunter leiden wir. Wir möchten als Organisation also ein Projekt, mit dem wir Arbeitsplätze schaffen. Aber leider haben wir echt gar nichts. Wir sind offen gegenüber allen, die unserer Organisation helfen möchten. Denn wir möchten erstmal die Situation hier in Wonderkop verändern, die echt schlimm ist. Es ist schon schwer, zu meinem Haus zu kommen. Wegen der Straßen. Bei Regen kommst du nicht durch. Die Kinder kommen kaum zur Schule. Wenn jemand krank wird, dann stirbt sie/er hier. Denn die Ambulanz muss warten, bis die Straße trocken ist, damit sie herkommen kann. Wenn es hier regnet, ist es echt schwierig.

Thapelo Lekgowa: Die Frauen von Marikana sind sehr gut organisiert, sie waren die am besten organisierte Gruppe, vor und nach dem Massaker. Vor dem Massaker haben die Frauen Essen zum Berg gebracht. Auf dem Weg dorthin haben sie sich getroffen und miteinander gesprochen. Da waren sie noch nicht so organisiert wie nach dem Massaker. Denn dann wurden sie viel radikaler und haben viel Gutes bewirkt. Sie wollten Antworten, und zwar sofort, und kümmerten sich um die unmittelbaren Probleme. Selbstorganisation ist eine schwierige Sache und nichts, was man schnell und einfach hinkriegt. Für sie wurde es zu diesem Zeitpunkt leichter, sich zu organisieren und dafür zu kämpfen, dass ihre Männer, Brüder und Verwandten freigelassen werden. Zweitens setzten sie sich dafür ein, dass die Toten identifiziert werden und sie Zutritt zu den Institutionen erhalten, wo sie die Toten finden können. Außerdem haben sie ihrem Schmerz darüber Ausdruck verliehen, dass auf ihre Männer geschossen worden ist, oder darüber, dass sie streiken

民工

Bettler in der Provinz Hunan

und unterbezahlt sind. Dadurch haben sie sich langfristig organisiert, auch heute noch. Sie haben beschlossen, zusammenzubleiben und sich für die Arbeitskämpfe einzusetzen – obwohl sie selbst arbeitslos sind, werden sie mit ihren Männern kämpfen. Sie werden auch um die Probleme der Community kämpfen, mit denen sie jeden Tag konfrontiert sind.

Situation heute

Primrose Sonti: Unsere Männer, unsere Söhne, sie arbeiten schwer. Deshalb sind sie zum Berg gegangen, sie wollten mit dem Management über die Löhne verhandeln. Aber wenn du dir die Entfernung vom Bergwerk hierher ansiehst – es ist erstaunlich! Ich denke, auch du würdest erwarten, hier etwas Besseres vorzufinden. Wir haben hier Probleme mit dem Wasser, mit dem Strom. Die Kinder, die Alten - sie sterben, weil es keinen Strom gibt. Drüben, auf der neuen Seite der informellen Siedlung, gibt es jetzt Strom. Also zapfen die Leute illegal Stromleitungen an. Denn sie brauchen den Strom. Diese Anschlüsse haben wir selbst hergestellt. Aber es gibt kein Wasser hier. Und keine Regierung, kein Bergwerk hilft uns. Glaub' nicht, dass die Regierung dich schützen wird, die werden doch von diesen Leuten geschmiert.

Thapelo Lekgowa: Ein Jahr nach dem Massaker ist für mich klar, dass sich nicht viel verändert hat. Einige der Arbeiter sagen, dass sich ihre finanzielle Lage durch die Lohnerhöhung verbessert hat. Außerdem sind die Arbeiter entschlossener geworden. Sie stehen stärker für ihre Rechte ein, dass sie sich zum Beispiel weigern, unter unsicheren Bedingungen zu arbeiten. Das ist eine sehr wichtige Veränderung, dass sich die Haltung der Arbeiter zur Arbeit verändert. Sie arbeiten, aber sie wollen eine viel sicherere Arbeitsumgebung. Jemand von außen könnte denken, es hat sich nichts geändert, weil die Arbeiter immer noch in Hütten oder beschissenen Wohnheimen leben, immer noch genauso hart arbeiten, unter beschissenen Bedingungen. Aber viele Arbeiter sagen auch, irgendwie hat sich verändert, wie alles läuft. Diese Veränderung wird wahrscheinlich von der Militanz der Arbeiter angetrieben, und das ist eine großartige Entwicklung.

Tiefe Wunden

Thapelo Lekgowa zur Entstehung des Buches: Wir wollten vor allem mit Arbeitern sprechen, die dabei waren. Einer der wichtigsten Aspekte dieser sehr frühen Dokumentation war, dass wir Arbeiter gefunden haben, die von den Ereignissen traumatisiert waren und mit denen wir einen Gesprächsprozess durchmachen konnten. Es hat mit manchen Leuten nicht nur einen Tag gedauert, sie zu interviewen, sondern zwei Wochen. Denn sie konnten nicht reden, sie sagten: »Ich bin noch nicht bereit, lass uns morgen reden.« Und dann am nächsten Tag dasselbe. Aber wir haben gemerkt, dass dieser Mensch etwas zu sagen hat, denn manche haben sogar angerufen und gefragt, ob wir wirklich kommen – und als wir angekommen sind, haben sie wieder abgesagt. Das ist wahrscheinlich das Trauma, wenn jemand denkt, er kann reden, aber dann merkt, dass viele Gefühle hochkommen. Für afrikanische Männer ist es sowieso schwer, einem anderen Mann gegenüber ihre Gefühle zu zeigen, dann gilt man als Weichling. ■

Die Arbeit der Autoren und ArbeiterInnen an diesem Buch, die dabei gesammelten Erfahrungen und das dabei geteilte Wissen waren ein wichtiger Ausgangspunkt für die Etablierung der *Marikana Solidarity Campaign*. Diese setzt sich für die Familien der getöteten Arbeiter, für die vielen Verletzten und die Hunderte Verhafteten ein. So finanziert sie etwa deren juristische Vertretungen bei der staatlich eingerichteten Farlam-Kommission, die die Ereignisse um das Massaker zu untersuchen hat. Sie unterstützt die ArbeiterInnen auch in ihrem Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen.

Spenden können auf ein österreichisches Bankkonto überwiesen werden:
Dr. Jakob Krameritsch,
Bank Austria; IBAN:
AT161200010004742457;
BIC: BKAUATWW;
Verwendungszweck: »Marikana Support Campaign«

Der Streik bei **Neupack** und die Frage der

Der Streik beim Verpackungshersteller Neupack in seinen beiden Werken in Hamburg-Stellingen und Rotenburg/Wümme (insgesamt 200 Beschäftigte, davon zwei Drittel in der Produktion v. a. von Joghurtbechern) wurde geführt unter der Parole »Gerechtigkeit. Gegen die Willkür bei Neupack«. Ziel von Gewerkschaft und Betriebsrat war ein Haustarifvertrag. Dieser sollte 83 Prozent der Lohnsumme des Flächentarifvertrags betragen und Lohngruppenbeschreibungen enthalten, um eine transparentere Eingruppierung der ArbeiterInnen zu gewährleisten.
Der Streik erreichte breite öffentliche Beachtung und eine in Hamburg seit langem nicht gekannte Unterstützung von außen – auch von linksradikalen Kreisen. Es wurde aber kein »Sieg« daraus.

Die Streikenden ...

... glaubten, dass sie den Kapitalisten durch ihren Streik treffen können. Dies erwies sich als eine Fehleinschätzung. Die Angestellten beteiligten sich nicht am Streik; von den Maschinenführern, die im Zentrum der Produktion bei Neupack stehen, beteiligte sich nur ein kleiner Teil. Dies war die Voraussetzung dafür, dass die Produktion nach der Einstellung von Streikbrechern relativ schnell wieder hochgefahren werden konnte. Das etwas außerhalb der Produktionsstätten liegende volle Lager wurde überhaupt nicht bestreikt. Eine Blockade des Lagers war weder von der IG BCE noch von den Streikenden selbst vorgesehen. Neupack konnte liefern; Engpässe wurden durch Zukäufe überwunden.

Der Streik wurde im Wesentlichen getragen von den einfachen ArbeiterInnen, die meist untertariflich bezahlt wurden und über die immer schlechteren Arbeitsbedingungen klagten. Die Vorarbeiter und Maschinenführer wurden hingegen übertariflich bezahlt. Genau diese Spaltung ist heute in Betrieben sehr häufig anzutreffen. Neupack ist insofern kein Betrieb, der nach »Gutsherrenart« geführt wird, wie das die Gewerkschaft immer ausdrückte, sondern ziemlich »modern«. Dazu gehört auch, dass viele der besser Bezahlten keine formale Qualifikation besitzen, sondern sich hocharbeiten konnten, was ihre große Loyalität gegenüber dem Kapitalisten erklärt. Der Streik war damit nicht so sehr eine Antwort auf eine besonders skandalöse Situation, sondern der Versuch der schlechter bezahlten ArbeiterInnen, in einer gespaltenen Belegschaft ihre Position grundlegend zu verbessern und rechtlich abzusichern. Letztendlich streikten überwiegend die PackerInnen, die alle unterschiedliche Stundenlöhne und ebenso willkürliche Zulagen erhielten.

Ein Erzwingungsstreik hätte eine massive Blockade des Betriebes und des Lagers mit Hilfe von außenstehenden Kräften notwendig gemacht. Dies hätte aber den gewerkschaftlichen Rahmen gesprengt. Das war nicht gewollt – und wahrscheinlich auch nicht möglich.

Dem Streikaufruf der Gewerkschaft folgten ungefähr 40 ArbeiterInnen in Rotenburg und 70 in Hamburg-Stellingen. Sie hofften zunächst auf Stärke und Einheit durch die Organisationsmacht der Gewerkschaft. Als die Gewerkschaft das Ziel »Tarifvertrag« aufgab, fühlten sie sich hintergangen und protestierten. Es entstanden aber zu keiner Zeit eigene Strukturen der ArbeiterInnen. Ausdruck davon ist, dass die konkreten Streikziele nicht diskutiert waren und die Streikenden auch nicht sagen konnten, was denn genau die Inhalte eines Tarifvertrags sein sollten. Eine Diskussion darüber, wer denn von einem Tarifvertrag* im Betrieb etwas hat und wer nicht, wurde von Streikenden und Solikreis zurückgewiesen: Dies würde nur die »Einheit« unter den Streikenden sprengen.

Die Streikbrecher ...

... kamen nicht nur aus demBetrieb. Bereits eine Woche nach Streikbeginn setzte der Unternehmer Streikbrecher aus Polen ein. Die anfangs noch entschlossene Streikkette, die ihnen den Zugang versperrte, wandelte sich nach gerichtlicher Reglementierung zu einem wirkungslosen Haufen. Die späteren Blockadeaktionen waren vor allem von externen UnterstützerInnen getragen; die Streikenden beteiligten sich nur am Rande.

Dabei gelang es nicht, einen gemeinsamen Umgang mit den Streikbrechern zu finden. Während die Streikbrecher aus dem Betrieb mit der Zeit nicht einmal mehr aufgefordert wurden zu streiken, konzentrierte sich alles auf die Streikbrecher aus Polen. Im Januar 2013 stellte Neupack weitere Streikbrecher ein. Spätestens ab da richtete der Streik ökonomisch nichts mehr aus. Mitte Januar wurde bei einer Auseinandersetzung in der Unterkunft der polnischen Streikbrecher in Rotenburg

IG BCE steht für Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

* In der BRD ergibt sich das Streikrecht einzig aus dem im Grundgesetz festgeschriebenen Koalitionsrecht. Gewerkschaften dürfen nur nur nach dem Scheitern von Tarifverhandlungen zum Streik aufrufen – mit dem Ziel Tarifvertrag. Allerdings kann auch kein Beschäftigter zu Streikbruch oder direkter Streikarbeit gezwungen werden.

»Streikunterstützung«

ein polnischer Arbeiter schwer verletzt. Die Polizei ermittelt gegen Arbeiter von Neupack aus Rotenburg. Was auch immer dort passiert ist: Spätestens jetzt hätten die Streikenden und auch der Solikreis die bisherige Strategie gegenüber den polnischen Streikbrechern überdenken müssen. Stattdessen wurde dieses Thema totgeschwiegen.

Die Gewerkschaft ...

... hatte anfangs offenbar dieselbe Fehleinschätzung über die Geschlossenheit der Belegschaft und die Auswirkungen eines Streiks wie die ArbeiterInnen. Anders ist nicht zu erklären, dass sie die Strategie eines Erzwingungsstreiks wählte. Die Forderung nach einem Tarifvertrag war der Versuch, möglichst viele unter einen Hut zu kriegen: Untere Lohngruppen anheben, ohne dass die oberen etwas verlieren; die Frage der Prämien ausklammern und vor allem Aufstiegsprozeduren regeln – eine Verrechtlichung, bei der man auf das Entgegenkommen des Unternehmers setzte. Dies klappte aber weder in Richtung der Beschäftigten, noch ließ sich der Unternehmer auf Verhandlungen über einen Haustarifvertrag ein.

Nach einer Unterbrechung des Streiks über die Weihnachtstage änderte die Gewerkschaft ihre Streiktaktik und rief den Flexi-Streik aus: Unter großem Gedöns wurden die ArbeiterInnen wieder in den Betrieb geschickt, um dann wochenweise immer mal wieder zum Streik herausgerufen zu werden. Der Flexistreik war der Versuch, den Streik auslaufen zu lassen, aber noch als Verhandlungspartnerin auftreten zu können. Da nun mit den zusätzlich eingestellten Streikbrechern zusammen viel zu viele Arbeiter im Betrieb waren, entstand zudem die absurde Situation, dass die flexiblen Streiktage ein »Geschenk« für Neupack waren. Der Unternehmer sparte Personalkosten bei gleichzeitig vollen Lagern.

Chronologie:

01.11.2012:	Beginn des unbefristeten Erzwingungsstreiks für einen Haustarifvertrag
06.11.2012:	Polnische StreikbrecherInnen nehmen die Arbeit auf; zuerst als Leiharbeiter, später werden sie befristet eingestellt.
Ab Dezember:	An einzelnen Tagen Blockade der Tore durch externe UnterstützerInnen
17.01.2013:	Letzte Blockadeaktion
24.01.2013:	Arbeitsaufnahme und Beginn des Flexistreiks
09.08.2013:	Streik offiziell beendet

Streikergebnisse:

- Kein Haustarifvertrag, lediglich Betriebsvereinbarung
- Regelungsabreden zu Funktions- und Tätigkeitsbeschreibungen aller ArbeiterInnen in der Produktion, Vergleichbarkeit der Arbeitsplätze;
- Regelungsabreden zum Urlaubsgeld und den Tätigkeitsgruppen;
- Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 38 Stunden bei vollem Lohnausgleich;
- Stundenlohn jetzt mindestens 9 Euro (zuvor 7,80) bis zu mehr als 18 Euro.

Berichtet wird aber auch über Mobbing, Abmahnungen gegen Streikaktivisten und weiterhin unterschiedliche Bezahlung.

Der Solikreis ...

... hatte sich in Hamburg schon vor Streikbeginn gebildet. Er wollte die ArbeiterInnen in ihrem Kampf bedingungslos unterstützen.

Zu Beginn des Kampfes gab es vom Solikreis keinen Widerspruch zur Gewerkschaft(sführung) und deren Strategie. Als die BCE vom Ziel »Tarifvertrag« abrückte, baute er die Gewerkschaftsführung als Gegner auf, »die auf Sozialpartnerschaft macht gegen einen kleinen Krauter, der Klassenkampf macht« und die »geschlossene Streikfront der kämpfenden Neupack-ArbeiterInnen« verraten würde. Die Öffentlichkeitsarbeit des Solikreises war ohne Zweifel für die Bekanntheit des Streiks ausschlaggebend. Allerdings war jene auch immer »taktisch« im schlechten Sinne, indem die offenkundigen Probleme des Streiks nicht benannt wurden.

Der Solikreis traf sich regelmäßig im Streikzelt. Viele Infos und Flugblätter sind auf seinem Blog zu finden: http://solikreis.blogsport.de

Auch intern war eine Diskussion über Spaltungen und Schwächen des Streiks nicht gewünscht. Problematisch war insbesondere, dass sich die externen UnterstützerInnen, zu denen auch wir gehörten, bei den Blockaden weitgehend auf die polnischen Streikbrecher konzentrierten. Hier hätten wir frühzeitig unseren Unmut äußern sollen.

Eine Streikunterstützung, wie sie der Solikreis vertrat, neigt dazu, stellvertretend für die ArbeiterInnen zu handeln – auch wenn er das Gegenteil behauptet und vielleicht auch will. Der Kreis rutschte schnell in diese Rolle, weil es keine sich selbst organisierenden ArbeiterInnen gab, die versucht hätten, die Situation zu bestimmen.

Grenzen des Streiks

Der Streik bei Neupack hatte zwei Beschränkungen, die nicht überwunden werden konnten: Innerbetrieblich konnten die bestehenden Spaltungen nicht angegriffen und neue nicht verhindert werden. Nach außen konnte der Streik – trotz seiner recht breiten medialen Öffentlichkeit und des Interesses der linksgewerkschaftlichen und linksradikalen Szene in Hamburg – keine »Strahlkraft« erlangen: Die Unterstützung von außen beschränkte sich auf die Szene und Parteienvertreter. Die Streikenden bei Neupack bezogen sich nicht auf andere Auseinandersetzungen; Besuche von ArbeiterInnen aus anderen Belegschaften am Streikzelt blieben minimal und beschränkten sich auf gewerkschaftliche Funktionsträger.

Solidarität

Was wäre die Voraussetzung für eine Überwindung dieser Grenzen gewesen? Eine Verallgemeinerung des Kampfes über diese Grenzen hinaus hätte wirkliche Solidarität bedeutet, die etwas anderes ist als die zahlreiche Solipost. Der Rätekommunist Henri Simon schrieb vor einiger Zeit über die Wirksamkeit von medialer Solidarität: »Die Solidarität in den Kämpfen basiert nicht auf einer Ideologie oder einem Bewusstsein, sondern auf einer wahrnehmbaren Interessengemeinschaft in der alltäglichen Ausbeutung. […] Solidarität im Klassenkampf ist zuallererst eine Interessengemeinschaft, die ausmacht, dass die ArbeiterInnen in einem gegebenen Moment fühlen, dass ein Kampf ebenfalls ihr eigener Kampf ist, und dass sie eine Macht beugen können, die ihnen gewöhnlich wie eine Mauer gegenübersteht. Der Kampf nimmt daher seine eigene Dynamik an, was man Solidarität nennen kann: Die Solidarität im Klassenkampf ist zuerst Kampf für sich selbst und sein eigenes Interesse, oft weit entfernt von den großen Idealen, mit denen man ihn belegt. Jeder Kampf, so beschränkt er auch sein mag, nimmt seine eigene Dynamik an, und um diese Interessengemeinschaft herum verlängert er sie, verändert sie oder beschränkt sie.« Aus dieser Argumentation spricht einerseits die Erkenntnis der begrenzten Möglichkeiten, von außen Kämpfe wirklich zu unterstützen, andererseits auch die Kritik an allen Gruppen, die den ArbeiterInnen sagen, was sie zu tun hätten. Wenn Solidarität auf eine »wahrnehmbare Interessengemeinschaft« gründet, muss diese gegeben sein und erkannt werden können. Die Bedingungen für eine Verallgemeinerung des Kampfes waren nicht vorhanden, ArbeiterInnen ähnlicher Betriebe nahmen den Faden nicht auf. Die ArbeiterInnen waren in einer schwachen Position – damit sind viele ArbeiterInnen konfrontiert.

Was macht die Schwäche solcher Belegschaften aus? Innerhalb der gesamten Produktionsketten sind es technologisch eher »durchschnittliche« Betriebe mit einem hohen Anteil an angelernten ArbeiterInnen und wenigen »qualifizierten« Anlagen- und Maschinenführern. Innerhalb der Betriebe gibt es vielerlei Spaltungen (gelernt/ungelernt; hohe Fluktuation; verschiedene Firmen). Die Gewerkschaften – wenn sie überhaupt präsent sind – sind Ausdruck dieser Spaltungen; Tarifverträge schreiben sie fest.

Wie lässt sich aus solchen Ausgangssituationen Stärke im Kampf gewinnen? Welche Lehren können wir aus der Erfahrung bei Neupack ziehen?

Grundsätzlich scheint es sinnvoll zu sein, nicht die *Besonderheit*, sondern die *Allgemeinheit* der Probleme und Kampfziele zu betonen. Über eine Skandalisierung kann man zurzeit zwar große mediale Aufmerksamkeit bekommen, aber aus der Opferrolle kommt man dann so schnell nicht mehr raus. Bei Neupack hätte dies bedeutet, nicht die Forderung nach einem Tarifvertrag in den Vordergrund zu stellen, sondern die Kritik der ArbeiterInnen an ihren schlechten Löhnen und ungleichen Arbeitsbedingungen.

Viele Kämpfe in solchen »schwachen« Sektoren kommen ohne Unterstützung von außen nicht aus. Erfahrungen aus den USA (*Wal-Mart*) und Italien (Streik der Logistik-ArbeiterInnen bei IKEA) zeigen mögliche weitergehende Antworten: Schwache Belegschaftsteile kämpften für sich, mit Unterstützung von außen. Weil sie sich klar positionierten, hatten sie auch eine starke Ausstrahlung. Sie haben nicht darauf gewartet, dass sich andere Arbeiterkategorien anschließen, sondern nach wirkungsvollen Angriffspunkten gesucht. Sie haben sich nicht von den Gewerkschaften das Vorgehen diktieren lassen, sondern versucht, diese zur Durchsetzung ihrer Interessen zu nutzen. Vorausgegangen war dem allerdings ein intensiver Prozess von Organisierung – mit Hausbesuchen und Versammlungen, bevor die Streikfront stand. ■

Henri Simon: Solidarité virtuelle, in: *Échanges*, Juli 1997 (eigene Übersetzung)

»Revolution in den Logistik-Zentren« und »Der neue Blaumann« in: *Wildcat* 95; »Der Cappuccino-Sieg der LogistikerInnen« auf http://debatteforum.wordpress.com

Im vorigen Artikel ging es um einen gewerkschaftlich organisierten Erzwingungsstreik, von dem sich die ungelernten ArbeiterInnen bessere Löhne erhofften.

Im Folgenden. geht es weiter um die Frage, wie ArbeiterInnen Macht entwickeln können:
– der erste berichtet, warum eine »kampfstarke« Belegschaft die Verlagerung des Betriebs nicht verhindern konnte;
– als zweites kommt ein Flugblatt, das vorschlägt, nicht für die Weiterführung der Betriebe zu kämpfen, sondern vom Unternehmer ein gerantiertes Einkommen zu fordern;
– als drittes kommen Thesen, warum die Forderung nach einem garantierten Grundeinkommen das Gegenteil vom gedachten Ziel erreichen könnte.

»Härtester Streik der württembergischen Nachkriegsgeschichte« *(Stuttgarter Zeitung)*

Der Kampf gegen die Schließung des **Norgren**-Werks in Großbettlingen ist ein Beispiel für viele ähnliche Auseinandersetzungen. Norgren baut Pneumatik- und Hydraulikprodukte für Nutzfahrzeuge.

Der kleine Betrieb mit 75 vor allem ungelernten ArbeiterInnen, die Mehrzahl Frauen, galt als kampfstark: 2007 und 2009 konnten die ArbeiterInnen den britischen Besitzer an der Schließung hindern. Zugute kam ihnen die Just-in-time-Produktion. Ihre Streiks konnten die Produktion bei den Kunden stoppen oder gefährden und deshalb Druck auf den Unternehmer ausüben. Dieser hat inzwischen in Tschechien eine Parallelfertigung aufgebaut; in Großbettlingen stellte man von *jit* auf Lagerhaltung um; zudem wurde ein neues Pufferlager errichtet. Vor Bekanntgabe der Schließung wurde mit Hochdruck gearbeitet.

Mit Verkündung der Schließung am 30. August 2013 tauchen Leute eines Chemnitzer Sicherheitsdiensts auf und verweisen die Beschäftigten des Geländes. Am Tag danach geht die Produktion unter strenger Kontrolle weiter. Am 7. Oktober beginnt der Streik, erst zwei Wochen ohne Streikgeld, danach sechs mit. Die Moral ist hoch, die Streikposten sind bis zum Schluss gut besetzt. Aber die ArbeiterInnen nehmen den Streik nicht selbst in die Hand – so wie zu Anfang, als sie den Abtransport einer Anlage nach Tschechien blockierten. Per einstweiliger Verfügung und 140 000 Euro Strafandrohung wurden diese Blockaden beendet. Seitdem predigten Gewerkschaft und Betriebsrat Legalität. Ein Tiefschlag war, dass die Produktion relativ schnell wieder aufgenommen werden konnte, mithilfe einer Handvoll Stammbelegschaft (v. a. Angestellte), einigen (nicht tarifgebundenen) Leiharbeitern – vor allem aber mit Arbeitern aus der wenige Kilometer entfernten Norgren-Schwesterfabrik!

Während nach außen der »Kampf um jeden Arbeitsplatz« beschworen wurde, war nun klar, dass es nur noch um einen Sozialtarifvertrag geht. Die Streikenden verloren das Interesse und überließen das Feld endgültig Betriebsrat und Gewerkschaft. Der verhandelte Sozialplan ist eine Niederlage: ein Monatsgehalt pro Beschäftgungsjahr Abfindung, nach Betriebszugehörigkeit gestaffelt bis zu zwei Jahre Transfergesellschaft. ■

Aufruhr in der Bretagne ...

... seit Wochen: Massendemonstrationen, Straßenschlachten, Sabotage. Die Einführung einer »Ökosteuer« in Form einer LKW-Maut – bislang waren die Autobahnen in der Bretagne mautfrei – wurde mit Sabotageaktionen an Mautstellen und Radarfallen bekämpft, LKW-Fahrer blockierten die Straßen. Hinzu kommt die Senkung der EU-Subventionen für Exportfleisch, die das Geschäftsmodell vieler Hühner- und Schweinemastbetriebe, die sich in der Region angesiedelt haben, hart trifft. Sie schließen oder drohen mit Massenentlassungen – und scharen ihre ArbeiterInnen um sich, um gemeinsam Forderungen an den Staat zu stellen. Die Bewegung ist eine Mischung aus Kleinunternehmertum, bretonischem Regionalismus (gegen die Stadt, gegen Paris, gegen das Ausland) und Verteidigung der Arbeitsplätze durch die Gewerkschaften. Als einigendes Symbol tragen sie rote Mützen, wie schon Bauern in der Westbretagne, die sich im 17. Jahrhundert gegen die Steuerpolitik des Königs erhoben. Auch Le Pen, alter Chef des *Front National*, trägt die rote Mütze.

Eine schwierige Gemengelage, in die die Gruppe *Mouvement Communiste* versucht, politisch zu intervenieren, indem sie die Fronten klärt. Sie hat ein Flugblatt verfasst und auf Kundgebungen in der Bretagne an die ArbeiterInnen verteilt, die gegen den Verlust ihrer Arbeitsplätze kämpfen. Sie kritisieren die Gewerkschaften, die die ArbeiterInnen zur Verteidigung der Produktionsmittel aufruft – um die Abfindungen hochzutreiben. Dem setzen sie die alten Forderungen der »Arbeiterautonomie« aus ihrer Spätphase entgegen: Fortzahlung des Lohns bis zur Rente, für ein garantiertes Einkommen.

Aber wie können die ArbeiterInnen diese Forderungen durchsetzen – vor allem, wenn sie über keinen Hebel mehr verfügen, um genügend Druck aufzubauen? Wie kann man in diese Richtung politisch intervenieren bei der heutigen Schwäche der Arbeiterklasse?

Auch wenn sie diese Frage nicht beantworten: Wir finden es gut, dass MC in vielen Kämpfen gegen Schließungen die Diskussion mit den ArbeiterInnen sucht und eine Perspektive aufzeigt, die jenseits des Jammerns um den Verlust des Arbeitsplatzes liegt. Wir dokumentieren auf den folgenden beiden Seiten ihr (stark gekürztes) Flugblatt vom 29. November 2013.

»Beim Kampf gegen Entlassungen und Elend können die ArbeiterInnen nur auf sich selbst zählen. Kämpfen wir für ein Einkommen, nicht für Arbeit!«

Unter dem Vorwand von Globalisierung und Krise beschleunigen die Kapitalisten die Umstrukturierung, was zu Massenentlassungen führt. Die Arbeiter reagieren fast immer entschlossen und kämpferisch, aber ihre Kämpfe führen zu keinem Ergebnis. Die Entlassungen gehen durch, mit ein paar Versprechungen bezüglich beruflicher Wiedereingliederung, Qualifizierung – und natürlich einer Abfindung obendrauf. Die Hauptursache der Niederlage ist einfach: Die Unternehmer schlagen gemeinsam zu, die ArbeiterInnen antworten isoliert. Gespalten nach Fabrik, Büro, Arbeitsplatz nehmen sie es am Ende hin, abgeräumt zu werden. Währenddessen stimmen Staat, Unternehmerverbände und Gewerkschaften ihre Klagegesänge an gegen die Deindustrialisierung, die Konkurrenz aus dem Ausland und die Globalisierung. Alle im Lager der herrschenden Klassen appellieren an den Staat, mal dass er die betroffenen ArbeiterInnen die Pille schlucken lässt, mal dass er an die Stelle schwacher Unternehmer trete, mal dass er niederträchtige Angriffe aus dem Ausland verhindere. Ohne Unterschied verbeißen sich alle in die Verteidigung der nationalen und regionalen Unternehmen.

Am häufigsten gehen dem die entlassenen ArbeiterInnen auf den Leim, indem sie sich an die Maschinen und Betriebe klammern, die das Kapital nicht mehr will – das ist der Beginn ihrer Niederlage. Das Produktionsmittel, das ehemalige Mittel der Ausbeutung, wird in ihren Augen zu einem wertvollen Gut, das man um jeden Preis verteidigen muss. Aber genau wie sie selbst werden die Maschinen und der Betrieb überflüssig, unnötig für die Kapitalverwertung. Genau deshalb und nur deshalb schafft das Kapital sie sich vom Hals, um auf rentablere Aktivitäten zu setzen, die in der Gesellschaft weitere Verwüstungen anrichten.

Zuletzt sind die entlassenen ArbeiterInnen aus der bretonischen Agrar- und Nahrungsmittelindustrie in die tödliche Falle gegangen, nämlich in das Bündnis der Lohnabhängigen mit denen, die sie entlassen haben. Vier Fälle waren besonders typisch.

Doux – Schule des Scheiterns

Der Geflügelbetrieb *Doux* schloss 2012 mehrere Betriebe. Er gab den Frischgeflügelbereich komplett auf (1400 Arbeitsplätze) und konzentrierte sich auf Gefriergeflügel. Bei den zahlreichen Demonstrationen gab es nie Druck auf den Unternehmer, sondern nur Appelle an den Staat zur Unterstützung oder Suche nach einem anderen Investor. Die Gewerkschaften erreichten ein wenig mehr Abfindung, die Entlassenen (Durchschnittsalter 53) müssen einen neuen Job finden.

Tilly Sabco: Den Unternehmer unterstützen?

Tilly Sabco produziert Gefrierhähnchen zum Export in den Mittleren Osten. Nach vielen Krisen führte die Reduzierung der EU-Subventionen zum Rückgang der Produktion um 40 Prozent. Am 4. November versammelten sich die ArbeiterInnen und die Züchter. Während der Unterpräfekt eine Delegation empfing, zerstörten 200 Arbeiter und Züchter unter Führung eines leitenden Angestellten mit einem Traktor das Eingangstor und strömten in den Hof. Ergebnis: vier Millionen Euro Soforthilfe der Regierung und EU-Gelder. Der Betrieb ist gerettet. Der Kampf der ArbeiterInnen hat v. a. den Unternehmer gegenüber dem Staat unterstützt. Ist das die einzige Option, die die ArbeiterInnen haben?

GAD: Krieg zwischen ArbeiterInnen

Die GAD-Gruppe in Lampaul-Guimiliau (Finistère) ist spezialisiert auf das Schlachten und Verarbeiten von Schweinen. Ein Betrieb mit 850 Beschäftigten ist von der Schließung bedroht. Die ArbeiterInnen streiken und besetzen den Betrieb – ohne Erfolg. Der Unternehmer will den Laden dichtmachen. Einige ArbeiterInnen finden einen Sündenbock: hundert Rumänen, denen sie vorwerfen, für weniger als 600 Euro im Monat als Kopfschlächter zu arbeiten – was nicht stimmt, sie bekommen den Mindestlohn. Die Streikenden versuchen, die Bewegung auf den Schlachtbetrieb von GAD in Josselin auszuweiten – ohne jede Vorbereitung. Das führt dazu, dass die Beschäftigten desselben Unternehmens aufeinander losgehen. Eine Kampfeinheit zwischen ArbeiterInnen klappt nicht auf Anhieb, auch wenn sie im selben Unternehmen arbeiten. Sie muss gut vorbereitet sein und läuft nicht ohne Reibungsverluste. Die Vorgänge sind der Vorwand für Unternehmer und Gewerkschaften, die Sache schnell zu beenden. Es gibt Abfindungen, 300 ArbeiterInnen werden noch ein Jahr weiter beschäftigt – dank staatlicher Unterstützung.

Marine Harvest: ein weiterer »Sieg«?

Marine-Harvest verarbeitet Lachs. Nach zehn Tagen Streik und Besetzung unter Führung der CGT erhalten von 287 Beschäftigten 80 statt 67 einen Job in einem weiter entfernten Betrieb. Im Gegenzug wird die Produktion wie vorgesehen im Mai 2014 geschlossen, nur die Logistik läuft bis Dezember 2015 weiter. Gegen ein paar Konzessionen hat der norwegische Unternehmer die rasche Wiederaufnahme der Arbeit erreicht, um die Auftragswelle vor Weihnachten zu bewältigen. Ein weiterer glänzender Sieg der Gewerkschaft? Nicht wirklich. Die in der Hauptsaison zahlreichen LeiharbeiterInnen haben sich aktiv am Kampf beteiligt, sind aber vom Abschluss ausgeschlossen. Die Abfindungen sehen verlockend aus: 15 000 Euro Mobilitätsprämie, 20 000 bis 94 000 je nach Betriebszugehörigkeit zusätzlich zur üblichen Abfindung; sie sind aber nur interessant für Leute kurz vor der Rente. 40 ArbeiterInnen fühlten sich von der CGT verraten und schlossen sich dem *Komitee zum Erhalt der Beschäftigung in der Zentralbretagne* an, das fordert: »Im Lande leben, arbeiten und entscheiden«.

Dieses Komitee will die Bretonen aller Klassen gegen den Pariser Zentralismus vereinen. »Ausländische« Unternehmer müssten durch inländische ersetzt wer-

den. – Aber sind die Unternehmer von hier anders als die von außerhalb? Woher kommen denn die *Doux, Pinault, Bolloré* und *Leclerc*? Das Komitee wurde am 18. Oktober in Carhaix auf einer Versammlung mit 600 TeilnehmerInnen gegründet. Es hat die Rotmützen inspiriert. Wie beim Komitee findet man dort die Vertreter des Unternehmerverbandes, der (ursprünglich linken bis linksradikalen) bretonisch-nationalistischen Parteien UDB und *Breizistance* und der Bauerngewerkschaft FNSEA.

Unter dieser pittoresken Kopfbedekkung, die am 2. November von einem Unternehmer kostenlos verteilt wurde, vereinen sich gesellschaftliche Kräfte von Kleinunternehmern bis zu Bauern aller Art, großen wie kleinen, Handwerkern, Fuhrunternehmern, ArbeiterInnen und andere Straßenbenutzer. Ihr erstes gemeinsames Ziel ist der Kampf gegen die Ökosteuer, die sie beschreiben als Steuer, die der Bretagne vom jakobinischen Zentralstaat auferlegt wurde. Das gesamte Arsenal bretonischer Legenden wurde herausgekramt, um dem Protest Nachdruck zu verleihen. Aber seit die Ökosteuer von der Regierung suspendiert wurde, haben die drei großen Unternehmerorganisationen die Rotmützen verlassen: der lokale Unternehmerverband MEDEF, der Verband der Fuhrunternehmer und »Produkte aus der Bretagne«. Die Lohnabhängigen, die sich an diesen kippeligen Streitwagen klammern, finden sich ein weiteres Mal getrennt von ihren Klassenbrüdern und manipuliert von ihren lokalen Ausbeutern und Politikern, die lediglich wiedergewählt werden wollen.

Force Ouvrière hat als einzige Gewerkschaft zur Demonstration der Rotmützen in Quimper am 2. November aufgerufen. Die anderen Gewerkschaften hatten zu einer Versammlung am selben Tag in Carhaix aufgerufen und in vielen bretonischen Städten für den 23. November mobilisiert, um den Mützen und dem Komitee eine Alternative entgegenzusetzen. Die Aktion war ein Blindgänger. Am 2. November versammelten sich nur 3000 unter den Fahnen von CGT, der FSU und SUD-Solidaires; am 23. folgten nur 5000-7000 dem Aufruf von CGT und CFDT. Die gegen die Mützen eingestellten Gewerkschaften erklären, dass sie nicht mit den Unternehmern marschieren wollen. Eine Erklärung, die niemanden täuschen kann, sind sie doch immer die Ersten, die die ArbeiterInnen aufstacheln, zuerst die Betriebe und die Arbeitsplätze zu verteidigen, auch wenn der Unternehmer sie entlässt. Sie binden das Einkommen an den Arbeitsplatz, sie machen glauben, dass es ohne Beschäftigung kein Heil gibt. Außerdem erklären sie erst dann die Generalmobilmachung, wenn sie alle Kämpfe gegen Entlassungen voneinander getrennt haben. Und sie rufen immer erst dann dazu auf, sich im Kampf um die Fabriken zu versammeln, wenn die Hauptkonflikte gelaufen sind.

Für die unabhängige Aktion der ArbeiterInnen

Wer glaubt ernsthaft, dass die Tatsache, dass man näher dran ist an den Entscheidungen, irgendetwas an der Natur dieses kleinen Staates oder dieser autonomen Region ändert? Wer kann behaupten, dass die bretonischen Unternehmer weniger als die anderen entlassen? Wer denkt, dass die kapitalistischen Verhältnisse auf wundersame Weise verschwinden, kaum dass man den Fluss Vilaine überquert hat? Daran können nur diejenigen glauben, die ein warmes Plätzchen im Herzen dieses virtuellen Mini-Staates anstreben, jedenfalls nicht die ArbeiterInnen, die von »ihren« Unternehmern entlassen wurden – seien diese Bretonen, Franzosen oder Norweger.

Die Schließung der Fabrik, die für die Mehrzahl der ArbeiterInnen ein Ort des Leidens ist, bedeutet natürlich zuallererst den Verlust des Arbeitsplatzes und des Einkommens. Aber genau diese Verbindung zwischen Arbeitsplatz und Einkommen muss die kollektive und unabhängige Aktion der Lohnabhängigen mit und ohne Arbeit zerschlagen. Die ProletarierInnen sollten nicht zweimal bezahlen, damit das Kapital überlebt: das erste Mal mit ihrer Ausbeutung, das zweite Mal mit ihrem Ausschluss aus der Produktion und ihrem Fallen ins Elend. Deshalb dürfen sich die ArbeiterInnen im Kampf gegen Entlassungen und Betriebsschließungen nicht als die besseren Betriebsleiter aufführen und Alternativvorschläge auf der BWL-Ebene machen.

Stattdessen müssen sie stolz betonen: »Diese Entscheidung habt ihr gefällt, nicht wir; also haben nicht wir die Folgen eurer Entscheidung zu tragen. Ob wir eine Arbeit haben oder ob Ihr sie uns genommen habt, wir wollen unseren Lohn, Punkt aus. Wie lange? Ganz einfach: bis zur Rente. Und das erzwingen wir von euch, so wir ihr uns eine Arbeit aufgezwungen habt, bevor Ihr sie uns genommen habt.« Wie man das hinkriegt? Durch den gemeinsamen Kampf aller ProletarierInnen, die vom Kapital und seinem Staat ins Elend gestürzt wurden. Ein Kampf, der das Potential hat, sich auf andere Ebenen auszuweiten, um sich kollektiv, wenn nötig mit Gewalt, das zu nehmen, was man zum Leben braucht: keine Kredite mehr an Banken zurückzahlen, nichts mehr bezahlen für Transport, Miete, Strom usw.; sich gemeinsam im Supermarkt selbst bedienen.

Das ist die Bedingung, um »im Lande zu leben«, wenn die Arbeit weggeht. Es gibt keine wirkliche Alternative zu dieser kollektiven und unabhängigen Aktion gegen Kapital und Staat. Die Niederlagen der jüngsten Kämpfe führen es uns vor Augen. Aber das ist nur möglich, wenn das Proletariat stark und dazu in der Lage ist, seine Perspektiven und seine Agenda aufzuzwingen, wie die Unternehmer es so gerne ausdrücken. Indem sie ihre Macht und ihre Autonomie von allen anderen Klassen beweisen, werden die Ausgebeuteten im Kampf zum Bezugspunkt, zu einem Leuchtturm in der Nacht für die am meisten isolierten ArbeiterInnen und die armen Bauern, die wiederum Opfer der kapitalistischen Ausbeutung der Erde sind.

Kollektive Aneignung von allem, was man zum Leben braucht
Kampf für ein garantiertes Einkommen
Unabhängige Organisierung des Kampfs gegen Kapital und Staat

Mouvement Communiste / Kolektivně proti kapitálu,
29. November 2013
Das französische Original findet ihr auf
www.mouvement-communiste.com

»Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert.«
(Bernard Shaw)

Zehn Thesen gegen die Forderung nach einem Mindesteinkommen

In den weltweiten Bewegungen in der Folge von »1968« und »Heißem Herbst 1969« entkoppelten sich tendenziell die Einkommen von der Verausgabung von Arbeitskraft, und die Einkommen wurden insgesamt gleicher. Mit dem Abflauen dieser egalitären Prozesse von unten entstanden Mitte der 70er Jahre in linken Gruppen strategische Überlegungen zu einem »politischen Lohn« bzw. einem »garantierten Grundeinkommen«. In der BRD tauchte die Forderung nach einem Existenzgeld in der Autonomenszene der 80er Jahre in Reaktion auf den Umbau des Sozialstaats auf. Zur selben Zeit (in den 80er Jahren) propagierten auch CDU-Politiker die »negative Einkommenssteuer«, das gilt bis heute (»solidarisches Bürgergeld«). Linke, CDU, Gewerkschaften und Unternehmer stellen die gleiche Forderung. Wie ist das möglich?

1. Die Forderung nach einem garantierten Mindesteinkommen ist **Ausdruck einer ungleicher werdenden Gesellschaft** – gleichzeitig *flankiert* sie diesen Prozess. Sie ist nicht nur Reaktion *auf* den Umbau des Sozialstaats, sondern auch Weg *zu* seinem Um- bzw. Abbau. Sie ist *kein* Mittel zur gerechteren Verteilung von Einkommen.

2. Aus der Geschichte wissen wir, dass die Einführung von lohnunabhängigen Einkommen immer zur **Absenkung des Reproduktionsniveaus der Arbeiterklasse** geführt hat, genau das ist mit den Hartz-Gesetzen in der BRD passiert. Mit HartzIV wurde ein Grundeinkommen eingeführt. Das hat sowohl die Einkommen der Arbeitslosen abgesenkt als auch die Ausweitung des Niedriglohnsektors in der BRD flankiert und beschleunigt. Mit der Angleichung eines Teils der Einkommen auf unterstem Niveau wurden letzte Reste der erkämpften Egalität abgeräumt; HartzIV hat zudem die Lohnspreizung der Beschäftigten verschärft und ist eine direkte Subventionierung der Unternehmer: eine Million Menschen arbeitet und bezieht aufstockendes HartzIV.

3. Allerdings ist HartzIV keinesfalls bedingungslos, sondern an Bedingungen und entwürdigende Kontrollen geknüpft. Deshalb betonen Existenzgeldbefürworter, dass *bedingungsloses* Grundeinkommen die Einkommen der Arbeitslosen anheben würde – wenn auch die Löhne vielleicht weiter sinken (das Problem von Lohnspreizung interessiert die Verfechter des Mindesteikommens nicht, sie sehen sich als Repräsentanten ihrer Klientel).

Die sozialen und machtpolitischen Veränderungen, die es bräuchte, um **ein bedingungsloses und ausreichend hohes Grundeinkommen** durchzusetzen, das allen die Möglichkeit gäbe, frei zu entscheiden, ob sie zudem noch arbeiten wollen sind allerdings so gewaltig, dass dann auch gleich die Revolution möglich wäre. Die Forderung nach einem Grundeinkommen will allerdings Realpolitik betreiben, und ihre Verfechter wissen ganz genau, dass sie lediglich mitbestimmen können an der Balance zwischen »Fordern und Fördern« oder der zwischen »bedingungslos« und ausreichender Höhe. (Das zeigt auch der nächste Punkt.)

4. Bürgerliche Modelle eines *bedingungslosen* Grundeinkommens wollen **das Problem eines stagnierenden Kapitalismus** und steigender Staatsverschuldung lösen. (»Neue Jobs trotz Nullwachstum – durch Freiwilligenarbeit und Bürgergeld«; das absehbare Rentenfiasko wird mit einem Grundeinkommen aufgefangen) Das Grundeinkommen soll hierbei in der Regel über eine radikale Erhöhung der Mehrwertsteuer finanziert werden – und diese Steuer zahlen vor allem die Ärmeren. Linke Modelle wollen das Grundeinkommen u.a. durch eine radikale Erhöhung der Vermögenssteuer finanzieren.

5. Linke Verfechterinnen eines garantierten Mindesteinkommens sehen im Sozialstaat eine Einrichtung zur Alimentierung der Armen. Historisch war er aber wichtig zur Herausbildung von »Mittelschichten«. Die institutionelle Anerkennung der Arbeiterbewegung war das hauptsächliche **Bollwerk gegen die revolutionäre Drohung** der

Arbeiterklasse. Zusammen mit der individuellen, sozialstaatlichen Absicherung der »arbeitenden Bevölkerung« machte das die Stabilität des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg aus. Die aktuelle Erosion der »Mittelschichten« kann als staatliches Problem gesehen und angegangen werden: von oben, mit neuen sozialstaatlichen Modellen, die Prekarisierung und Ungleichheit regulieren und evtl. sogar noch verschärfen. Oder wir können darin einen Prozess von Proletarisierung sehen, der hart ist, der von einigen Proleten aber bereits auch beantwortet wird (siehe die Kämpfe in der Logistik, siehe Hausbesetzungen...).

6. Linke wie rechte BefürworterInnen eines garantierten Mindesteinkommens gehen von der falschen Behauptung aus, dem Kapitalismus gehe die Arbeit aus. Aber die heutige Zeit zeichnet sich eher durch zuviel (schlecht entlohnte) als durch zu wenig Arbeit aus.

Der wahre Strukturbruch in der BRD war die Unterbrechung der über hundertjährigen Tendenz zur Verkürzung der Arbeitszeit Mitte der 80er Jahre. Die damals gewerkschaftlich erkämpfte »Arbeitszeitverkürzung« hat den Weg frei gemacht zur **Verlängerung und Intensivierung des effektiven Arbeitstags**. Die Leute müssen heute etwa dreißig Prozent mehr arbeiten, um ungefähr dasselbe herauszubekommen wie vor einem Jahrzehnt. Zusammengenommen mit der Tendenz zur Auslagerung führt das dazu, dass in Europa gleichzeitig die Gesamtarbeitszeit und die Arbeitslosigkeit wachsen und eine strukturelle Langzeit-Arbeitslosigkeit entstanden ist. Ein »Grundeinkommen« wird die Arbeiterklasse noch weiter zersplittern, die Reallöhne noch weiter absenken.

7. Die Dreifaltigkeit *Organizing, Kampagnenpolitik, garantiertes Grundeinkommen* ist für angeblich radikale BRD-Linke auch deshalb attraktiv, weil sie damit im kirchlichen, gewerkschaftlichen und parlamentarischen Bereich bündnisfähig werden. Nicht weil sich ihre Bündnispartner radikalisieren, sondern weil sie gemeinsame *top-down*-Vorstellungen haben. Seit dem Einbruch der globalen Krise setzen sich insgesamt wieder stärker **»top-down«-Politikmodelle** durch – die Forderung nach einem staatlich garantierten Grundeinkommen ist Teil davon. (So war es übrigens auch in der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren: *New Deal* usw. Erst die Bewegungen 1968 ff. schafften es, diese Tendenz wieder umzudrehen).

8. Inzwischen schließen sich auch (Links-)Gewerkschafter, die traditionell am Zusammenhang zwischen Arbeit und Einkommen festgehalten hatten, der Forderung an. Dass Gewerkschaften über ihr Arbeitsethos springen (»wer nicht arbeitet, lebt von der Arbeit anderer«, »wer arbeitet, soll mehr haben, als wer nicht arbeitet« usw.) mag *ideologisch* als Fortschritt erscheinen. In Wirklichkeit ist es **Ausdruck ihrer Schwäche**: Sie sehen sich nicht mehr in der Lage, einen existenzsichernden Lohn für alle durchzusetzen, deshalb soll der Staat für Mindestlöhne und Grundsicherung sorgen.

9. Es gab bisher keine *Bewegung* für ein garantiertes Mindesteinkommen. In der BRD der 80er Jahre forderten die (oft staatlich bezuschussten) Arbeitslosen-Inis ein »Existenzgeld« – zu ihrer eigenen sozialen Situation und ihren politischen Aktivitäten passte diese Forderung sehr gut; aber sie waren keine soziale Bewegung. Die Vorstellung eines bedingungslosen Mindesteinkommens fand und findet vor allem Anklang bei Leuten mit guter Schulbildung, die von Prekarisierung betroffen sind.

Die aktuellen Bewegungen haben zwei Seelen in ihrer Brust; ihre qualifizierten Teile fordern Mitsprache, Anerkennung ihrer individuellen Qualifikation und betrachten die »vereinheitlichende Forderung« nach Mindesteinkommen als Sprung in die politische Arena. Die proletarischen Teile der Bewegungen haben demgegenüber noch keine Stimme und keine Forderungen – darin liegt das Problem.

10. Mit der globalen Krise hat sich die Verteilungsfrage weiter zugespitzt (»1 Prozent / 99 Prozent«). Die neoliberale Ideologie von der Effizienz der Märkte hat sich blamiert, das sozialtechnokratische, parlamentarische »Klein-klein« ist am Ende. Die strukturellen Folgen der Sozialstaatsreformen seit Ende der 1990er Jahre (v.a. »Agenda 2010«) sind so massiv, dass selbst IWF und UNO Angst vor den Folgen der weiter wachsenden sozialen Spaltung haben und Modelle von Mindestsicherungen vorschlagen.

Wir wären mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir uns Kampagnen zur paternalistischen Betreuung der Armen oder zur Stabilisierung des Kapitalismus anschließen! Sogar im Bereich der »Tafeln« hat endlich eine Debatte begonnen, dass man nicht weiter die Absenkung der sozialstaatlichen Leistungen flankieren will!

Auch wenn es schwieriger und langwieriger ist: wenn wir egalitäre, subversive, emanzipatorische Kämpfe voranbringen wollen, müssen wir unten ansetzen. Nur so werden wir einer historischen Situation gerecht, die nach Abschaffung des Kapitalismus schreit.

Geschichte ist eine von Klassenkämpfen, und wird *von unten* gemacht! ■

Grüne Energietechnologien bilden nicht die Basis eines selbsttragenden Aufschwungs. Sie saugen wenig lebendige Arbeit ein, da die Produktion hoch rationalisiert ist. Der Umbau der Energiebasis muss somit aus der Lohnsumme und aus der Mehrwertabpressung in anderen Sektoren finanziert werden. Der Umbau ist jedoch weitestgehend Reparatur, ohne die Bedingungen für die Kapitalakkumulation in den anderen Sektoren zu verbessern. Der Ausbau von Kapazitäten zur Energieerzeugung kann über einen längeren Zeitraum nicht durch Blasenbildungsprozesse von der Realisierung der Kosten abgekoppelt werden. Die Durchsetzung eines solchen »grünen Kapitalismus« ist auch nur ein Projekt von Austerität und Verarmung. Mit dem »Umbau« sollen die strukturellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass sich Energiekonzerne bedeutende Teile der Lohnsumme und der Mehrwertmasse als Rente aneignen.

Grüne Visionen

Seit der Krise Anfang der 1970er Jahre und dem Ende eines weltweiten Zyklus von Arbeiterkämpfen gibt es die Vision einer »grünen« Produktionsweise, die mit sanften Technologien den Raubbau an der Natur beendet. Die entstehende »Umweltbewegung« verabschiedete sich von alten Revolutionsvorstellungen und spätestens 1989 auch von allen Vorstellungen eines »geplanten« Sozialismus/Kommunismus. Das Projekt »grün reformierter Kapitalismus« ist die Einsicht dieser Niederlage.

In den 90er Jahren wurde die Idee eines »grünen Kapitalismus« zum Leitziel auf internationalen Konferenzen. Doch nicht nur das dort immer wieder formulierte Ziel, den Anstieg der Erderwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen, ist kassiert. Die klimatischen Veränderungen verschärfen die Situation in der Landwirtschaft und in der Fischerei mit überfischten und teils schon kollabierten Fischbeständen. Die Spekulation mit Nahrungsmitteln und die Nutzung von Ackerflächen für die Herstellung von Öko-Treibstoffen führt – wie schon 2008 – zu einem starken Anstieg der Nahrungsmittelpreise und damit zu einer massiven Ausweitung des Hungers.

Seit der »Ölkrise« wird ein Ende der energetischen Basis des Kapitalismus vorausgesagt. Der *Peak Oil* konnte bislang immer wieder hinausgeschoben werden, doch der Aufwand zur Gewinnung von Erdöl und Gas steigt beständig und schließt in einem zunehmenden Ausmaß die Nutzung von Teersanden und Erschließungsmethoden wie das Fracking[1] ein. Durch Fracking erschlossene Quellen sind sehr schnell erschöpft; zurück bleiben kontaminiertes Wasser und zerstörte Landflächen.

Mit den verschiedenen Spielarten des sogenannten *Green New Deal* existiert eine kapitalistische Vision der gleichzeitigen Überwindung der fundamentalen Krise des Kapitalismus und der Energie- und Ökologie-Krise. Die Basis dafür sind grüne Technologien, die einen »ökologischen Umbau der Industriegesellschaft« ermöglichen und gleichzeitig die Grundlage für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung bilden sollen. Das Rückgrat der Vision sind Energie-Technologien.

Als *kapitalistische Vision* wäre ein *Green New Deal* an der tatsächlichen Akkumulationsfähigkeit zu messen und müsste zeigen, dass der Kapitalismus das Untergraben der Erde unterlassen oder zumindest in einem geringeren Umfang betreiben kann.

In einem ersten Schritt wollen wir diese »Vision eines grünen Kapitalismus« beim Wort nehmen und auf ihre Machbarkeit abklopfen; denn viele Vorstellungen eines (linken) radikalen Reformismus arbeiten sich daran ab. Dabei geht es um die Kampfbedingungen der nächsten Zeit – dafür ist der Artikel aber erst mal der Einstieg.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien knirscht...

Mit Subventionen und staatlich garantierten Einspeisevergütungen haben verschiedene Staaten in den letzten zehn Jahren versucht, den Aufbau eines Erneuerbare-Energien-Sektors zu forcieren. Der dabei erfolgte Ausbau von Stromerzeugungskapazität war insbesondere bei der Förderung von Photovoltaik- und Windenergieanlagen mit dem Ziel verbunden, eine nationale Fertigungsindustrie aufzubauen . Dies ist mehr oder weniger schnell an zwei Grenzen gestoßen: Eine ist durch die Möglichkeit der Refinanzierung der Stromerzeugungskosten gesetzt, die zweite durch die Infrastruktur, also die Möglichkeit, stark fluktuierende

[1] Beim Fracking wird durch Tiefenbohrungen Wasser, dem zumeist Sand und chemische Zusatzstoffe beigemischt sind, in den Boden gepresst, um Gesteinsschichten aufzusprengen und lokale Gas- oder Öl-Vorkommen zu erschließen.

Stromeinspeisungen zu speichern, zu verteilen und eine regelbare Stromversorgung zu gewährleisten.

Der Absatz von Photovoltaikanlagen erfolgt seit Jahren auf Märkten, die auf staatliche Subventionen angewiesen sind (s. Kasten 2). Der so entfachte »Solar-Boom« ist meist von kurzer Dauer und hatte in Spanien unübersehbar die Form einer Blase angenommen, die von der spekulativen Preisentwicklung für ländliche Grundstücke für Solarparkflächen getragen wurde. Spätestens mit dem Kriseneinbruch 2009 konnte Spanien die (absehbaren) Kosten nicht mal mehr perspektivisch über die Stromrechnung eintreiben. Die Grenze der Refinanzierung war überschritten, die Blase platzte.

Diese Kosten den ArbeiterInnen in Rechnung zu stellen, ist in der BRD ungleich besser gelungen: Die Zahlungen für staatlich garantierte Einspeisevergütungen belaufen sich hier seit Inkrafttreten des »Erneuerbare Energien Gesetzes« (EEG) im Jahr 2000 bislang auf eine Gesamtsumme von 90 Mrd. Euro. Mit der kürzlich beschlossenen erneuten Erhöhung der EEG-Umlage wird allein 2014 die Umlagesumme, die über die Stromrechnungen eingetrieben wird, auf über 20 Mrd. Euro ansteigen. Ausnahmeregelungen sorgen dafür, dass das überwiegend als Abzug von der Lohnsumme realisiert wird.

Im Gegenzug stieß der Ausbau an eine infrastrukturelle Grenze, die nur zum Teil durch den aktuellen Erhaltungs- oder Ausbau-Zustand des Stromleitungsnetzes bestimmt ist. Was fehlt, sind vielmehr neu zu schaffende Voraussetzungen wie Speicher, Regelungs- und passende Kraftwerkinfrastruktur.

Mit den Änderungen des EEG in den Jahren 2011 und 2012 wurde in der BRD beim weiteren schnellen Zubau von Photovoltaikanlagen die Reißleine gezogen und die Förderung von Windenergieanlagen an Land leicht zurückgefahren. Vordergründig erscheint die Änderung der Förderungspoltik als eine Abkehr von der dezentralen Stromerzeugung hin zu einer Stärkung von Offshore-Großkraftwerken[2].

Beides hat aber wenig mit der Abwahl der grünen Partei aus der Regierung zu tun, wie schon ein Blick auf das Volumen der Öko-Umlage zeigt. Es ist vielmehr eine Auseinandersetzung innerhalb des Kapitals um die Verteilung des Kuchens und um die strategischen Ziele des »ökologischen Umbaus der Energiewirtschaft« vor dem Hintergrund zweier Probleme: Erstens ist unklar, inwieweit die Kosten weiter über die Stromrechnung eingetrieben werden können, zweitens befindet sich die deutsche Solarindustrie in einer tiefen Krise, was ihre Verhandlungsposition schwächt.

Der Niedergang der Solar- und Windindustrie – die »inneren Grenzen« der Green Economy

Die Fertigungsindustrien für Solar- und Windenergieanlagen wurden als Schlüsseltechnologie-Branchen angesehen und mit massiven direkten und indirekten Subventionen aufgebaut und abgesichert. Seit 2011 ist in der Solarenergie-Branche eine Firma nach der anderen Pleite gegangen, darunter mit Q-Cells der ehemalige Weltmarktführer in der Herstellung von Solarzellen. Die einst als Solarwunder gefeierten großen deutschen Konzerne (Solarworld, sma Solar, Q-Cells, Conergy, Solon, Solar Millennium, Centrotherm, Phoenix Solar) hatten auf dem Höhepunkt des Booms einen Börsenwert von 25 Milliarden Euro. Heute ist er auf fünf Prozent dieses Werts verbrannt. Die Zahl der Beschäftigten bei den Herstellerfirmen ist von rund 10 000 auf 6000 gefallen, der Weltmarktanteil deutscher Unternehmen von 20 Prozent im Jahr 2005 auf heute vermutlich unter 5 Prozent. Im selben Zeitraum ist der Anteil chinesischer Unternehmen von ca. acht Prozent auf weit über 50 Prozent angestiegen – aber auch die chinesischen Firmen schreiben rote Zahlen.

Für die Hersteller von Windenergieanlagen sieht es nur wenig besser aus. Die beiden wichtigsten Märkte sind die USA und China. China gilt als Boomland, das einen schnellen Ausbau der Windenergie betreibt. Kredit ist dabei das zentrale Instrument für den Aufbau, solange die Kosten nicht über die in Rechnung gestellten Stromkosten realisiert werden können. Die Gesamtfertigungskapazität der Hersteller in China allein wäre ausreichend, um den jährlichen weltweiten Zubau von Windenergieanlagen abzudecken, die weltweiten Fertigungskapazitäten sind vermutlich zu weit weniger als 65 Prozent ausgelastet.

In den USA sollten 2012 Subventionsregelungen für Windenergie auslaufen. Um sich Steuervorteile zu sichern, haben viele Investoren den Bau von Windenergieanlagen vorgezogen, was zu einem Sonderboom geführt hat. 2013 ist der Markt für Windenergieanlagen in den USA zusammengebrochen. Der Rückgang der weltweiten Neuinstallationen liegt vermutlich bei einer Größenordnung von 25 Prozent.

Der weltgrößte Windkraftanlagenbauer Vestas erwirtschaftete 2011 einen Verlust von 166 Millionen Euro, 2012 einen Verlust von fast einer Milliarde Euro, den er 2013 fortschreibt. Im vergangenen Jahr sind 5400 Leute entlassen worden. Heute sind noch 17 200 ArbeiterInnen und Angestellte dort beschäftigt.

In der Photovoltaikindustrie ist die Überkapazität in der Fertigung noch höher als in der Windenergieanlagen-Industrie. Innerhalb weniger Jahre

[2] Laut Koalitionsvertrag soll die Förderung von Windenergieanlagen an Land stark zurückgefahren werden. Gleichzeitig werden die Ausbauziele für Offshore-Windparks reduziert; der bisherige Ausbau liegt aber bislang eh weit hinter den Zielen zurück.

ist die Produktionskapazität für Solarzellen und -module auf deutlich über 60 GW gestiegen, während der weltweite jährliche Zubau etwa die Hälfte der Produktionskapazität beträgt.

Wenig Arbeitsplätze – wenig Mehrwert

Die Produktion mit und von »grünen Technologien« beginnt auf dem heute allgemein erreichten Stand der Automatisierung. Das betrifft »neue« Energieerzeugungstechnologien und »aufgepeppte alte Produkte«: Ein Elektroauto bleibt ein Auto. Der bereits erreichte Automatisierungsgrad der Produktion kann an einigen Kennzahlen verdeutlicht werden (siehe Kasten). Eine ist der Anteil der Lohnkosten in der Fertigung von Solarzellen und -modulen, der bei nur fünf Prozent liegt.

Der Anteil der Lohnarbeit am Produktionsprozess ist niedrig. Die Beschäftigungseffekte sind gering im Vergleich zu den extrem hohen Investitionskosten in die notwendige Infrastruktur. Eine »selbsttragende Kapitalverwertung« der »grünen Leitsektoren« ist somit unwahrscheinlich. Die Refinanzierung aller Kosten muss über Steuern oder über die Stromrechnung aus all jenen »traditionellen« Sektoren erfolgen, deren tiefe Krise mit einem *Green New Deal* überwunden werden soll.

Kein Hersteller kann aktuell auch nur die Produktionskosten erwirtschaften. Dies gilt ebenso für alle großen chinesischen börsennotierten Solarfirmen, einschließlich der Weltmarktführer wie Yingli, Trina Solar oder Suntech, die Verluste schreiben. Über das Verdichten der Arbeit und das Drücken der Lohnsumme sind keine entscheidenden Vorteile zu erzielen, da deren Anteil an den Produktionskosten gering ist. Die Firmen, die den ruinösen Preisverfall überleben, können sich nur dank staatlicher Förderung über Wasser halten.

Zentrales Ziel der weltweiten massiven staatlichen Subventionierung ist deshalb die Absicherung und Etablierung einer Exportindustrie: Die Windenergieanlagen- und vor allem die Solaranlagenhersteller befinden sich in der Phase einer ruinösen Konkurrenz. Asbeck, Chef der deutschen Solarworld, spricht von einem »Wirtschaftskrieg« und Subventionen, die es chinesischen Herstellern erlauben, Solaranlagen 30 Prozent unter den Produktionskosten zu verkaufen.

Die Luft wird dünn – Entwertungswettbewerb

Die Investitionen in erneuerbare Energien fallen weltweit seit zwei Jahren deutlich. Trotz der massiven Fördermaßnahmen, mit der z. B. die japanische Regierung versucht, den Ausbau des nationalen Solarsektors zu forcieren (u. a. mit Einspeisevergütungen, die doppelt so hoch sind wie in der BRD), fallen auch die weltweiten Investitionen im Photovoltaik-Bereich.

Die Herstellerfirmen sind in einen Entwertungswettbewerb eingetreten. Weil sie von ihren Staaten massiv unterstützt werden, gelingt es ihnen, die Entwertung ihres Kapitals hinauszuschieben. Den Unternehmen, die nach Pleiten und Übernahmen übrig bleiben, wird es durch die Entwertung des fremden Kapitals gelingen, ihre Profitrate zu sanieren. Durch die billige Übernahme von Produktionsmitteln wäre eine nachhaltige Stabilisierung niedriger Preise möglich. Sollten die Preise nicht wieder deutlich ansteigen, wäre es einfacher, den Ausbau von Energieerzeugungskapazität im EE-Bereich bis an die Kapazitätsgrenzen der Stromnetze auszudehnen (einschließlich Erhalt des Altbestands und Ersetzung von Altanlagen).

»Grüne« Arbeitsplätze?

Der bereits erreichte Automatisierungsgrad der Produktion kann an den Kennzahlen neu geplanter Fabriken verdeutlicht werden. Bosch plante die Errichtung einer Produktionsanlage in Malaysia, die den gesamten Fertigungsprozess von Siliziumkristallen, Solarzellen bis zu den Modulen umfasst. Mit 2000 Arbeitern sollte eine Produktionskapazität für Solarzellen und Module mit einer Gesamtleistung von 640 MW bzw. 150 MW pro Jahr erreicht werden. Die Produktivität bei der Fertigung von Windenergieanlagen ist ebenso hoch. Enercon, ein deutscher Produzent von Windenergieanlagen, produziert einen Anteil von ca. neun Prozent der weltweit installierten Anlagen mit insgesamt nur 15 000 ArbeiterInnen und Angestellten weltweit. Hinzu kommen ArbeiterInnen in der Zuliefererindustrie, die jedoch selbst einen hohen Automatisierungsgrad erreicht hat. Die Gesamtzahl der in der Windenergieanlagenherstellung Beschäftigten wird in der BRD auf 38 000 geschätzt, die zurzeit jährlich Anlagen mit einer Gesamtleistung von 5-6 GW produzieren.

Die Herstellung der für den Bau von Solarthermischen Kraftwerken benötigten Basiskomponenten wie Spiegel, Industriegläser und Stahlträger weist bereits einen hohen Automatisierungsgrad auf. Eine Studie im Auftrag der Desertec-Industrie-Initiative rechnet optimistisch mit einer weltweit installierten Leistung solarthermischer Kraftwerke von 100 GW im Jahr 2025 und 1300 Arbeitsplätzen pro GW installierter Kapazität für deren Fertigung und Bau.

Davon sollen laut Auftragsstudie bis zu 450 Arbeitsplätze pro GW langfristig für deren Betrieb erforderlich sein. Das liegt in der Größenordnung der Anzahl der Jobs, die für Wartungsarbeiten in der Windindustrie genannt werden (17 000 in der BRD bei einer installierten Kapazität von über 30 GW).

民工

RadfahrerInnen auf dem Arbeitsweg

Die Kosten für das Hinausschieben der infrastrukturellen Grenzen, gegeben durch Verteilungs-, Speicher- und regelbare Erzeugungs-Kapazitäten, steigen jedoch nicht linear mit dem erreichten Ausbau der Energieerzeugungskapazität, sondern übersteigen die reinen Installationskosten von Solar- und Windenergieanlagen um ein Vielfaches. Dies sind gesellschaftliche Kosten – und reine Reparaturkosten: Sie ermöglichen keine qualitative Ausweitung der Kapitalakkumulation in neue Sektoren oder eine Verbesserung der Akkumulationsbedingungen in den bereits bestehenden.

»Great Bubble Transfer« mit »Green Technology«!?

Seit dem Kriseneinbruch der frühen 70er Jahre hat der Kapitalismus nie wirklich seinen krisenhaften Zustand überwunden. Die Diskussionen drehen sich seit Jahrzehnten um Krisen, Kredit und Blasen, die »aufgeblasen und abgelassen« werden müssen. »Stabilität« bedeutet nur noch, dass eine Blase ein paar Jahre hält und halbwegs »geräuschlos« abgelassen bzw. in eine andere überführt werden kann. Eine Bedingung dafür scheint zu sein, dass es zumindest eine Zeit lang einen »realen Boom« gibt, also Arbeitskraft in den Verwertungsprozess eingesaugt wird. Die New Economy Ende der 90er Jahre und die nachfolgenden Blasen waren nicht nur zeitlich mit einer Mobilisierung von vielen Millionen Wanderarbeitern und dem Aufbau der Weltmarktfabriken in China verbunden. Fiktives Kapital kommandiert lebendige Arbeit. Es besteht nicht nur eine bloß konsumvermittelte Rückwirkung einer Blase auf die Realwirtschaft, z.B. durch die Nutzung von Spekulationsgewinnen für Konsum. Die Rückwirkungen sind fundamentaler, das zeigt nicht zuletzt *Chimerica*[3].

Die bestehende Liquititätsblase und die anhaltende weltweite expansive Geldpolitik bilden nur auf den ersten Blick den idealen Ausgangspunkt für eine die Energiebasis real transformierende Blasenbildung. Es gibt bedeutende Unterschiede zwischen den möglichen Blasenbildungsprozessen bei Aktien und Immobilien sowie im Sektor der »grünen Energie«.

Die Immobilienblase in den USA, die bis 2008 eine fundamentale Funktion für die Weltökonomie erfüllt hat, hat insofern weitgehend »selbsttragend« funktioniert, als sie bis zum Kollaps an keine bedeutende aktuelle Realisierung von Ansprüchen aus der tatsächlichen gesellschaftlichen Mehrwertmasse oder Lohnsumme in den USA gebunden war. Im Gegenteil, die US-amerikanische Arbeiterklasse konnte mittels immer weiter steigender Immobilienpreise über Jahre hinweg mit Hypothekenkrediten einen bedeutenden Teil ihres Konsums über Schulden finanzieren.[4]

Die Blasenbildung im Bereich erneuerbarer Energien beinhaltet Aktien- und Bodenspekulationen oder genauer: wird davon getragen. Der tatsächliche Zubau von Energieerzeugungskapazität und

[3] Zum *Great bubble transfer* siehe *Wildcat* 84 und 85.

[4] Ohne diesen über Wohneigentum vermittelten Mechanismus schlägt eine Immobilienblase natürlich in stark steigende Mieten um.

Infrastruktur ist jedoch an eine relativ kurzfristige Realisierung der tatsächlichen Stromerzeugungskosten und Rendite-Erwartungen gebunden.

Exkurs zum »Fracking«-Boom

Ein Abstecher in den »braunen« Energiesektor kann, trotz aller Unterschiede, diesen Punkt deutlicher machen.

Der *Shale-Gas*-Boom (»fracking boom«) in den USA zeigt das Potential einer Blase im Energiesektor. Er hat den USA scheinbar unbegrenzt billige Energie beschert. Der schon nach kurzer Zeit fragile Zustand dieser Blase zeigt jedoch, dass eine Entkoppelung der Ausweitung der Erzeugung bzw. Förderung von der Realisierung der Energieerzeugungskosten offensichtlich nur kurzfristig gelingt.

Betrachtet man den Anteil von Spekulation mit Ausbeutungsrechten an den Profiten der großen Firmen wie z. B. *Chesapeake* Energy, erscheint die Gasförderung fast wie ein Nebengeschäft. Die Spekulation mit Boden- und Ausbeutungsrechten ist im Shale-Gas-Boom sowohl die Ursache eines ruinösen Preisverfalls für Gas als auch notwendige Refinanzierungsquelle.

Da erworbene Ausbeutungsrechte oft innerhalb einer bestimmten Zeit (drei bis fünf Jahre) wahrzunehmen sind oder verloren gehen (*hold-by-production*-Pachtverträge), besteht ein Zwang zur Ausweitung der Gebietserschließungen durch Bohrungen. Die Ersterschließung überführt den geschätzten Gasbestand des Felds in die Bücher einer Firma, die damit in die Lage versetzt wird, Kredit-Linien auszuweiten, um neue Fördergebiete zu »claimen«. Die Menge des geschätzten Gasbestands bestimmt ferner das Ausmaß der Wertsteigerung der Ausbeutungsrechte und damit den möglichen spekulativen Gewinn. Folglich werden bei der Ersterschließung die fördermengenstärksten und relativ leicht erschließbaren Quellen angebohrt. Shale-Gas-Bohrungen zeigen einen extrem schnellen Abfall der Fördermenge in der Größenordnung von 80-95 Prozent nach nur drei Jahren. Allein für die Aufrechterhaltung der Fördermenge muss jedes Jahr zwischen 30 und 50 Prozent der Produktion in einem Feld durch neue Bohrungen ersetzt werden. Mit dem Erschöpfen der *sweet spots* und der hoch produktiven Gasfelder steigt der Förderaufwand enorm.

Die durch die Blasenbildung »zwanghafte« Ausweitung der Förderung hat zu einem rasend schnellen Verfall der Gaspreise geführt. Diese können schon längst nicht mehr die Förderkosten decken. Die Verluste der Gasproduzenten in diesem Bereich werden für 2012 auf ca. zehn Milliarden Dollar geschätzt. Aus der Konkurrenz um das Sichern der Fördergebiete ist inzwischen ein Rennen

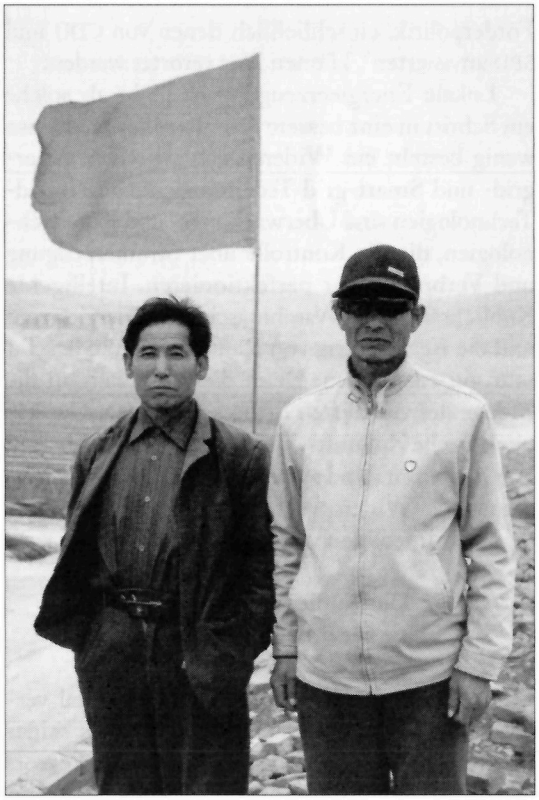
»Solarboom« in Europa

Spanien galt ab 2004 durch die hohen gesetzlich garantierten Einspeisevergütungen für »Solarstrom« und hohe Subventionen als ein Land mit verheißungsvoller Zukunft für die klimafreundliche Energieerzeugung und die nationale Fertigungsindustrie. Doch nach Rekordinvestitionen von 15 Mrd. Euro im Jahr 2008 ist der spanische »Solar-Boom« innerhalb weniger Jahre zusammengebrochen. An seinem Höhepunkt hatte er die Form einer Blase angenommen. Ursprung dieser Blase waren die relativ hohen Renditen (ca. 14 Prozent), über die Einspeisevergütungen. Die Preise für geeignete ländliche Grundstücke wurden in Erwartung des Baus von Solarparks um ein Vielfaches aufgepumpt. 2009 wurden nicht nur die staatlichen Förderungen drastisch zurückgefahren, sondern auch die Einspeisetarife für neu installierte Anlagen reduziert und der weitere Ausbau gedeckelt. Ende 2010 wurde eine rückwirkende (!) De-facto-Kürzung der Einspeisetarife für bereits installierte Anlagen vorgenommen.

Zu diesem Zeitpunkt wurden zwölf Prozent der spanischen Energiekosten durch die Einspeisung von Strom aus Photovoltaikanlagen verursacht. Die Einspeisevergütungen beliefen sich auf 6,5 Mrd. Euro und führten zu einem Defizit der spanischen Stromversorgungsunternehmen in Höhe von vier Mrd. Euro. Die Refinanzierung der Schulden, inklusive der Altschulden, erfolgte seit 2009 durch die Emission staatlich abgesicherter Papiere. Langfristig sollten die Schulden über höhere Strompreise schrittweise der Klasse in Rechnung gestellt und bis 2020 abgetragen werden. Stattdessen ist das Defizit auf heute mehr als 30 Mrd. Euro angewachsen. Die spanische Regierung versucht nun einen direkteren Weg zum Abbau des Defizits und hat eine Sondersteuer auf Solarstrom beschlossen.

Deutschland und Italien waren 2010 und 2011 mit Abstand die wichtigsten Märkte für Photovoltaikanlagen. Massive staatliche Förderung bei Aussicht auf die baldige Reduzierung der hohen garantierten Einspeisevergütungen hat 2011 in Italien zu einem Rekordzubau von Photovoltaikanlagen geführt, der höher als in in der BRD liegt. 2012 wurde die Reißleine gezogen. Der Zubau wurde gedeckelt und die Einspeisevergütungen deutlich reduziert, entsprechend stark ist die Solaranlagen-Installation in Italien eingebrochen.

In der BRD hatte der Versuch, durch die Reduzierung der Einspeisevergütung den schnellen Kostenanstieg und den weiteren Zubau von Photovoltaikanlagen zu begrenzen, zusammen mit den stark gefallenen Preisen für Solarmodule zunächst den gegenteiligen Effekt. 2011 und in den ersten Quartalen 2012 gab es einen Sonderboom in der Installation von Solaranlagen. Heute ist der Markt für Solarparks ganz zusammengebrochen. Die Gesamtinstallation von Photovoltaikanlagen wird sich in der BRD 2013 im Vergleich zu 2012 mindestens halbieren.



民工

Bei einer Ziegelfabrik in der zentralen Mongolei

geworden, in dem es darum geht, die Vermögenstitel im Shale-Gas-Bereich loszuwerden. Eine Pleite der hochverschuldeten Chesapeake Energy könnte für ein abruptes Ende der Blase sorgen.

…oder geht dem »Green New Deal« schon bald die Puste aus?

Noch weit schlechter stehen die Chancen für eine solche Entkoppelung des Ausbaus der Energiebasis von der Realisierung der Erzeugungskosten im Bereich der erneuerbaren Energien.

Dass die Investitionen in diesem Bereich 2012 und 2013 eingebrochen sind, obwohl massenhaft überschüssige Liquidität bzw. anlagesuchendes Kapital vorhanden ist, zeigt aktuelle und zukünftige Schwierigkeiten der Kosten- und Rendite-Realisierung. Der Zubau bleibt an die staatliche Durchsetzung ausreichend hoher Strompreise oder eine direkte staatliche Finanzierung gebunden. Dabei geht es um die Frage, in welchem Umfang die Kosten weiter der Klasse aufgedrückt werden können bzw. in welchem Ausmaß es den Staaten gelingt, ihre Verschuldung für diesen Zweck auszuweiten.

Seit 2008 sind weltweit die Staatsschulden durch *Bail-outs*, Konjunkturprogramme und Geldpolitik explodiert. Gleichzeitig sollen Austeritätsprogramme die massive Entwertung des fiktiven Kapitals verhindern. Die Staaten versuchen, sich vor dem Bankrott zu retten und die Refinanzierung der Staatsschulden zu sichern. Die Situation in Griechenland, Portugal und Spanien lässt keinen Zweifel an der Entschlossenheit der Regierungen, Sparmaßnahmen in einem Ausmaß durchzusetzen, das Hunger und Tod mit einschließt.

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die Investitionen im Green-Economy-Bereich in den nächsten Jahren wieder ansteigen. Diese Investitionen werden jedoch weder zu einem Überfluss an grüner Energie noch zu »grünen blühenden Landschaften« führen. Weitaus wahrscheinlicher werden mit diesen Mitteln die strukturellen Voraussetzungen der Energiekonzerne verbessert, sich bedeutende Teile der Lohnsumme und der Mehrwertmasse als Rente anzueignen. Einen Widerspruch zwischen dem Ausbau lokaler Energieerzeugungskapazität durch kleine und mittelgroße Anlagen (z. B. Dachsolaranlagen) und den von E.ON & Co. betriebenen grünen Großkraftwerken (wie Offshore-Windparks, Solarkraftwerken etc.) gibt es nicht. Die Produktion kann lokal erfolgen, ohne die Realisierung von Renten in Frage zu stellen, wenn die Erzeugung zentral kontrolliert wird. Wer die Netze kontrolliert, kontrolliert Versorgung und Produktion! Deshalb versuchen Energieversorger wie E.ON, die Kontrolle über die Netze zu sichern, den Ausbau aber staatlich oder durch die Klasse finanzieren zu lassen. Die Änderungen der

[5] So soll eine »Direktvermarktung« nach einem »Marktprämien-Modell« vorgeschrieben werden. Kein Kleinst-Energiezeuger wird diese angestrebte »Marktintegration« auch nur kostendeckend überstehen, wenn er den Strom selbst vermarktet. De facto wird es zu einer Übertragung und Konzentration der Vermarktung auf wenige große Energiekonzerne führen.

Förderpolitik, einschließlich denen von CDU und SPD anvisierten[5], können hier verortet werden.

Lokale Energieerzeugung ist nicht als solche ein Schritt in eine bessere Energiezukunft. Ebenso wenig besteht ein Widerspruch zwischen Supergrid- und Smart-grid-Technologien! Smart-grid-Technologien sind Überwachungs- und Regeltechnologien, die die Kontrolle über Stromerzeugung und Verbrauch nur perfektionieren. Intelligente Kühlschränke und Waschmaschinen, Energiearmut und die Realisierung von Renten gehen in der Tat sehr gut zusammen. Denn diese ist nicht an die Menge des verkauften Stroms gebunden. Das kapitalistische Zukunfts-Versprechen lautet also auch hier Austerität. Und so besteht auch darin kein fundamentaler Widerspruch zwischen grünen Ideologien und Interessen von E.ON, RWE und Co.

Der Kapitalismus braucht eine spezifische Energiebasis

Das im Energiesektor akkumulierte Kapital verhindert nicht nur dessen Umbau, weil es seiner Entwertung widerstrebt. Die Struktur des Sektors entspricht den Erfordernissen der kapitalistischen Produktion, die nach einer spezifischen Energiebasis verlangt: An den »braunen Energieträgern« hängt nicht nur etwas »Liebgewonnenes« wie der individuelle Autoverkehr, sondern die Form der Abpressung des Mehrwerts selbst. Die Produktion von Solaranlagen, smarter grüner Stromzähler und Windenergieanlagen unterscheidet sich nicht grundsätzlich von der übrigen kapitalistischen Produktion. Sie nutzen die gleiche Technik beim Untergraben derselben Erde und beim Ausbeuten der gleichen ArbeiterInnen und tun dies im gleichen Umfang. Seit der Krise der 70er Jahre wurde viel über die Möglichkeit eines neuen kapitalistischen Akkumulationszyklus auf der Basis eines neuen Produkts und einer neuen Produktionsweise diskutiert. Trotz aller großen Krisen wurde die bisherige Produktionsweise nur immer weiter ausgedehnt. Daran hat auch die kapitalistische Nutzung »erneuerbarer Energien« wenig geändert. Auch iPhones werden in einer Kombination von kapitalintensiver Chip-Produktion und Ausbeutung von BauernarbeiterInnen zu Niedriglöhnen nach tayloristischen Methoden hergestellt.

Die erreichte Verdichtung der Arbeit ist ebenso wie das Ausmaß des weltweiten In-Konkurrenz-Setzens der Arbeiterklassen an die »Mobilisierung« von ArbeiterInnen, an die Fähigkeit, Maschinen und Fabriken schnell verlagern zu können, und den flexiblen Transport von riesigen Warenmengen gebunden – nicht zufällig waren und sind die Umstrukturierungen im Transportsektor Voraussetzung und Folge davon. All das verlangt nach einem Energieträger mit hoher Energiedichte, die eine solche kapitalistische Mobilität von Menschen, Maschinen und Waren ermöglicht. Ein »Umbau« würde eine »Energie-Umwandlungskapazität« erfordern, die Energie aus regenerativen Quellen in Energieträger mit hoher Energiedichte überführt. Dieser Umbau stößt aber nicht nur an die Grenzen der Finanzierbarkeit. Die Umwandlung von Ackerland in Produktionsflächen für Öko-Treibstoffe macht deutlich, dass das Kapital dabei nicht vor dem Verhungernlassen »unproduktiver« Bevölkerung zurückschreckt. Kein Wunder also, dass es seit 2008 in diesem Bereich immer wieder und verstärkt zu Kämpfen kommt: gegen die Erhöhung der Lebensmittelpreise, neue Landeinhegungen und infrastrukturelle Großprojekte. In diesen Revolten wird die Klasse als handelndes Subjekt sichtbar.

Elmar Altvaters Thesen über »das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen«[6] wurden nach dem Krisenausbruch 2008/2009 bis hinein in die bürgerlichen Medien aufgegriffen: Das Schicksal des Kapitalismus an seine fossile Energiebasis zu binden machte bis ins Bürgertum hinein eine Überwindung des Kapitalismus zumindest im Feuilleton denkbar und sogar »vernünftig«.

Der Kapitalismus fährt ungebrochen fort, seine Energiebasis zu verbrennen. Damit zerstört er gleichzeitig die Grundlage für die Schaffung einer anderen Energiebasis der gesellschaftlichen Reproduktion nach dem Kapitalismus. Die »Blasenökonomie« ist Resultat und Teil kapitalistischer *Fixes* [Reparaturmaßnahmen] des krisenhaften Zustands der kapitalistischen Reproduktion. In den letzten Jahren haben die Visionen eines »grünen Kapitalismus« ihre Realität gezeigt: Sie sind gleichfalls Teil dieser immer kürzer wirkenden *Fixes*. Sie sind mit massiven Angriffen auf die Arbeits- und Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse und der »Überflüssigen« verbunden. Der Kapitalismus wird nicht allein am Verlust seiner Energiebasis zugrunde gehen – diese bildet aber ein immer stärker umkämpftes Terrain für die Klassenkämpfe![7]

Das Dreieck aus kapitalistischer »Blasenökonomie«, Zerstörung der Energiebasis und den seit 2008 an allen Ecken der Welt ausbrechenden Klassenkämpfen und Mobilisierungen gegen schlechtere Lebensbedingungen wird in den nächsten Jahren das Kampfterrain bestimmen. *Wirkliche* Visionen werden wir nur aus der Perspektive dieser Kämpfe entdecken können.

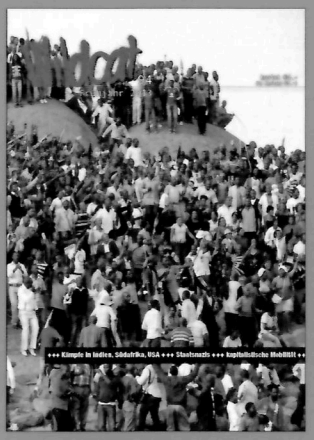
■

[6] Elmar Altvater: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen: Eine radikale Kapitalismuskritik. Münster 2011 (Westfälisches Dampfboot).

[7] Markus Wissens Artikel »Ökokapitalismus versus grüner Sozialismus« in *analyse&kritik* Nr. 588 fragt richtigerweise nach der »Macht zur Transformation«: Zunächst hatte er R.Fücks Buch *Intelligent Wachsen. Die grüne Revolution* vorgeworfen, den Verwertungszwang der kapitalistischen Produktion auszublenden und so eigentlich nur Ideologie zu reproduzieren. Diese Verwertung bzw. die Veränderungen im Produktionsprozess thematisiert aber Hans Thie in *Rotes Grün. Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Vergesellschaftung.* Für Wissen deshalb verwunderlich, dass Thie in der Arbeiterklasse keine »soziale Kraft« zur Veränderung sieht bzw. nur in der »Wissensproduktion« und den Commons-Projekten. Dieses Manko will M. Wissen mit der Frage nach der Rolle der Gewerkschaften und der Forderung nach »radikaler Demokratie« füllen.

Wildcat

Back Issues.



Wildcat 94 (Frühjahr 2013)

Slovenien: Das Ende der Transformation

Südafrika: Hier gibt es keine Parteien, nur Arbeiter!

Griechenland: Kämpfe in der Krise

Blick auf eine vergewaltigende Gesellschaft

BRD/NSU: Es dürfen keine Geheimnisse bekannt werden, die das Handeln des Staates beeinträchtigen

Umschlagpunkte: Kämpfe gegen die kapitalistische Mobilität

USA: Blaumann und Blaufrau

Buchbesprechnungen: Wallerstein, Bayat, P.M.

Wildcat 93 (Herbst 2012)

Der NSU und der Staat

Auto Slaves: Die Krise der Auto-Gesellschaft

Der deutsche Sonderboom am Ende

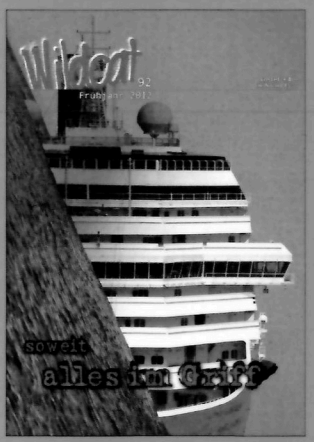
Bergarbeiterstreik in Spanien

Alles Lüge! Bolivien, Frühjahr 2012

Mursis Zeitbombe – Ägypten nach den Wahlen

Neues aus der weißen Fabrik

Beilage:
Materialien gegen die Individualisierung – Betriebserfahrungen von den 70er Jahren bis heute



Wildcat 92 (Frühjahr 2012)

Heimatschutz: Unsere Staatsnazis

Ägypten: Schritt für Schritt

MigrantInnen: Kämpfe in den Golfstaaten

Krise in Eurpa – Rückkehr des Klassenkampfs

Griechenland: Fortgesetzte Angriffe, Riots, Streiks

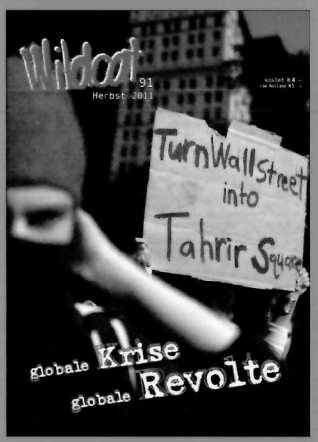
China: Das war das Jahr des Hasen

Indien: Kampf bei Maruti Suzuki

Commons-Debatte

Kasachstan: Frühling in der Steppe

aktuelle Buchbesprechungen



Wildcat 91 (Herbst 2011)

Krise: Private Laster, öffentliche Tugenden

Eurokrise, Eurobonds, Kampf um die Schulden

Griechland: Einheit und Spaltung

USA: Hungerstreik in US-Knästen

Indien: Kampf bei Maruti Suzuki

Iran: Streik der Petrochemiearbeiter gegen das Leiharbeitssystem

Italien: Selbstorganisierter Streik der Tagelöhner

Occupy! (Frankfurt, Oakland, Israel)

Texte zur Situation in Ägypten, Spanien, England

Wildcat 90 (Sommer 2011)

On the road to nowhere – Thesen zur Krise

Portugal: Musterschüler geht pleite

Österreich: Proteste gegen Sparpolitik

UK: Unbegrenzte Haftung oder Nichts zu verleihen

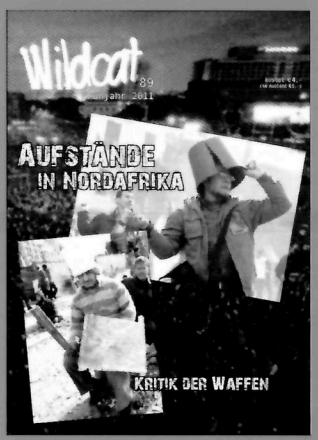
Bewegung in Spanien: Plötzlich wurde alles real

Weiße Rose aus Athen: Zerbricht die EU?

Weltweite Streikwelle

Krise, Migration, Aufstände, Militarisierung – Wie weiter im Nahen Osten?

Bauernkämpfe in Indonesien: Wem gehört das Land?



Wildcat 89 (Frühjahr 2011)

Ägypten: Vom Aufstand zur Revolution?

Die Ölrente läuft aus

USA: Mubarak for Governor!

Italien: Unmut wird Wut – Bewegungen gegen die Krise

Landflucht und Food Riots: Keine Agrarrevolution

Global Labor History: Theologie vs. Teleologie?

Tschechien: Angriff auf die Klasse ohne Antwort

Arbeiter und Arbeiterklasse im heutigen Indien

Die Politik des Hungers

Wildcat 88 (Winter 2010)

Liberalismus am Ende

England: Krise kriegen in Hackney

Frankreich: Mobilisierung gegen die Rentenreform

Spanien: Generalstreik als Ventil

Griechenland: Kein heißer Herbst?

Commons, Common Wealth, Commonismus:
Was war die Allmende?
Kampf um Wert oder Klassenkampf?
Vom Empire zum Commonwealth
Stuttgarter Momente

Wildcat 87 (Sommer 2010)

Griechenland: Krise, Sparpolitik, Revolte

Staatsschuldenkrise – Euro-Krise

Indien: Strategie der Strohhalme

Großbritannien: Im Vorhof der Hölle

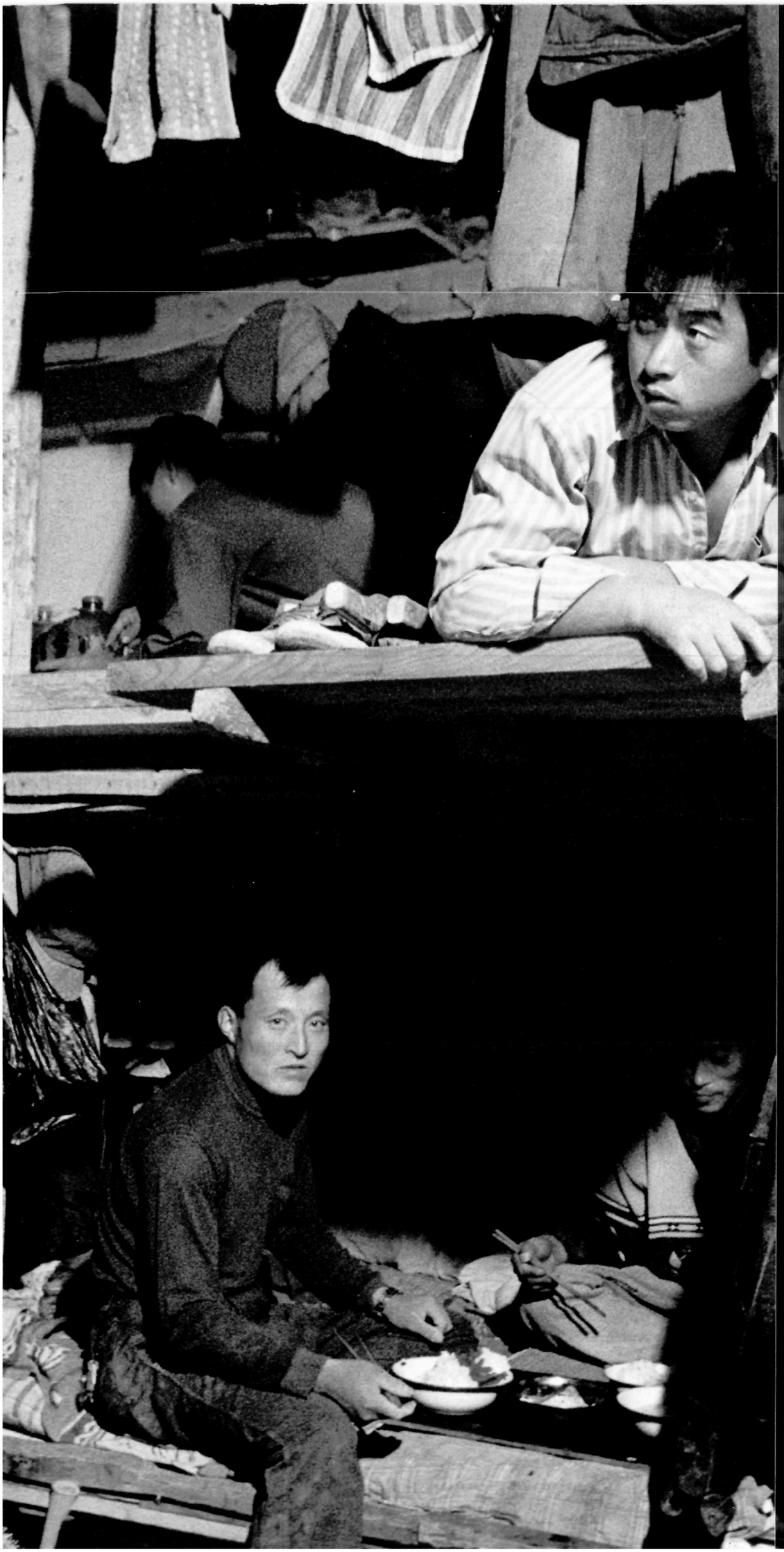
Leiharbeit ist Scheiße

Der iranische Aufstand vom Februar 1979

Lieber arbeitslos in Irland als Arbeiter in Polen

Flashmobs, Blockaden, Aktionen in Bremen

Buchbesprechungen:
Robert Brenner, George Caffentzis, Raúl Zibechi, …



Wildcat

AUS DEM INHALT

- Platzbesetzungen – eine globale Bewegung?
- **Tiefer Staat?**
  - Faschos in Griechenland
  - Ägypten nach dem Putsch
  - NSA leck geschlagen
- Autoindustrie – Kämpfe und Spaltung
- Streik und Streikunterstützung bei Neupack
- Aufruhr in der Bretagne
- Green New Deal

»Niemand hat doch hier einen Arbeitsvertrag. Und was machst du, wenn du am Ende des Jahres deinen Lohn nicht ausgezahlt bekommst? Dann hast du überhaupt nichts in der Hand.«

Chinesische Bauarbeiter, die im Fundament des Hochhauses, das sie gerade bauen, leben. Alles findet hier auf engstem Raum gleichzeitig statt: Kochen, Essen, Waschen, Schlafen ...